



Dr. Uwe Brandl:

### Kann es mit Deutschland wieder bergauf gehen?

Der Präsident des Bayerischen Gemeindefestivals zeigt anhand einer gründlichen und schonungslosen Analyse Wege aus der Krise auf.

Seite 3



Theo Zellner:

### Ausgewählter „Ort imLand der Ideen“

Der „Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham“ gehört zu den Siegern eines bundesweiten Wettbewerbs.

Seite 16



Dr. Ivo Holzinger:

### Großer Bahnhof für den Oberbürgermeister

Memmingens Rathauschef feierte sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Vor rund 200 Gästen wurde ihm der Goldene Ehrenring der Stadt überreicht.

Seite 14

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 15. Dezember 2005

56. Jahrgang / Nummer 24

Politischer Club der CSU-Landtagsfraktion:

## Lebenswerte Großstädte

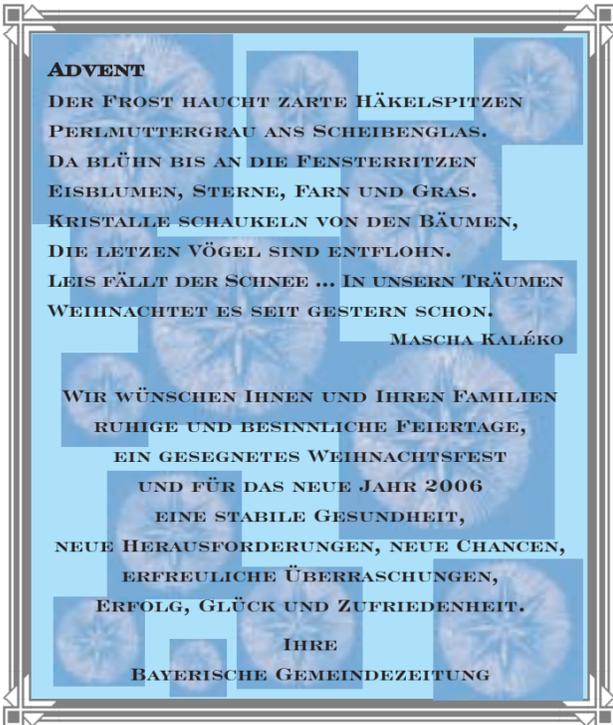
Welche Konzepte, Themen und Projekte zeichnen eine moderne Unionspolitik für lebenswerte Großstädte aus? Diese Frage stand im Mittelpunkt des „Politischen Clubs“ der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann konnte hierzu im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung über 300 Gäste begrüßen.

Gastredner war der Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Wolfgang Peiner. Zahlreiche Kommunalpolitiker aus ganz Bayern, darunter die Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg, Dr. Pia Beckmann, nahmen an der Veranstaltung teil. Wie Joachim Herrmann eingangs betonte, sei es das Erfolgsrezept und Markenzeichen der CSU, „Politik für ganz Bayern zu gestalten“. Deshalb gebe es

zwischen der Großstadtpolitik und den Belangen des Ländlichen Raums keinen Gegensatz: „In Bayern waren wir stets gemeinsam stark.“

### Soziale, ökonomische und gesellschaftspolitische Brennpunkte

In den acht bayerischen Metropolen mit über 100 000 Einwohnern - München, Nürnberg, Augsburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Regensburg und Würzburg - leben mehr als 2,5 Millionen Menschen. Großstädte sind Herrmann zufolge soziale, ökonomische und gesellschaftspolitische Brennpunkte. Der Fraktionsvorsitzende nannte als Beispiele die Dynamik der Verkehrsentwicklung, den Wegzug aus den Innenstädten, die Kriminalität und die Tendenzen der Ghettoisierung und Verwahrlosung in sozial schwierigen Stadtteilen. Er wies darauf hin, dass es keine starren Patentrezepte geben könne, da die Gegebenheiten in jeder Stadt anders seien. Die Landespolitik sehe ihre Aufgabe darin, gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort maßgeschneiderte Konzepte zu erarbeiten. Mit Initiativen des Freistaats, wie der 1999 ins Leben gerufenen Aktion „Innenstädte - attraktiv, lebenswert, unverwechselbar“ oder auch der Gemein- (Fortsetzung auf Seite 4)



Stoiber bei der Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirats:

## Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Wirtschaftliche Stärke und sozialer Zusammenhalt sind zwei Seiten einer Medaille Mittelstand und Handwerk wieder ins Zentrum der Politik rücken

Ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei der Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirats der Union in München abgegeben. Stoiber: „Eine starke Gesellschaft der Zukunft braucht eine starke Wirtschaft und eine starke soziale Verantwortung.“

Im globalisierten Wettbewerb al schwächere und ausländische Mitbürger integriert werden. Wir wollen keine französischen Verhältnisse auf unseren Straßen mit brennenden Autos und rebellierenden Vorstädten. Wir müssen uns gerade auch in Zeiten der Globalisierung bemühen, die Schwächeren mitzunehmen und zu integrieren. Eine gute Zukunft hat unser Land nur mit einer starken Wirtschaft und einer echten

### Keine französischen Verhältnisse

„Zugleich müssen wir ein Land bleiben, in dem die Menschen zusammenhalten und sozi-

Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel:

## Kinderbetreuung in Europa

„Der Weg zu besseren Kinderbetreuungssystemen in Europa“ lautete das Thema einer Podiumsdiskussion der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel. Ziel dieser Veranstaltung war es, in der Diskussion mit hochrangigen Mitgliedern europäischer Regierungen sowie der EU-Kommission einen Erfahrungsaustausch über effektive Praktiken im Bereich der Kinderbetreuung zu ermöglichen.

Über ihre Erfahrungen und Konzepte diskutierten Christa Stewens, Bayerische Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen; Luisella Pavan-Woolfe, Europäische Kommission, GD Beschäftigung; Petra Pinzler, Journalistin 'Die Zeit'; Katrien Verhegge, Beraterin im Kabinett Inge Vervotte, Ministerin für Wohlfahrt, Volksundheit und Familie der Region Flandern, Nathalie Nikitenko, Ständige Vertretung Frank-

reichs bei der EU sowie Andreas Renner, Minister für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg.

### Berufs- und Privatleben auf einem Nenner

Als Vorreiter eines bedarfsgeordneten Ausbaus der Kinderbetreuung über alle Altersgruppen hinweg gelten Frankreich und Belgien, wo bereits Anfang der 70er Jahre mit der Schaffung eines breiten Angebots der Kinderbetreuung begonnen wurde. International sind diese Kinderbetreuungssysteme - zusammen mit den skandinavischen - Spitzenreiter. Das umfassende und vielfältige Angebot wird in diesen Ländern von fast allen Eltern wahrgenommen, so dass Berufs- und Privatleben leichter auf einen Nenner gebracht werden können.

Ein qualitätsorientierter Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für alle Altersgruppen steht im Mittelpunkt der familienpoli- (Fortsetzung auf Seite 4)

Europäisches Parlament:

### Stärkung der Euregios

Grenzregionen sollen besser zusammenarbeiten

Das Europäische Parlament will eine stärkere Zusammenarbeit von europäischen Regionen erreichen. Dies teilte der schwäbische Europaabgeordnete Markus Ferber mit. In einer Entschliessung fordert das Europäische Parlament einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen in Europa. Ein Beispiel dafür ist die „Euregio Via Salina“, die auf eine bessere Kooperation der Landkreise Oberallgäu, Ostallgäu, Lindau, und der Stadt Kempten, mit dem zu Österreich gehörenden Kleinen Walsertal und der Region Bregenzerwald abzielt. „Eine Zusammenarbeit hilft beiden Seiten, zum Beispiel beim Ausbau des Tourismus. Deshalb wollen wir erreichen, dass es mehr solcher Kooperationen in Europa gibt“, so Ferber. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Sparkassenmedaille in Gold an Staatsminister Dr. Günther Beckstein Mit der Bayerischen Sparkassenmedaille in Gold wurde Innenminister Dr. Günther Beckstein geehrt. Im Rahmen einer Feierstunde in der Münchner Residenz würdigte Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die Verdienste Becksteins für die bayerischen Sparkassen. Speziell erwähnte Naser den Erwerb der Versicherungskammer Bayern, die Novellierung der Sparkassenordnung, den Brüsseler Kompromiss zur Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie den Rahmenvertrag zwischen BayernLB und den bayerischen Sparkassen. Stets habe sich der Minister dabei als „oberster Förderer des Sparkassenwesens“ gezeigt. Unser Bild zeigt in der Münchner Residenz (v.l.): Landesobmann Alois Hagl, Marga Beckstein, Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Hansjörg Christmann, 1. Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, und Dr. Siegfried Naser. □

### Wachstumsfaktor Mittelstand

Als wichtigen Faktor für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland hob Stoiber die kleinen und mittleren Unternehmen hervor. Stoiber: „Für uns in Bayern sind Mittelstand und Handwerk als Motor für neue Jobs und Ausbildungsplätze seit jeher das Herzstück unserer Wirtschaft. Deshalb haben wir uns bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin nachhaltig dafür eingesetzt, dass wieder Existenzgründer, Handwerker und Betriebe in ganz Deutschland wieder ins Zentrum der Politik gerückt werden.“

Als Beispiele nannte Stoiber die Verbesserung der Abschrei- (Fortsetzung auf Seite 2)



Schon zu allen Zeiten bedeuteten Kinder Zukunft. Dass die Geburtenrate kontinuierlich zurück geht, liegt letztlich nicht an der Gesellschaft, sondern an der individuellen Entscheidung von Frauen oder Paaren. Deshalb muss die Ursachenforschung auch hier einsetzen. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Die Hauptschule im Umbruch	Seite 2
vhs liegt nahe und bringt weiter	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Blick ins bayerische Geschichtsbuch	3
Anlagenoptimierung für umsichtige Kommunen	4
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	4 - 9
EDV und Finanzen	
Kommunale Baupolitik	10 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

# Die Hauptschule im Umbruch

Teilhauptschulen werden bis 2007 aufgelöst  
Leere Klassenzimmer zwingen zu Standortschließungen

Die Hauptschule bleibt in Bayern die Basis für das Bildungssystem, was angesichts sinkender Schülerzahlen zur flächenmäßigen Neugliederung vornehmlich im ländlichen Raum zwingt. Eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen wird nicht erwogen. Diese Tendenz haben Staatsregierung und CSU im Landtagsplenum und im Bildungsausschuss erkennen lassen. Die SPD sieht dagegen das Ende der wohnortnahen Hauptschule „mit allen Folgen für Eltern, Schulen und Bürgermeister“ kommen.

Bestätigt hat Kultusstaatssekretär Karl Freller im Plenum, dass bis Sommer 2007 die Auflösung der Teilhauptschulen durchgeführt werden müsse. In der Fragestunde hatte der Grünen-Abgeordnete Adi Sprinkart genaue Auskunft gefordert. Freller teilte mit, von den insgesamt 471 Teilhauptschulen, die es im Oktober 2004 noch gab, seien heuer bis September 172 aufgelöst worden.

## Bildung neuer Schulsprengel

Für die verbleibenden 299 seien bis Sommer 2007 die Rechtsverordnungen für Auflösung und Bildung neuer Schulsprengel zu erlassen. In einigen Fällen werden die Änderungen erst zum 1. August 2008 in Kraft gesetzt, weil erst dann die räumlichen Voraussetzungen für das Zusammengehen zweier Schulen geschaffen werden können.

Es wird demnach künftig keine Teilhauptschulen bisheriger Art mehr geben, wohl aber können bestimmte Klassen einer

Hauptschule an verschiedenen Orten bestehen. Sprinkarts Zusatzfrage, wie viele Teilhauptschulen tatsächlich restlos aufgelöst werden, konnte der Staatssekretär nicht beantworten. Nur in Niederbayern seien bereits alle 26 aufgelöst. Die meisten gibt es noch in Oberbayern: 110 von bisher 147. In der Oberpfalz existieren noch 34 (von 56), in Oberfranken 44 (75), in Mittelfranken 34 (52), in Unterfranken 35 (52) und in Schwaben 42 (63).

Was die mit allen Klassen ausgestatteten Hauptschulen betrifft, meinte im Bildungsausschuss Vorsitzender Prof. Gerhard Waschler (CSU), es mache keinen Sinn, Schulen zu erhalten, „in denen keine Schüler sind“. Eine Diskussion um einzelne Schulstandorte sei derzeit nicht möglich. Entsprechend äußerte sich auch Georg Stahl (CSU). Für die SPD erklärte Hans-Ulrich Pfaffmann als bildungspolitischer Sprecher, die Schließung von Schulstandorten zugunsten großer Zentren würde die Attraktivität von Gemeinden

verschlechtern. Die SPD werde bei der Beratung des Nachtrags Haushalts 2006 für Erhöhung der Bildungsinvestitionen kämpfen.

## Wohnortnahe Schule

Vor der Presse betonte Fraktionsvorsitzender Franz Maget, die SPD sei ein entschiedener Gegner der Auflösung aller Teilhauptschulen. Es gelte, die wohnortnahe Schule zu erhalten. Er betonte die Bedeutung der Hauptschule sowohl für die Gemeinden als auch für die Integration von ausländischen Kindern. Die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschule könne in Kooperationsmodellen versucht werden. Gestützt auf Vorschläge des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) hatte die SPD einen entsprechenden Antrag vorgelegt, der im Bildungsausschuss jedoch von der CSU abgelehnt wurde. Ebenso ein weiterer Antrag, eine längere gemeinsame Schulzeit ab der Grundschule an mindestens zehn

repräsentativen Schulen zu erproben.

## Dramatischer Bevölkerungsrückgang

Die Mehrheitsfraktion stütze sich auf Ausführungen von Kultusministerialdirektor Josef Erhard, der versicherte, man habe die Zeichen der Zeit erkannt und werde alle notwendigen Maßnahmen treffen, insbesondere mit Blick auf die gerade in ländlichen Gebieten anhaltende Schrumpfung der Schülerzahlen. Er sprach von dramatischem Bevölkerungsrückgang in Nordschwaben, Hochfranken, im südlichen Mittelfranken und am Untermain.

BLLV-Vorsitzender Albin Dannhäuser hatte vor Journalisten von „schulorganisatorischem Handlungsdruck“ gesprochen. Die Hauptschule bleibe die wichtigste Stufe für den Bildungserfolg. In Bayern würden mehr als 300.000 Kinder in ihr unterrichtet. Eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule sei keine Lösung. Zu Vermutungen, sie sei im Kabinett erwogen worden, erklärte Eduard Nöth im Bildungsausschuss, in der CSU gebe es „keinen Hauch von Sympathie“ dafür. **rm**

## Unterbringungskosten für Langzeitarbeitslose:

# CSU erzielt Erfolg für Kommunen

Die neue Bundesregierung wird sich auch 2006 in unveränderter Höhe an den Unterbringungskosten der Kommunen für Langzeitarbeitslose beteiligen. Das hat vor allem CSU-Chef Dr. Edmund Stoiber nach intensiven Verhandlungen im Koalitionsausschuss erreicht. Stoiber bezeichnete das als großen Erfolg.

„Die Kommunen, die in einer schwierigen finanziellen Lage sind, erhalten mit dieser Entscheidung Planungssicherheit auch für das Jahr 2006. Die Länder und die kommunalen Spitzenverbände sind gemeinsam dafür eingetreten, dass die im Zuge von Hartz IV den Kommunen zugesagten Entlastungen vom Bund auch eingehalten werden. Dies haben wir erreicht. Und dies ist ein gutes Ergebnis für die Kommunen in Bayern und Deutschland.“

## Zuschüsse für Kommunen

Die Hartz-IV-Regelungen sehen vor, dass die Kommunen den Empfängern des Arbeitslosengeldes II die Kosten für Mie-

te und Heizung erstatten. Der Bund gibt dazu einen Zuschuss von 29,1 Prozent. Die frühere Bundesregierung hatte noch im Oktober 2005 geplant, diese Kostenbeteiligung im Jahr 2006 auf Null zurückzuführen. Nach der Entscheidung des Koalitionsausschusses bleibt es bei der bisherigen Erstattungsquote von 29,1 Prozent an die Kommunen auch für das Jahr 2006. Zugleich soll im nächsten Jahr im Rahmen eines Revisionsverfahrens von allen Beteiligten eine gemeinsame Finanzbasis für die kommenden Jahre erzielt werden. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßten diese Ergebnisse.

## Zellner: Stoiber hält Wort!

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, hat CSU-Chef Dr. Edmund Stoiber für seinen Einsatz für die Kommunen gedankt. Beim „Kommunalgipfel“ hatte Stoiber versprochen, sich dafür einzusetzen, dass Hartz IV nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden darf und es zu einem fairen Interessensausgleich kommen müsse. Landrat Zellner: „Stoiber hat also Wort gehalten. Bei allen Unsicherheiten, die die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in finanzieller Hinsicht nach wie vor in sich birgt, ist uns jedenfalls eine existenzielle Sorge genommen. Dafür sind wir dem Ministerpräsidenten dankbar.“ Auch der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), Landrat Luitpold Braun, dankte dem CSU-Vorsitzenden, dass er sich so massiv für die Kommunen eingesetzt habe: „Dank Stoiber können wir jetzt wieder aufatmen!“

„Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen“, sagte Stoiber. „In den Koalitionsverhandlungen haben wir erreicht, dass die Gemeindefinanzen nur im Einvernehmen mit den Kommunen reformiert werden. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern liegt 2005 mit 5,6 Milliarden Euro deutlich über dem Durchschnitt anderer Länder. Wir haben auch den Großteil der Steuerausfälle bei den Kommunen ausgeglichen, die durch das Vorziehen der Steuerreform entstanden sind.“

für Bevölkerungsteile Bildung unfinanzierbar, besteht immer die Gefahr ihrer Radikalisierung“, warnte Karl Heinz Eisfeld. Volkshochschulen setzen ihren öffentlichen Auftrag dagegen, für breite Bevölkerungsschichten ein breites Bildungsangebot bereitzustellen. Bildung ermögliche Teilhabe am Berufsleben, aber auch Teilhabe an der gemeinsamen gesellschaftlichen Kultur. Um dies zu leisten, sei ein Bildungskanon zu wahren. Zwar müssen Volkshochschulen auf gesellschaftliche Trends reagieren - mal Vorträge über den Islam halten, dann EDV-Kurse bieten und demnächst vermehrt Chinesisch-Kurse ins Programm nehmen -, doch müssen sie auch ein breites Grundangebot aufrechterhalten. „Wir brauchen nicht nur just-in-time-Bildung“, führte der vhs-Leiter aus, „wir brauchen vielmehr eine ‚Vermögens-Bildung‘, die den Einzelnen befähigt, mit seinem Können jeweils den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.“

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Fischer  
91580 Petersaurach  
am 21.12.

Bürgermeister Michael Dankerl  
93497 Willmering  
am 26.12.

Bürgermeister Josef Maierhofer  
84326 Rimbach  
am 29.12.

Bürgermeister Erich Günder  
97249 Eisingen  
am 13.1.

Bürgermeister Josef Sehofer  
84032 Altdorf  
am 14.1.

Bürgermeister Alfons Kramer  
92554 Thanstein  
am 15.1.

Bürgermeister Herbert Apfelböck  
94527 Aholming  
am 22.1.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Maximilian Streif  
87669 Rieden am Forgensee  
am 26.12.

Bürgermeister Wilhelm Härtle  
86750 Megesheim  
am 31.12.

Bürgermeister Josef Reiter  
83677 Reichersbeuern  
am 7.1.

Bürgermeister Franz Zannoth  
85662 Hohenbrunn  
am 12.1.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Allar  
90522 Oberasbach  
am 22.12.

Bürgermeister Nikolaus Walther  
94560 Offenberg-Neuhausen  
am 24.12.

Bürgermeister Ernst Kötzel  
91632 Wieseth  
am 27.12.

Bürgermeister Rainer Marr  
96242 Sonnefeld  
am 28.12.

Bürgermeister Kaspar Rager  
87656 Gernaringen  
am 4.1.

Bürgermeister Michael Kandert  
91631 Wettingen  
am 4.1.

Bürgermeister Heinz Petterich  
96220 Burgkunstadt  
am 10.1.

Bürgermeister Franz-Josef Brey  
93167 Falkenstein  
am 11.1.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Fritz  
87538 Balderschwang  
am 22.12.

Bürgermeister Heribert Guggenmos  
87487 Wiggensbach  
am 27.12.

Bürgermeister Manfred Menhard  
86937 Scheuring  
am 29.12.

Bürgermeister Richard Schaller  
86940 Schwifting  
am 29.12.

Bürgermeister Walter Hasl  
91792 Ellingen  
am 1.1.

Landrat Herbert Eckstein  
91154 Roth  
am 7.1.

Bürgermeister Siegfried Ständecke  
97513 Michelau i. Steigerwald  
am 19.1.

Bürgermeister Karl-Heinz Schöffner  
97513 Hasloch  
am 19.1.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Krug  
96173 Oberhaid  
am 5.1.

Bürgermeister Johann Wiesmaier  
85447 Fraunberg  
am 7.1.

Bürgermeister Wolfgang Kilian  
86655 Harburg (Schwaben)  
am 12.1.

Bürgermeister Peter Bergmeir  
86465 Welden  
am 23.1.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Zachmayer  
93354 Biburg  
am 6.1.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Schwaiger  
85417 Marzling  
am 26.12.



Zusammenarbeit bekräftigt: Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des bvv (1. v. l.) mit Dr. Udo Dirn-  
aichner, StMUK (2. v. l.), Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdL (2. v. r.), Heinz Graf, 1. Vorsitzender  
der BAG Niederbayern (1. v. r.). Außerdem auf dem Bild: Susanne Franke (BR), und die Referen-  
tinnen und die Referenten des Abends.

## Klares Bekenntnis ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
bungsbedingungen, den 25-Milliarden-Euro-Zukunftsfonds für mehr Investitionen, die Erleichterungen der Betriebsübergabe durch eine Reform der Erbschaftsteuer, die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes für mehr Neueinstellungen und die Senkung der Lohnzusatzkosten unter die wichtige 40 Prozent-Marke. Stoiber: „Wir haben hier ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt, das ganz klar die bayerische Handschrift trägt.“

Stoiber verwies darauf, dass Bayern bereits vor über 10 Jahren mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „High-Tech-Offensive“ ein umfassendes Investitions- und Zukunftsprogramm gestartet hat. Stoiber: „Wir haben die Weichen in Bayern frühzeitig auf Zukunft gestellt und die führende Position unseres Landes beim technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt gesichert und weiter ausgebaut.“ Bayern hat seit 1994 insgesamt 4,23 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen eingesetzt zur Förderung moderner Technologien, sozialer und kultureller Projekte sowie im Umweltbereich. Von weiteren Privatisierungserlösen, die sich in den Jahren 2005 und 2006 auf 300 Mio. Euro belaufen, fließen zwei Drittel in die Hochschulen. Stoiber: „Unser umfassendes Zukunftsprogramm ist ein klares Signal für eine vorausschauende Politik, die konsequent auf Innovation, Investitionen und sozialen Zusammenhalt setzt.“

## Leistungsschau der Bildung in Landau:

# vhs liegt nahe und bringt weiter

Bildung ist lebenswichtig - für den Einzelnen wie die Gesellschaft. Das verdeutlichte die Präsentationsveranstaltung des Bayerischen Volkshochschulverbandes in Landau.

„Wir müssen lebenslang lernen, um dem Konkurrenzdruck durch die Globalisierung und der ständigen Wissensvermehrung standhalten zu können“, sagte der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtages, Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdL zum Auftakt der Präsentationsveranstaltung „vhs liegt nahe und bringt weiter“ im Archäologiemuseum Landau.

## Das ganze ABC des lebenslangen Lernens

Gleichzeitig warnte er aber davor, Erwachsenenbildung auf berufliche Bildung zu reduzieren. „Was wir brauchen, sind breit angelegte Bildungsmöglichkeiten von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter“, betonte Waschler. Die Volkshochschulen bieten das ganze ABC des lebenslangen Lernens: von der Allgemeinen Bildung über die Berufliche bis zu Community Projekten, bei denen Persönlichkeitsbildung und die Entwicklung einer Gemeinschaft ineinandergreifen. Zu jedem dieser drei Bereiche wurden in Landau beispielhafte Angebote präsentiert: z.B. der Jahreslehrgang Kunst wie ihn auch die vhs Deggendorf in ihrer Allgemeinen Bildung bietet, oder die international anerkannten

Xpert-Zertifikate, die in der Beruflichen Bildung an Volkshochschulen zu erwerben sind, und sozial-integrative Projekte wie sie die vhs Landshut z.B. für Hauptschüler zum Nachholen ihres Abschlusses mit sozialpädagogischer Begleitung bis zum Beginn einer Ausbildung durchführt.

## Sozial-integrative Kraft

„Insgesamt darf die sozial-integrative Kraft von Bildung nicht unterschätzt werden“, führte Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes, weiter aus. Schließlich könnten nur gut ausgebildete, mündige Bürger am demokratischen Gemeinwesen teilhaben und es ihrerseits fortentwickeln. „Persönlichkeitsbildung und Gesellschaftsentwicklung greifen immer ineinander“, betonte der bvv-Vorsitzende. So wie der Einzelne kein „Recht auf Dummheit“ habe, sondern zum Lernen verpflichtet sei, so sei die Gesellschaft verpflichtet, Bildungsangebote bereitzustellen. Der Markt allein könne es nicht richten. Vor allem Einkommensarme fallen häufig durchs soziale Netz. Für sie sind viele Angebote zu teuer, doch bekommen sie auch keine Unterstützung. „Jst

# Kann es mit Deutschland wieder bergauf gehen?

Von Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags

**Vor der Therapie kommt die Diagnose. Dieser im medizinischen Bereich geltende Grundsatz sollte auch beachtet werden, wenn Mittel zur Gesundung des „Patienten Deutschland“ gesucht werden. Der nachfolgende Beitrag will sich daher diesen Grundsatz zu eigen machen und nach einer gründlichen, schonungslosen Analyse der Verhältnisse in unserem Land Wege aufzeigen, wie es wieder bergauf gehen könnte.**

Es ist ja nun nicht so, dass sich Deutschland gleichsam in ein Schneckenhaus verkrochen hätte und einen gepflegten Isolationismus betreiben würde. Deutschland nimmt seine gestiegene Verantwortung in der Welt wahr: die Bundeswehr hilft der UNO in Afghanistan, auf den Weltmeeren und an neuralgischen Stellen Afrikas. Kaum jemand kann uns Deutschen redlicherweise vorwerfen, andere im Stich zu lassen. Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist ungebrochen und die deutsche Außenpolitik versucht seit Jahrzehnten, zur Konfliktbereinigung an den diversen Brandherden der Welt beizutragen.

Aber können wir uns auch selbst helfen?

## Woran „krank“ Deutschland?

Meinungsumfragen zeichnen ein höchst differenziertes Bild: Je nach persönlicher Betroffenheit und Lebenssituation halten die Befragten die Verhältnisse in Deutschland für gut oder schlecht. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich zunächst den harten Fakten zuzuwenden:

- Bund, Länder und Gemeinden sind hoch verschuldet. Das europäische Defizitkriterium ist mehrere Jahre in Folge nicht eingehalten worden.
- Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem inakzeptabel hohen Niveau.
- Schwarzarbeit gilt längst als beklagter, aber akzeptierter Wirtschaftszweig.
- Zu verzeichnen sind Kapitalflucht ins Ausland und enorme Insolvenzen.
- Die demografische Entwicklung, vor allem der starke Ge-

werbsfähigkeit im Ausland. • Der soziale Friede in der Gesellschaft scheint derzeit noch abfindend.

Aber können wir uns damit abfinden?

## Rückblick

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Überlebenden damit beschäftigt, die Grundbedürfnisse, wie Arbeit und Brot, Leben in halbwegs gesicherten Verhältnissen und das Schaffen einer Zukunftsperspektive zu befriedigen. Den Siegermächten war daran gelegen, Deutschland als



Dr. Uwe Brandl.

stabilen Faktor inmitten Europas zu etablieren und insbesondere eine „friedliche“ Gesellschaft zu schaffen. Mehr und mehr galt es außerdem, eine in Wohlstand erblühende Gesellschaft dem sozialistischen Modell der Planwirtschaft entgegenzustellen.

Das Grundgesetz - als provi-

tionierenden Marktwirtschaft über Gebühr zu betonen und überzustrapazieren. Dem Volk gefiel's. Der Wähler dankte es. Und wenn wir uns die ausufernde Entwicklung unseres Sozialsystems näher ansehen, stellen wir fest: es war seit den 50ern gute Übung aller Regierungen, dem Volk zu geben und sich selbst Stimmen zu holen.

Heute finden wir eine Situation vor, die in keinem Betrieb der Welt toleriert würde: unklare und vage Führungsstrukturen, die rasche und schnelle Entscheidungen nicht zulassen und Fixkosten, die durch die laufende Produktion nicht annähernd gedeckt sind.

## Neutrum Staat

Zugegeben, sehr holzschnittartig und verknüpft, weshalb ich auf zwei weitere Phänomene der deutschen Grippe noch gerne eingehen möchte: nämlich die Entwicklung zum „Neutrum Staat“ und den Verlust eines gemeinsamen, allgemein anerkannten Wertefundaments.

Die gesamte, zunächst schleichende, jetzt immer schneller werdende Verschlechterung des Gesundheitszustands unseres Patienten beruht auch darauf, dass der Patient sich selbst nicht betroffen wähnt. Krank bin nicht ich, krank ist der Staat! Aber, meine Lieben, wer ist denn der Staat, wenn nicht wir alle - wir, die Bevölkerung?

Der Staat hat sich - ausgehend von der Liberalisierung- und Befreiungswelle der 60er nur zum omnipotenten und unerschöpflichen Wohltäter, zum all zuständigen Neutrum entwickelt. Dieser Staat hat gefälligst jeden Wunsch und jedes Begehren eines Jeden zu erfüllen.

Individualismus um jeden Preis

Gleichzeitig hat dieselbe Bewegung es auch geschafft, dass der Individualität der Vorzug vor der Gesellschaft und den gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen gegeben wurde. Diese Entwicklung geschah ohne Not, wie ich meine. Bei aller eingeräumten Reformnotwendigkeit, die in den 60ern gerade im Bildungsbereich sicher bestand - aber war es wirklich notwendig, Werte wie Familie, Heimat, Religion in dem Maße über Bord zu werfen, wie es geschehen ist? Bei dieser Entwicklung jedenfalls ist es für mich kein Wunder, dass die Interessen eines Sportvereins mit über 3.000 Mitgliedern hinter dem Interesse eines Nachbarn zurückstehen haben, der sich ab 21.30 Uhr durch den Rasensprenger des Fußballplatzes in seiner Privatsphäre gestört fühlt. Staatsverantwortung heißt schließlich, Einen vor den Interessen Tausender zu schützen, oder? Wenn Sie mit dieser Analyse konform gehen, dann erklärt sich daraus auch das unbändige und unbremste Bestreben der Deutschen nach Perfektionismus und Regelung, nach der Durchdringung des Staates jedes einzelnen Bereiches.

In der Arbeits- und Wirtschaftswelt läuft es nach den gleichen Grundprinzipien. Es gibt nur noch den „own value“. Was dem „shareholder“ Recht ist, ist dem Genossen nur billig! Jeder für sich - und das unter dem Deckmantel des großen

ganzen. Volkswirtschaftliche Gesamtverantwortung ist Aufgabe des Mittelstandes! Dort kann kaum jemand die zweifelhaften Segnungen der Globalisierung nutzen, am Rad der Arbeitslöhne nach Belieben drehen oder Gewinne in ausländische Steuerparadiese verschieben. Alles legal - aber für den Heizungsbauer aus Mühlheim halt nicht machbar! Die Politik schaut zu, weil die großen, dicken Fische mit ihren Lobbies ganz anders - auch medienräftigen Wind machen.

## Wie kommt Deutschland wieder „auf die Beine“?

Die Kernfrage lautet heute: Was können wir uns als Gesellschaft noch leisten? Wie lange können wir es uns noch leisten, zu ignorieren, dass wir eine Therapie brauchen, die uns einschneidender sein wird, je länger wir warten.

Es ist nach meiner Auffassung die schwierigste Aufgabe der Politik der Gegenwart, dem Patienten - und damit der Bevölkerung - die Notwendigkeit der Therapie zu vermitteln, die bestmögliche Therapie zu entwickeln und zu erklären und sie aber auch dann rückhaltlos anzuwenden.

Hierzu gibt es positive Signale. 37 Prozent der jungen Menschen in Bayern zeigen ehrenamtliches Engagement. Erleben wir eine Renaissance der Werte? Erkennen die Menschen nach und nach wieder, dass es „etwas bringt“, sich für das Gemeinwesen zu engagieren? Hoffen wir es!

In kleinen, mühseligen Schritten in den Keimzellen bürgerschaftlichen Engagements mögen Einsicht und Bereitschaft gefördert worden und gewachsen sein. Aber das ist alles viel zu kleinräumig und vermag die wirklich großen Probleme nicht zu lösen und ist deshalb in die Reihe der allenfalls partiell wirkenden homöopathischen Mittel einzuordnen.

## Große Bewährungsprobe der Volksparteien

Es ist die große Bewährungsprobe der Volksparteien. Sie müssen jetzt die tiefen Verwurzelungen der Bevölkerung nutzen. Eine gemeinsam entwickelte Therapie - möglichst effizient, schnell und wirksam - muss erklärt, verkauft und angewandt werden. Dabei tragen allerdings Viele Verantwortung. Nicht nur die Politik! Gefordert sind Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kommunen, die Wirtschaft und jeder Einzelne! Keine Krise ohne Chance!

Die neue Große Koalition auf Bundesebene eröffnet eine Chance. Eine Chance, die dringend genutzt werden muss. Eine Chance, das Ruder zu Gunsten einer gerechteren, sozial ausgewogenen und damit zukunftsfähigen Gesellschaft in Deutschland herumzudrehen. Die beiden großen Volksparteien müssen die Reformbereitschaft des überwiegenden Teils der Bevölkerung aufgreifen. Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass nur ein gemeinsamer Kraftakt aller gesellschaftlichen Kräfte und Schichten zur Gesundung des „Patienten Deutschland“ beitragen kann.

## Hilfe zur Selbsthilfe

Aber auch Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kommunen, Kirchen, die Wirtschaft und jeder einzelne Bürger sind gefordert. Keiner darf sich wegdücken und auf seinen Besitzstand pochen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass keiner ausgenommen wird und ihnen „die lange Nase dreht“, sondern alle ihren Beitrag leisten (müssen), wird die Therapie gelingen.

Neben den großen Reformprojekten, wie Steuer-, Gesundheits-

## GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser



Am 1. Januar 1806 verkündete der Reichsherr in den Straßen Münchens, dass Kurfürst Max IV. Joseph sich bewogen fühlte, den Thron seiner Väter zu besteigen. Er nannte sich von diesem Tag an Max I. Joseph, König von Bayern.

Damit trat unser Land in seine moderne Geschichte ein. Das Staatsgebiet nahm allmählich, spätestens mit dem Ende des Wiener Kongresses und der Eingliederung der Pfalz, seine heutige Gestalt an. Nach dem Ersten Weltkrieg kam nach einer Volksabstimmung Coburg hinzu, die Pfalz ging nach dem Zweiten Weltkrieg verloren. Der neue Staat war eine Mittelmacht von europäischem Anspruch. Dies zeigte sich besonders, als Prinz Otto, der zweitgeborene Sohn König Ludwigs I., König von Griechenland wurde (1832) und dann 30 Jahre blieb.

Aber auch im Inneren des Landes änderte sich ungeheuer viel. So trat am 17. Mai 1818 für das Gebiet des Königreichs rechts des Rheins ein neues Gemeindeedikt in Kraft. Zum ersten Mal in der neueren bayerischen Rechtsgeschichte wurde dort in dem Vorwort des Königs von den Magistraten mit einem „freyeren und erweiterten Wirkungskreis“ gesprochen. Eine neue Ära in der Entwicklung der Gemeindeverfassungen hatte begonnen. Für die Städte bedeutete dies, dass ein Zweikammersystem (Gemeindevollständigung) hieß, und Magis-

trat) mit einem Bürgermeister an der Spitze eingeführt wurde. Dieses System bestand bis zum Ende des Königreichs im November 1918. Erst das „Gesetz über die Selbstverwaltung“ vom 22. 5. 1919 (GVBl. 1919 S. 239) löste die bis dahin weitergeltende „rechtsrheinische Gemeindeordnung“ von 1869 in wesentlichen Teilen ab. Das heute noch geltende Einkammersystem wurde eingeführt.

Aber auch in vielen anderen Bereichen zeigte das neue Königreich, zu welchen Leistungen es fähig war. So fuhr in Bayern u.a. die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth, der Ludwig-Donau-Main Kanal wurde gebaut und die Residenzstadt München erhielt ein völlig neues Gesicht durch die großen Prachtstraßen (Ludwig-, Maximilian- und Prinzregentenstraße).

Die Zeit des Königreiches jedenfalls war nicht die schlechteste Periode in der bayerischen Geschichte, auch nicht für die Gemeinden.

Me  
Luitpold Braun

und Arbeitsmarktformen muss die Politik es schaffen, ein neues Selbstverständnis des Staats zu vermitteln. Sie muss den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlichen, dass der Staat keine große Umverteilungsmaschinerie ist, sondern nur die Rahmenbedingungen schaffen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten kann.

Ich bin sicher, wir können beweisen, dass nicht nur die Nachkriegsgeneration fähig war, Großartiges zu leisten. Wir müssen unseren Mut wieder finden. Nicht einen Mut, anders zu sein als andere um jeden Preis - nein, einen Mut der Bekenntnis zum Standort, zu unserem Land, zu uns selbst bedeutet. Den Mut zur Lösung der Aufgaben in den neuen Ländern, den Mut, den Herausforderungen des Giganten Europa mit schlaun Konzepten zu begegnen, den Mut, Liebgewordenes loszulassen, verkrustete Verwaltungsstrukturen gänzlich über Bord zu werfen. Und auch den Mut, die Hemmnisse, die unsere Innovation hindern, die unsere Wirtschaft blockieren, zu beseitigen. Gentechnik und Energie sind Marktchancen für uns.

## Auch die Wirtschaft braucht Mut

Die Wirtschaft braucht den Mut, wieder in volkswirtschaftlichen Kategorien und nicht nur in bilanziellen Jahreszeiträumen zu denken. Sie muss sich ihrer gesamtpolitischen und gesellschaftlichen Verantwortung wieder wesentlich mehr bewusst werden. Gleiches gilt auch für die Gewerkschaften, die ein gerüttelt Maß an Standortvorteil erzeugen können, wenn sie sich offen den neuen Realitäten stellen.

Nur durch ein Bündel an vertrauensbildenden Maßnahmen

kann Deutschland fit für die Zukunft werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden Einschnitte akzeptieren, wenn sie ein Gesamtkonzept zur Gesundung unseres Staatswesens erkennen können. Sie warten gleichsam nur auf eine Initialzündung der „hohen Politik“. Die Große Koalition hat hier eine immense Verantwortung. Ich bin überzeugt, dass Deutschland wieder nach oben kommt, wenn die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Politik und die gesellschaftlich relevanten Kräfte wieder finden und erkennen, dass das nach und nach entstandene „Rundum-sorglos-Paket“ staatlicher Transferleistungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte nicht mehr funktioniert, sondern jeder einzelne seinen Beitrag für das Gemeinwesen leisten muss.

## Bittere Pillen

Reformen ohne Schmerzen gibt es genauso wenig wie wirksame Medikamente, die süß schmecken. Nur bittere Pillen werden den Patienten wieder auf die Beine stellen. Mehr Arbeit bei weniger Lohn und den Preis der Standortsicherung, mehr Beschäftigung bei weniger optimalen Standortbedingungen aber hoher Produktivität, weniger staatliche Versorgung und mehr private Initiative bei Honorierung derselben, weniger staatliche Belastung und mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen, ist Gebot der Stunde. Der Staat, also wir, müssen denen helfen, die nicht schwimmen können und nicht diejenigen Kräfte zehrend abschleppen oder ins Rettungsboot holen, die sich in unserer Gesellschaft aus eigener Kraft behaupten können. Sind wir noch zu retten? Jawohl!

## Anzeigen in der

GZ

Sprechen Sie mit Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

burtenrückgang, und das Auseinanderbrechen gewachsener Strukturen, vor allem im familiären Bereich, lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

- Die Verschuldung auch privater Haushalte nimmt besorgniserregend zu.
- Ein kompliziertes Steuersystem schreckt Investoren ab.
- Die Kaufkraft der Verbraucher bleibt angesichts ungewisser Zukunftsaussichten und drohender Belastungen des privaten Geldbeutels stark gebremst.
- Zum Teil extrem gestiegene Energiekosten sind ein negativer Standortfaktor und lassen die Sparbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger weiter steigen.

## Demgegenüber gibt es nur wenige positive Aspekte:

- Die Exportwirtschaft zeichnet immer neue Rekorde.
- Die Bürgerinnen und Bürger haben enorme Summen auf der hohen Kante.
- Der deutsche Erfindergeist sorgt für beeindruckende Patentanmeldungen und hohe Wettbe-

torische Verfassung im Eindruck eines kaum beendeten Krieges gegossen - war zu Recht auf eine absolute Kontrolle aller Gewalten, auf eine Machtverteilung bis hin zur Atomisierung gradliniger und notwendiger Entscheidungswege angelegt. Heute hindern und blockieren sich Bundesrat und Bundestag, verstricken sich die Staatsebenen in Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen und kein Mensch, bis auf die wenigen verbeamteten Übermenschen in den Staatskanzleien unserer Republik durchschaut mehr das System, das sich selbst aus seinem Verständnis heraus noch undurchschaubarer macht.

Das ist zwangsläufig so, weil gerade die wenigen „Durchblicker“, die Teil dieses Systems der wechselseitigen Verantwortungsdelegation sind, sich und das System selbst unentbehrlich machen wollen. Ein fataler Automatismus, den wir aus der Bürokratiellehre kennen.

Im scheinbaren Überfluss der Erhard'schen Wirtschaftserfolge begann schon Adenauer die soziale Komponente der gut funk-

## Kinderbetreuung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tischen Anstrengungen sowohl der Bayerischen Staatsregierung als auch der Baden-Württembergischen Landesregierung.

Schrittweise soll ein Betreuungsangebot geschaffen werden, das vom Kleinkind bis zum Jugendlichen reicht. Die Möglichkeiten, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren und aufeinander abzustimmen, sollen damit nachhaltig erweitert werden. Die Anstrengungen konzentrieren sich gegenwärtig auf den Ausbau der Angebote für die Altersgruppe der unter dreijährigen Kinder und Schulkinder.

### Wahlfreiheit

Wie Baden-Württembergs Sozialminister Andreas Renner betonte, sei es das erklärte Ziel seines Landes, „zum Kinderland Deutschlands“ zu werden. Dabei trügen vor allem die Kommunen besondere Verantwortung.

Das Land habe eine signifikante Verbesserung des Platzangebots erreicht, indem z. B. bei der Förderung Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten, mit Altersmischung oder Ganztagsbetreuung begünstigt wurden. In nur vier Jahren habe sich so die Anzahl der Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten sowie der altersgemischten Gruppen mehr als verdreifacht und sich zudem die Anzahl der Ganztagsgruppen mehr als verdoppelt. Nachdem im Bereich der Kindergärten Vollversorgung erreicht sei, „konzentrieren wir uns jetzt auf den bedarfsgerechten Ausbau der Klein- und Schulkinderbetreuung“.

Nach dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2002 haben Eltern laut Renner die Wahl, ob ihre Kinder innerhalb oder außerhalb der eigenen Familie betreut werden. Dafür stelle das Land Mittel in Höhe von jährlich über 15 Millionen Euro zur Verfügung, die in die Förderung von Krippen und in den Ausbau der Strukturen der Kindertagespflege sowie in die Schulkinderbetreuung fließen. Mit Erfolg: Die Anzahl der Krippenplätze konnte seit 2002 mehr als verdreifacht werden. Für Kleinkinder stehen rund 7.500 Plätze in altersgemischten Gruppen zur Verfügung. Mit Landesförderung sind mehr als 50 örtliche Tagesmuttervereine entstanden. Etwa 7.600 Tagesmütter betreuen insgesamt rund 12.200 Kinder. Renner: „Baden-Württemberg verfügt somit derzeit über mehr als 19.000 Betreuungsplätze für Kleinkinder. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 6,5 %.“

Um die Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit zu verbes-

sern, hat Baden-Württemberg den Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen für Kinder ausdrücklich in das Landesrecht aufgenommen. Auch die Betreuungsangebote für Schulkinder wurden in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert. Neues Element ist dabei die verlässliche Grundschule - ein Angebot, das Renner zufolge in 80 Prozent der Grundschulen bereits umgesetzt wurde und für verlässliche Unterrichtszeiten, eine pädagogische Qualitätsverbesserung und eine bedarfsorientierte Betreuung steht. Für einen Zeitkorridor von sechs Stunden am Vormittag trage das Land in diesem Rahmen die Hälfte der Personalkosten für die Betreuung. Im vergangenen Schuljahr 2004/2005 wurden so mehr als 51.000 Schulkinder betreut. Daneben bestünden Hortgruppen und Angebote der flexiblen Nachmittagsbetreuung an Schulen, an deren Personalkosten sich das Land mit ca. 30 Prozent beteilige.

Wie Bayerns Sozialministerin Christa Stewens erläuterte, ist im Freistaat am 1. August 2005 ein Gesetz in Kraft getreten, das die Kinderbetreuung grundlegend reformiert. Dieses betreffe sowohl in quantitativer Hinsicht den weiteren Ausbau des Angebots und dessen Finanzierung als auch in qualitativer Hinsicht die Inhalte

(Fortsetzung von Seite 1)

den Münchnern der Arbeitsplatzabbau und der Mangel an familienfreundlichem und preisgünstigem Wohnraum.

### Wissenschafts- und Kulturmetropole

Die Münchner fühlten sich laut einer Bürgerbefragung in der Stadt wohl und schätzten sie als offene, saubere, internationale Wissenschafts- und Kulturmetropole ein. Enorme Wirtschaftskraft und ein hoher Sicherheitsfaktor seien ebenfalls Kennzeichen. Wie Bernhard ausführte, entwickle sich auch das Verhältnis zwischen deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung positiv. Sorgen bereite

der pädagogischen Arbeit.

Im Mittelpunkt des neuen Gesetzes stehe das Kind. Für die Finanzierung bedeute dies: Die Einrichtungen werden nicht mehr pauschal gefördert, sondern nach dem konkreten Förder- und Betreuungsbedarf der einzelnen Kinder. Des Weiteren erhielten die Eltern stärkeren Einfluss auf die Angebotsstruktur und die Bildungsinhalte.

### Stärkung der Gemeinden

Das das Kind im Mittelpunkt steht, bedeute in qualitativer Hinsicht: „Das neue Gesetz ist ein Bildungsgesetz.“ Die Gemeinden würden durch das neue Gesetz bei der Sicherstellung und Planung des Betreuungsangebots gestärkt. Sie könnten das Angebot am besten auf die Bedürfnisse vor Ort ausrichten. Für jeden Platz in der Kindertageseinrichtung und in der Tagespflege, den die Kommunen als bedarfsnotwendig anerkannt haben, gewährleiste der Staat eine staatliche Förderung.

Ausbaubedarf bestehe insbesondere bei den Plätzen für die unter Dreijährigen und für die außerschulische Betreuung von Schulkindern, erklärte Stewens. Der Bedarf divergiere dabei aufgrund der unterschiedlichen Einstellungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Städten und auf dem Land zum Teil erheblich. DK

## Lebenswerte Großstädte ...

den Münchnern der Arbeitsplatzabbau und der Mangel an familienfreundlichem und preisgünstigem Wohnraum.

### Defizite beim Freizeitangebot

Defizite sähen die Bürger auch im Freizeitangebot für Jugendliche und bei der Kinderbetreuung, weil es die Landeshauptstadt nicht - anders als im Rest Bayerns - geschafft habe, eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen zu garantieren, meinte Bernhard. Er nannte fünf Schwerpunkte, die in der Münchner Kommunalpolitik in der nächsten Zeit angepackt werden müssen: Sanierung der öffentlichen Finanzen, mehr Transparenz bei den öffentlichen Beteiligungen, engere Zusammenarbeit mit dem Münchner Umland, Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms sowie Schulpolitik mit besonderem Augenmerk auf die Hauptschule.

Politisch sei München darüber hinaus auch ein Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen: Die Zahl der Singlehaushalte liege bei 50 Prozent und 75 Prozent aller Haushalte hätten keine Kinder. Hier gebe es gravierende Unterschiede zwischen

## Anlagenoptimierung für umsichtige Kommunen

Gottfried Urban, Vorstand der Neue Vermögen AG, im Gespräch mit der GZ

„Wir sind dazu da, das Geld der Kommunen so anzulegen, dass relativ risikolos gute Erträge erwirtschaftet werden können“, erklärte Gottfried Urban, Vorstand der Neue Vermögen AG, im Gespräch mit der GZ.

Während die klassische Beratung dahin gehe, Rentenpapiere, Pfandbriefe oder eine Obligation anzubieten, verwendet die Neue Vermögen AG mehr Anlageklassen. Rente, Immobilien, Aktien (vielleicht die Anlage von Spezialfonds im kleinen Aktienteil), möglicherweise noch der Bereich Rohstoffe - diese Anlageklassen seien für die Kommunen empfehlenswert. Dass dies ein durchaus lohnendes Unterfangen sein kann, zeigt ein Beispiel aus dem Allgäu: Hier wurden sage und schreibe jährlich zusätzlich 200.000 Euro Zinsen zusätzlich erwirtschaftet.

### Portfoliotheorie nach Markowitz

„Alles wird natürlich wohl doziert, damit nichts passiert“, bemerkt Urban. „Wir können das procedere insofern steuern, als wir nach der modernen Portfoliotheorie nach Markowitz handeln.“ Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften hat

nachgewiesen, dass das Risiko eines traditionellen Anlageportfolios, bestehend aus Aktien und Anleihen, erheblich gesenkt und das Ertragspotential dieses Portfolios gesteigert werden kann, wenn diesem ein kleiner Teil eines alternativen Investments beigemischt wird. Weiterhin nutzen diese Anlageformen Freigrenzen aus und bieten den Anlegern die Möglichkeit, Ausschüttungen mit geringeren Steuern oder gar nahezu steuerfrei zu vereinnahmen. Die Diversifikation in verschiedenen Anlageklassen und die Beimischung von nichttraditionellen Anlageformen minimieren das Risiko bei gleichen oder höheren Erträgen. „So kann man ganz individuell auf die Bedürfnisse einer Stiftung, einer Gemeinde oder einer Stadt eingehen“, betont Urban.

### Zahlreiche Auszeichnungen

Gemeinsam mit der DZ Bank International S.A. hat der Traunsteiner Vermögensverwalter im Juni 2005 einen so genannten Portfoliofonds auf den Markt gebracht. Der „NV Strategie Fonds Konservativ“ ist ein Dachfonds mit einem breiten Anlagespektrum. Er bietet für jeden Anleger die ideale, steuerlich optimierte Gesamtvermögenslösung. Zugleich werden Kurschancen des Aktienmarktes genutzt. Gemäß dem Motto: „Anlageerfolg sollte kein Zufall sein, sondern das Ergebnis klarer analytischer Prozesse“, wird das Portfolio zusammengestellt.

Und der Erfolg gibt Urban Recht: Mit zahlreichen Auszeichnungen und Spitzenplätzen in Fondswettbewerben gehört die Neue Vermögen AG zu den „top winnern“ im Bereich Fondsverwaltung.

Die zweite Auswahl erfolgt durch das „Best Idea“ Prinzip, eine Kombination der besten Strategien und Prozesse. Um eventuellen Klumpenrisiken oder Systemfehlern vorzubeugen, erfolgt im dritten Schritt eine Plausibilitätsprüfung. Zentrales Anliegen des Fondsmanagements ist eine defensive Basisstreuung, die auch bei negativer Börsentendenz solide Erträge abwirft.

### Erfolgreiche Strategie

Die Neue Vermögen AG hat auch im Geschäftsjahr 2005 ihre erfolgreiche Strategie fortgesetzt. In weniger als acht Jahren hat sich aus der Firma, die Anfang 1998 von acht Bankern und deren Kunden gegründet wurde, ein Unternehmen mit mittelständischem Charakter entwickelt.

Die Neue Vermögen AG ist mittlerweile mit insgesamt 13 Standorten in Deutschland und einer eigenständigen Niederlassung in Österreich präsent. Derzeit betreuen rund 60 Anlageexperten insgesamt gut 7.000 Kundendepots mit einem Gesamtvermögen im oberen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Damit zählt das Unternehmen zu den größten unabhängigen Vermögensverwaltern auf dem deutschen Markt.

Das Angebot der Neue Vermögen AG richtet sich sowohl an private als auch an institutionelle Anleger. Unterstützt werden diese in den Bereichen ganzheitliche Planung und Betreuung von Kapital- und Vermögensanlagen, Vermögens-, Finanz- und Wirtschaftsberatung, Finanzportfolioverwaltung, Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträ-

gen, Investmentanteilen und Immobilien sowie der Vermittlung von Krediten und Darlehen, Venture Capital und sonstigen Capital- und Vermögensanlagen. Gerade bei den oft wenig bekannten Möglichkeiten, Geld in guten Zeiten „insolvenzgeschützt“ anzulegen, herrscht nach Urbans Angaben „enormer Beratungsbedarf“.

Der eigens auf die Kommunen zugeschnittene sog. Kredit-Management-Service hat das Ziel, Kredite nach Möglichkeit so umzuschichten, dass Änderungen auf dem Zinsmarkt zugunsten der kommunalen Haushalte ausgenutzt werden können.

Bei den Kommunalkrediten arbeite man mit einem Partner zusammen, der Gutachten für kommunale Kredite bzw. Großkredite anfertigt. Dabei gehe es nicht darum, den Kreditgeber zu wechseln, sondern „dem kommunalen Entscheidungsträger Entscheidungshilfen zu geben“. Erfolgsorientiertes Handeln laute die Maxime.

Der bereits seit 25 Jahren auf dem Gebiet der Fondsanalyse tätige Diplom-Bankbetriebswirt spricht aus Erfahrung, wenn er erklärt, dass bei der Kreditneuaufnahme in den Kommunen nicht alles sehr gut laufe. Es gebe „hervorragende Kämmerer“, die äußerst erfolgreich mit den Banken verhandelten. Das Problem aber liege darin, „dass die alten, vier bis sechs Jahre laufenden Kredite mit langer Bindungsdauer nicht mehr unter die Lupe genommen werden“. Genau hier aber liege das Potenzial der Kommunen: Durch Überprüfung und geschicktes Einsetzen effektiver Instrumente könne die Neue Vermögen AG den Kommunen helfen, „richtig Geld zu sparen“.

### Potenzial bei Erneuerbaren Energien

Bei einem Blick in die Zukunft erwartet sich der Vorstand für die Unternehmensentwicklung positive Impulse durch den Einstieg in die alternative Energiewirtschaft. Über die österreichische Tochtergesellschaft ist die Neue Vermögen AG mehrheitlich an der BioMa Energie AG beteiligt. Das Unternehmen baut derzeit in Österreich - teilweise mit strategischen Partnern aus dem Energiesektor - vier Biomasse-Heizkraftwerke (siehe dazu GZ 22). Auch Kommunen sind an diesem Kraftwerkepool als Aktionäre beteiligt. DK

### Kreistag Cham:

#### Privatisierung des Krankenhausbetriebs

Als „Chance für unsere Krankenhäuser“ bezeichnete Landrat Theo Zellner die Umwandlung des bisherigen Eigenbetriebs in eine privatwirtschaftlich geführte gemeinnützige „Kliniken des Landkreises Cham GmbH“. Die dazu notwendigen Verträge (Ausgliederungsplan, Gesellschafts- und Personalüberleitungsvertrag, Regelung der Eigentumsverhältnisse an Grundstücken und Gebäuden) wurden vom Gremium einstimmig gebilligt. Das Management übernimmt die Firma „b.t. pro Hospital“.

Damit sollen zukunftsfähige Strukturen geschaffen, medizinische Leistungen optimiert und verbessert, sowie Defizite abgebaut werden. Die gemeinnützige GmbH muss auf Dauer ihre Investitionen selber erwirtschaften. □

## ★ FROHE FESTTAGE !

Die KFB Fachberatung für Kommunen GmbH dankt allen Kunden und interessierten öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaften für die Zusammenarbeit im Jahr 2005!

Wir wünschen Ihnen ein frohes und glückliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein weiteres erfolgreiches Jahr - 2006!

Ihr KFB-Team



Ihr Partner für kommunale Investitionen !

Zwischenresultat bei der BayernLB:

# Ergebnis nochmals erheblich verbessert

Zielwert 2005 beim Operativen Ergebnis schon nach neun Monaten erreicht

München - Die BayernLB hat ihr operatives Ergebnis (Betriebsergebnis) im Konzern nach neun Monaten 2005 um 42,5 Prozent (absolut: um 302 Mio. Euro) auf 1.013 Mio. Euro gegenüber dem anteiligen Jahreswert 2004 gesteigert. „Damit haben wir schon nach neun Monaten unsere ursprüngliche Zielvorgabe für das Gesamtjahr 2005 erreicht. Aus heutiger Sicht rechnen wir für 2005 nunmehr mit einem operativen Ergebnis von über 1,3 Milliarden Euro“, so Werner Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes, vor dem Club Wirtschaftspresse München.

„Mit diesem Ergebnis und einer ebenfalls über dem Zielwert liegenden Eigenkapitalrentabilität von 15,8 Prozent sehen wir uns im Verbund mit den bayerischen Sparkassen im Wettbewerb gut aufgestellt“, so Schmidt weiter. Der Zinsüberschuss wuchs um 5,3 Prozent und betrug im Berichtszeitraum 1.603 Mio. Euro (gegenüber 1.522 Mio. Euro zum anteiligen Vorjahreswert). Der Provisionsüberschuss stieg um 5,9 Prozent auf 270 Mio. Euro. Das (nach HGB-Bilanzierungsvorschriften ermittelte) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften liegt per 30. September 2005 mit 72 Mio. Euro um rund 22 Mio. Euro unter dem zeitanteiligen Wert des Vorjahres.

## Sachaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen nehmen im Konzern um 10,9 Prozent zu auf 1.005 Mio. Euro (Vorjahr 906 Mio. Euro). Dabei liegt der Personalaufwand nach einer Zunahme um 2,1 Prozent bei 528 Mio. Euro. Ein Einmalaufwand für Projekte aufgrund gesetzlicher Vorgaben (z. B. IFRS/Basel II) in Höhe von 60 Mio. Euro führte maßgeblich zu einem vorübergehenden Anstieg des Sachaufwands um 88 Mio. Euro oder 22,4 Prozent auf 477 Mio. Euro. (Vorjahresvergleichsraum 389 Mio. Euro).

Die Cost-Income-Ratio liegt aktuell (bereinigt um den Einmalaufwand der Projekte) bei 46,5 Prozent gegenüber 44,4 Prozent zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zum 30. September 2005 wird für Risikovorsorge und Bewertungsmaßnahmen ein Betrag von 16 Mio. Euro disponiert. Damit konnte der Aufwand im Vergleich zum Referenzzeitraum des Vorjahres um absolut 405 Mio. Euro oder 96,2 Prozent verringert werden.

## Bilanzentwicklung

Der Zuwachs der Konzernbilanzsumme in den ersten neun Monaten 2005 beträgt gegenüber dem 31.12.2004 7,1 Prozent (+23,7 Mrd. Euro) auf 356,8 Mrd. Euro. Die Kundeneinlagen nahmen um 6,4 Prozent auf 74,9 Mrd. Euro zu, die verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 9,7 Prozent auf 113,9 Mrd. Euro (Veränderungen gegenüber 31.12.2004). Die Eigenkapitalquoten der BayernLB liegen zum Stichtag 30.09.2005 weiterhin im Zielkorridor. Die Kernkapitalquote beträgt 7,9 Prozent (zum 31.12.2004: 8,3 Prozent), die Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer) liegt bei 11,6 Prozent (zum 31.12. 2004: 12,5 Prozent).

## Ausblick auf das Gesamtjahresergebnis 2005

Für das Gesamtjahr 2005 prognostiziert Werner Schmidt: „Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die BayernLB zum Jahresende ein operatives Ergebnis von über 1,3 Mrd. Euro und damit einen Anstieg von rund 40 Prozent erreichen wird.

Die Gewinnrücklagen in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro vorgesehen“.

## Konsequenter Ausbau der Auslandsstrategie

Die konsequente, weitere Fortführung der ertragsorientierten Auslandsstrategie fokussiert sich neben dem europäischen und amerikanischen Markt vor allem auf die entwicklungsfähigen Märkte in Osteuropa und Asien. In diesen Regionen ist die BayernLB schon seit Jahren präsent und

kann auf fundierte Erfahrungen und Netzwerke bauen. Zur Verbesserung der Gesamtergebnisse im Konzern und zur Verbreiterung der Retailbasis in Osteuropa nutzt die BayernLB die Chancen der Wachstumsmärkte in Asien und Mittel- und Osteuropa.

## Potenziale bei PPP

In der Region Osteuropa begleitet und unterstützt die BayernLB Firmenkunden der Sparkassen-Finanzgruppe sowie deutsche und europäische Konzerne, Private und selektiv aussichtsreiche lokale Unternehmen. Banken und die öffentliche Hand gehören bei gutem Rating ebenfalls zu den Zielkunden. Potenziale sieht die Bank auch im Bereich PPP (PrivatePublicPartnership), wie beim Bau von Autobahnen. Sie fokussiert sich dabei regional und produktbezogen. Die ungarische BayernLB-Tochter MKB

wird gestärkt und weiter, auch über Ungarn hinaus, ausgebaut. Im Rahmen weiterer Veränderungen der Bankenstruktur in Mittel- und Osteuropa wird die BayernLB - sofern der Return on Investment (RoI) vertretbar ist - durch Zukäufe und/oder Greenfield-Investitionen (Neugründungen) ihre Position weiter ausbauen.

## Asiengeschäft

In Asien unterstützt die BayernLB die Sparkassen und ihre Kunden mit kompetenter Beratung, mittels Ihrer Auslandsstützpunkte, den Leistungen des German Centre Shanghai und Kooperationspartnern in den wichtigsten Märkten vor Ort. Die BayernLB bringt ihre langjährigen Erfahrungen in den wirtschaftlichen Brennpunkten Hong Kong, Shanghai, Peking und Tokio ein. Der Auslandsstützpunkt Hong Kong dient als Drehscheibe für das

Asiengeschäft. Shanghai ist Ausgangspunkt zur Bearbeitung des chinesischen Marktes. Mit dem neuen German Centre in Shanghai eröffnet die Bank deutschen Unternehmen überdies vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten bei ihrem Weg nach China.

## Weitere Stützpunkte

Die BayernLB ist für ihre Kunden und die Kunden der Sparkassen darüber hinaus mit Stützpunkten in Europa (Budapest, London, Luxemburg, Mailand, Paris, Zürich), Amerika (Montreal, New York) und Asien (Hong Kong, Peking, Shanghai, Tokio) vor Ort. Überdies kooperiert die BayernLB als erste Landesbank mit dem S-Country-Desk der deutschen Großsparkassen und kann so zusätzliche Services in anderen internationalen Regionen bieten. □



Mit Sicherheit  
faire Preise

# Ihre Kinder wachsen. Ihr Strompreis nicht.

## E.ON BasisPower mit 3 Jahren Preisgarantie\*

Informieren Sie sich unter: [www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com)

\*Durch die einmalige Zahlung von 20 Euro beziehen Sie für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 Ihren Strom immer zum gleichen Preis (ausgenommen sind Erhöhungen durch Steuern und gesetzliche Abgaben). Dieses Angebot gilt bis zum 31. Dezember 2005.

[www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com)  
[www.eon.com](http://www.eon.com)

**e-on** | Bayern

Public Private Partnership:

# Kommunalfinanzierung auf neuen Wegen

**Für Bau, Betrieb und Unterhalt von Schulen, kommunalen Schwimmbädern, Brücken und Straßen sowie Ver- und Entsorgungsanlagen trägt die öffentliche Hand die Verantwortung. Ihre Finanzierung wird zunehmend zur Herausforderung der angespannten Haushalte. Wie sich mehr Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchsetzen lassen, zeigen neue Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.**

Einen wesentlichen Impuls gibt der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Investoren und Bauunternehmen die auf Bundesebene ins Leben gerufene Initiative Public Private Partnership (PPP) im Hochbau, die das Bundesverwaltungsamt in Köln, die Initiative D 21 sowie das Land Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung maßgeblich fördern. Sie ist für die Zukunft der Bauwirtschaft und zum Vorteil von Bund, Ländern und Kommunen von erheblicher Bedeutung.

## PPP-Task-Force

Public Private Partnership ist bis heute nicht als abgeschlossener Kanon von vertraglich und organisatorisch einheitlichen Modellen und Verfahren definiert. Der Begriff ist eine Sammelbezeichnung für vielfältige Formen der Kooperation der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft. Sie wurde und wird in den Bundesländern auch wegen der Not der öffentlichen Haushalte unterschiedlich intensiv genutzt. Eine Schrittmacherrolle hat das Land Nordrhein-Westfalen übernommen. Unter Regie des Finanzmi-

nisteriums ist dort eine PPP-Task-Force eingerichtet worden. Sie steht Kommunen mit Rat und Tat zur Seite.

So ist es nicht verwunderlich, dass Nordrhein-Westfalen mit Pilotprojekten in Monheim und Frechen eine bundesweite Vorreiterfunktion hat. Beispiel Frechen-Habbelrath: In der Kommune westlich von Köln ist ein 16 Millionen Euro teurer Schulneubau ein Modell, wie die öffentliche Hand trotz knapper Kassen gemeinsam mit privaten Partnern teure Infrastrukturprojekte realisieren kann. Die Full Service-Lösung für den Neubau der Paul-Kraemer-Schule und der Dreifachsporthalle des Nell-Breuning-Berufskollegs erspart dem Rhein-Erft-Kreis künftig jährlich 300.000 Euro.

## Pilotprojekt

Der Landkreis ist der erste im Land Nordrhein-Westfalen, der einen Schulneubau in Public-Private-Partnership (PPP) errichtet. Das Land fördert das Vorhaben als Pilotprojekt für Schulneubauten. Es hat auch für Deutschland Pioniercharakter: Erstmals wird hierzulande eine Sonderschule

für geistig und körperlich behinderte Kinder in einer so weitgehenden öffentlich-privaten Partnerschaft realisiert: Private Partner sind nicht nur für die Finanzierung, Planung und den Bau von Sonderschule und Sporthalle verantwortlich. Sie wurden darüber hinaus für eine Vertragslaufzeit von 25 Jahren auch mit Bewirtschaftung und Unterhalt der beiden Gebäude beauftragt.

Partner des Rhein-Erft-Kreises ist die VICO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, eine eigens für dieses Projekt gegründete Projektgesellschaft der SüdLeasing GmbH, einer Tochtergesellschaft der Landesbank Baden-Württemberg in Bietergemeinschaft mit der Bauunternehmung Müller-Altwater aus Stuttgart, Wayss und Freytag aus Frankfurt sowie der Lufthansa Gebäudemanagement GmbH.

Die SüdLeasing verfügt über 30-jährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand. Sie ist eine der größten herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften Deutschlands und hat schon kommunale Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund vier Milliarden Euro umgesetzt. Sie gilt in Deutschland als Spezialist für Infrastrukturfinanzierungen der öffentlichen Hand und als ein Marktführer für PPP-Modelle.

Bei erfolgreichen PPP-Modellen akzeptieren und praktizieren öffentliche Hand und Privat-

wirtschaft klare Grundsätze der Zusammenarbeit:

• **Erster Grundsatz:** Diese Art der Zusammenarbeit und Vergabeverfahren muss strengste Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erfüllen. Tatsächlich führt der Lebenszyklusansatz, das bedeutet ein Gesamtpaket aus Planen, Bauen, Finanzieren, Betrieb und Verwertung, nachweislich zu Effizienzgewinnen bei der Realisierung von Hochbauprojekten. In der Praxis werden im Vergleich zu Bauten in Eigenregie der öffentlichen Hand Kostenvorteile bis zu 25 Prozent realisiert.

• **Zweiter Grundsatz:** Die Partner akzeptieren, dass die sachgerechte Verteilung von Projektrisiken auch entsprechend leistungsorientiert und risikobezogen zu vergüten ist. Deshalb erfordert diese neue Art der output-orientierten Ausschreibung einen transparenten und nachvollziehbaren Bieterwettbewerb, den alle Marktteilnehmer akzeptieren.

• **Dritter Grundsatz:** Die Grundstruktur von PPP-Modellen erfordert es, dass es künftig nur noch einen einzigen Vertrag zwischen öffentlicher Hand als Auftraggeber und den privaten Partnern in Form eines PPP-Projektvertrages gibt. Die öffentliche Hand hat also auf der privaten Seite nur noch einen Vertragspartner. Das kann etwa eine Projektgesellschaft sein, die die einzelnen Leistungen an Architekten, Bauunternehmen oder Fachingenieure vergibt. Sie schließt auch die entsprechenden Verträge mit Banken für die Finanzierung oder mit Facilitymanagern oder Caterern als Betreibern ab.

Diese Grundsätze gelten für alle Modelle, die in der bundesweiten Gemeinschaftsinitiative für Hochbauprojekte dargestellt sind. Dabei handelt es sich um PPP-Erwerber-, Leasing-, Vermietungs- und Inhaberkonzessions-Modelle. Allen ist gemeinsam, dass es immer um ein Gesamtpaket aus Planen, Bauen, Finanzierung, Betrieb und gegebenenfalls Verwertung geht.

## Entscheidender Unterschied: Die Eigentümerstellung

Die Modelle unterscheiden sich in der jeweiligen Eigentümerstellung sowie der Art der Finanzierung bzw. der Absicherung. Bei der Frage nach dem Eigentümer geht es erstens darum, wer während der PPP-Vertragslaufzeit wirtschaftlicher und zivilrechtlicher Eigentümer des Objektes ist. Zweitens, wo das Eigentum am Objekt nach Ablauf der Finanzierungsdauer angesiedelt sein soll. Und Drittens, welcher der Partner die Chancen eines Objektes wahrnehmen soll bzw. die Risiken trägt. Beispielsweise liegt es im Charakter einer Schule, dass sie sicherlich langfristig im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben soll. Deshalb hat die PPP-Initiative dafür das Erwerbermodell entworfen: Schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses steht fest, dass das Objekt nach Vertragsende von der öffentlichen Hand erworben wird.

## PPP-Inhabermodell

Hieraus abgeleitet ist auch das PPP-Inhabermodell. Dabei erhält der private Partner von der öffentlichen Hand nur ein Nutzungsrecht. Auf dieser Grundlage plant, erstellt und finanziert er das Objekt. Das hat den Vorteil, dass wegen der kommunal gesicherten Finanzierung auf Grundstück- oder Erbbaurechte verzichtet werden kann, so dass Transaktionskosten wie Grunderwerbsteuer, Notarkosten und Eintragungsgebühren entfallen. Vom Grundsatz anders geartet sind PPP-Leasing- oder PPP-Ver-

mietungsmodelle. Sie halten eine spätere Verfügung über das Eigentum entweder als Ankaufsrecht oder als Vorkaufsrecht offen. Der private Partner behält also die Verwertungsfunktion. Beim Vermietungsmodell, das im Prinzip einem klassischen Investorenmodell entspricht, tragen der Projektentwickler und Investor die Chancen und Risiken. Die öffentliche Hand hat nach Vertragsende die Möglichkeit, das Objekt entweder weiter zu mieten, auszuziehen oder das Objekt zum Marktwert zu erwerben.

## Zielsetzungen der öffentlichen Hand sind entscheidend

Ein weiteres Unterscheidungskriterium für die Systematisierung von PPP-Modellen ist die Frage, ob es sich um Finanzierungen mit kommunaler Sicherung und gesicherten Zahlungen handelt oder um eine cash-flow-orientierte Projektfinanzierung, bei der das gesamte Investitionsrisiko beim Finanzier angesiedelt ist. Die Entscheidung über diese Finanzierungsalternativen hängt von verschiedenen Kriterien ab. Erstens von der Objektart sowie den Zielsetzungen und Anforderungen der öffentlichen Hand.

Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen: Bei Planung, Bau und Betrieb eines Schulgebäudes, das langfristig ins Eigentum der öffentlichen Hand übergeht, besteht das Ziel immer in einem höchstmöglichen Effizienzgewinn im Vergleich zu einem kommunal finanzierten Eigenbau. Mit einem Gesamtpaket aus Planen, Bauen und Betreiben werden erfahrungsgemäß Effizienzgewinne von zehn bis 25 Prozent erzielt. Das aber setzt voraus: Die öffentliche Hand muss bei der Finanzierung des Projektes - selbst wenn davon der Vermögenshaushalt tangiert wird - bereit sein, eine kommunale Absicherung abzugeben, um gleiche Finanzierungsbedingungen wie bei einem Bau in Eigenregie zu sichern.

Ganz anders verhält es sich etwa bei einer Brückenfinanzierung auf Basis eines Konzessions- oder Mautmodells. Eine solche Investition erfordert nicht zwingend die Einbindung der öffentlichen Hand.

## Auch klassische Finanzierungsmodelle bleiben attraktiv

Unabhängig davon bleiben für die öffentliche Hand aber auch klassische Finanzierungsmodelle wie das Werklohnstundungsmodell unverändert attraktiv. Dabei beauftragt die öffentliche Hand Bauunternehmen direkt damit, ein klar definiertes Hochbauprojekt zu in einem Vergabeverfahren festgelegten Preisen und Terminen zu erstellen. Für die Vorfinanzierung bzw. Bauzeitfinanzierung sucht sich das Bauunternehmen eine Bank als Partner. Ihr tritt es die Werklohnstundungsansprüche gegenüber dem Auftraggeber öffentliche Hand ab, d.h. es verkauft sie ihr in der Regel. Damit die Finanzierung zu günstigeren Kommunalkreditbedingungen erfolgen kann, gibt die öffentliche Hand gegenüber der Bank eine Einredeverzichtserklärung ab.

Das Bauunternehmen baut auf dieser Grundlage das Objekt in eigenem Namen und auf eigene Rechnung. Nach Fertigstellung übergibt es das Objekt der öffentlichen Hand, die es über die Bank finanziert.

## PPP als Herausforderung für beide Seiten

Public Private Partnership verspricht einerseits den öffentlichen Haushalten nachhaltige Vorteile bei Bau und Unterhalt der notwendigen Infrastruktur, und sie gewährleistet oft sogar, dass der Staat seine Aufgaben

## Hilfe zur Selbsthilfe

Um die ländlichen Räume zu stärken, setzt Landwirtschaftsminister Josef Miller künftig noch mehr auf maßgeschneiderte Programme und Hilfe zur Selbsthilfe. Ziel seiner Agrar- und Strukturpolitik sei es, gegenüber der Wirtschaft- und Finanzkraft in Ballungsräumen einen Ausgleich zu schaffen. Vor allem die ländlichen Gemeinden müssten sich den Herausforderungen wie Abwanderung, Überalterung, landwirtschaftlicher Strukturwandel, Entleerung der Ortskerne, Infrastruktur sowie überkommunale Zusammenarbeit stellen. Um die Kommunen zu unterstützen, wurden in Bayern zahlreiche Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, denn: „Wir setzen auf eine Vorsorgepolitik, damit Probleme gar nicht erst entstehen.“ □

überhaupt noch erfüllen kann. Bauwirtschaft und Dienstleistungsbranche sowie Bankwirtschaft eröffnet PPP ein viel versprechendes Betätigungsfeld und Wachstumsimpulse.

Damit diese Antriebe wirksam werden, müssen beide Seiten erst noch Hausaufgaben erledigen. Die Privatwirtschaft muss sich den neuen Anforderungen von Public Private Partnership stellen. Kein Zweifel: Die finanziellen Möglichkeiten und Potenziale der Bauwirtschaft und vor allem der Dienstleistungsbranche zur Absicherung der Risiken sind begrenzt. Daraus ergibt sich die große Gefahr, dass sich Public Private Partnership in eine ungünstige Richtung entwickelt, indem der Mittelstand, der nicht über das entsprechende Eigenkapital und eine ausreichende Bonität verfügt, von PPP-Modellen weitgehend ausgeschlossen wird.

## Nötige Institutionalisierung

Ein weiterer Aspekt: Public Private Partnership wird derzeit bundesweit nur noch in Pilotprojekten umgesetzt. Eine durchgreifende Akzeptanz auf allen Ebenen der öffentlichen Hand fehlt deshalb noch. Dafür wäre es dringend erforderlich, dass Public Private Partnership auf Bundes- und Länderebene institutionalisiert wird. Sachverständige Institutionen sollten öffentliche Haushalte projektbezogen beratend begleiten. Das ist derzeit in Nordrhein-Westfalen bereits der Fall. Auf Bundesebene befindet sich dieser Prozess in der Umsetzungsphase. Public Private Partnership verspricht bei entsprechenden Anstrengungen beider Seiten zu einer erfolgreichen Allianz zwischen Öffentlicher Hand und Privatwirtschaft und zu einem Wachstumsmotor zu werden. □

Hürden gemeinsam meistern.  
Zinslasten senken –  
Marktchancen nutzen

**Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement:** Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:  
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09  
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

[www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor](http://www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor)

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



Immobilie geleast  
... in Zukunft investiert  
... Ihr Partner: SüdLeasing.



**SüdLeasing**

Man least viel Gutes über uns.

SüdLeasing GmbH · Augustaanlage 33  
68165 Mannheim · Telefon: (06 21) 428-27 00  
Telefax: (06 21) 428-27 24 · [www.suedleasing.de](http://www.suedleasing.de)

Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg  
Mannheim · Stuttgart

OB Ude bei Sparkassen-Finanzgruppe:

## „Was die Kommunen von ihren Sparkassen erwarten“

Bei einer Strategietagung der Sparkassen-Finanzgruppe in Berlin sprach der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Thema „Was die Kommunen von ihren Sparkassen erwarten“. Dabei machte Ude deutlich, dass die Kommunen gerade wegen ihrer Finanznot und der wirtschaftlich schwierigen Lage vor Ort starke, verlässliche und hilfreiche Partner wie die Sparkassen, die wegen ihres öffentlichen Auftrags, des Regionalprinzips und wegen ihrer öffentlichen Rechtsform für diese Rolle geradezu prädestiniert sind, brauchen.

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Deutschland seien Teil der dezentralen Problemlösungskompetenz der Kommunen vor Ort. Ob Ude verdeutlichte dies am Beispiel der Landeshauptstadt: So wären viele kulturelle und soziale Angebote und Aktivitäten ohne die Sparkasse nicht möglich - beispielsweise habe sie den Fortbestand der Münchner Symphoniker gesichert und Kunstprojekte gesponsert, den Bau des neuen Jüdischen Zentrums maßgeblich gefördert und Kinderbetreuung wie Altenpflege unterstützt.

### Nah am Kunden

Außerordentlich stark engagiere sich die Sparkasse zudem in Kooperation mit der Stadt bei Existenzgründungen, obwohl auch dieses Segment betriebswirtschaftlich gesehen nicht gerade lukrativ sei. Nach wie vor sei die Sparkasse das Institut mit den meisten Filialen im Stadtgebiet. Sie sei damit präsent und nah am Kunden, als Finanzdienstleister unverzichtbar. Dank ihres wirtschaftlichen Erfolgs stelle die Sparkasse einen der größten Gewerbesteuerzahler der Stadt dar.

### „Scheinheiliger Versuch“

An der öffentlichen Rechtsform in kommunaler Trägerschaft dürfe nicht gerüttelt werden, erklärte Ude. Eine Beteiligung Privater an den kommunalen Sparkassen sei abzulehnen. Diese kommunale Willensbildung sollte endlich alleseits zur Kenntnis genommen werden: „Es ist doch geradezu peinlich, wenn immer wieder der scheinheilige Versuch unternommen

wird, unter dem Deckmäntelchen der finanziellen Fürsorge den Kommunen die Veräußerung ihrer unverzichtbaren Sparkassen schmackhaft machen zu wollen.“

### Gefährlicher Angriff

Ein anderer, vielleicht noch gefährlicherer Angriff auf das Drei-Säulen Modell, das neben Geschäftsbanken und den bewährten Genossenschaftsbanken eben auch öffentlich-rechtliche Sparkassen beinhaltet, werde von der privaten Konkurrenz und ihren Verbündeten in Politik und Verwaltung unternommen.

Die Sparkassen, heiße es da immer wieder, stünden einem Erfolg der deutschen Großbanken im internationalen Wettbewerb im Wege, könnten bald schon schuld daran sein, dass deutsche Großbanken zu den Verlierern statt den Gewinnern internationaler Fusionsprozesse gehören könnten.

### Verschlafene Chancen

Dazu bemerkte Ude: „Die deutschen Großbanken sind doch selber schuld, wenn ihnen Marktanteile im Privatkundengeschäft abhanden gekommen sind, denn sie haben selber Otto Normalverbraucher vor die Tür gesetzt mit dem Vorwurf, er löse zu viele Kosten aus. Die privaten Geschäftsbanken haben allesamt die Autofinanzierung verschlafen, die von den Herstellern mit eigenen Bankneugründungen organisiert wird. Genauso wurde es versäumt, die unermesslichen Geldflüsse des Kreditkartengeschäfts als Geschäftsfeld zu beackern. Außerdem hätten die Banken

rechtzeitig bedenken sollen, dass man bei Aktiengeschäften sein Vermögen nicht nur vervielfachen, sondern auch auf einen Bruchteil reduzieren kann, im Immobiliengeschäft wie auf dem neuen Markt.“

### Blick über Landesgrenzen

Wenn schon immer von Sachzwängen der Internationalisierung die Rede sei, „sollten wir tatsächlich einen Blick über die Landesgrenzen werfen“, stellte der Oberbürgermeister fest. Dort habe die Privatisierung

### Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

## Heinrich Haasis wird neuer Präsident

Neuer Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) wird Heinrich Haasis. Der Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg wurde von der Mitgliederversammlung des DSGV in Berlin einstimmig gewählt. Haasis, der bereits seit Oktober 1999 erster Vizepräsident des DSGV ist, wird damit die Nachfolge von Dr. Dietrich H. Hoppenstedt antreten, der das Amt des DSGV-Präsidenten seit Oktober 1998 ausübt.

Um einen reibungslosen Übergang in der Präsidentschaft zu gewährleisten, hat sich Hoppenstedt entschieden, das Amt bereits zum 30. April 2006 an Haasis zu übergeben. „Mir kommt es darauf an, den neu gewählten Präsidenten möglichst schnell in eine starke handelnde Position zu bringen“, sagte Hoppenstedt in der Mitgliederversammlung.

### Stabiles Bankensystem

Haasis wies in der Mitgliederversammlung des DSGV auf die Bedeutung der Sparkassen, der Landesbanken und ihrer Verbundpartner hin. „Der Finanzplatz Deutschland braucht sich nicht zu verstecken. Das deutsche Bankensystem ist ebenso effizient wie stabil und sucht in Europa seinesgleichen. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen tragen mit Leistung und Engagement dazu bei, dass unser Land vital und ein verlässlicher Partner der Welt bleibt. Sie sind Garant für Wettbewerb, Wohlstand und gutes soziales Klima. Die Menschen dieses Landes vertrauen auf starke Sparkassen. Das gibt unseren Sparkassen das Recht und die Pflicht, allen Privatisierungsbestrebungen Paroli zu bieten und ihren Platz in Deutschland zu sichern - als schlagkräftige öffentlich-rechtliche Institute in kommunaler Trägerschaft, regionaler Verankerung, dezentraler Eigenständigkeit und gemeinschaftlicher Verantwortung.“

### Erfreuliche Positionierung

Heinrich Haasis war seit September 1991 Präsident des damaligen Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes. Nach der Fusion mit dem Badischen Sparkassen- und Giroverband übernahm er am 01. Januar 2001 die Präsidentschaft des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg. In der Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg sind 56 Sparkassen, die Landesbank Baden-Württemberg, die Landesbausparkasse Baden-Württemberg und die SV Sparkassenversicherung vereint. Mit einem zusammengefassten Bilanzvolumen von rund 526 Mrd. Euro, über 3.000 Geschäftsstellen und mehr als 56.000 Mitarbeitern vertritt Haasis den zweitgrößten Regionalverband im DSGV. Es ist ihm gelungen, die Sparkassen-Finanzgruppe in Baden-Würt-

temberg strategisch neu aufzustellen. Unter seiner Ägide entstand die Landesbank Baden-Württemberg, die heute hervorragend positioniert ist. Auch die Fusion der Landesbausparkassen in Baden und Württemberg sowie die Neuordnung der Öffentlichen Versicherer im Südwesten hat Haasis auf den Weg gebracht.

### Nicht an den Prinzipien des Verbundes rütteln!

Udes Fazit: „Es gibt also viel zu tun. Packen wir es an. Aber dabei darf nicht gerüttelt werden an der öffentlich-rechtlichen Struktur und den Prinzipien des Verbundes, nämlich Arbeitsteilung und Subsidiarität!“ DK

Initiative der CSU-Fraktion fruchtet:

## Girokonto für alle

Die Landtagsinitiative von Henning Kaul, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz, jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu bargeldlosem Zahlungsverkehr zu ermöglichen, zeigt Wirkung. Wie Kaul mitteilte, hat die Bayerische Staatsregierung alle Kreditinstitute und -verbände aufgefordert, auch diejenigen ein Girokonto führen zu lassen, die nur von Sozialleistungen leben oder die einen Eintrag bei der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) haben. Die Schufa hat die Aufgabe Vertragspartnern, wie zum Beispiel Banken, Informationen über die Kreditwürdigkeit von Kunden zu geben.

Diakonie und Caritas haben Henning Kaul darauf hingewiesen, dass gerade Sozialhilfeempfängern das Führen eines Girokontos unberechtigt verweigert werde. Alle bayerischen Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute unterlägen aber dem sog. Kontrahierungszwang, müssten also für jedermann, unabhängig von Art und Höhe der Einkünfte, ein Girokonto wenigstens auf Guthabenbasis führen.

### ZKA-Empfehlung

Für die privaten Banken hat der Zentrale Kreditausschuss (ZKA) 1995 eine entsprechende Empfehlung herausgegeben. Danach sollen Konten nur gekündigt oder ein Neuabschluss nur dann verweigert werden können, wenn die Führung eines Kontos für die Geldinstitute „unzumutbar“ wäre. Das soll dann der Fall sein, wenn der Kontoinhaber Dienstleistungen bei Kreditinstituten missbraucht hat, wenn das Konto längere Zeit ohne Umsätze war oder der Kontoinhaber Falschangaben gemacht hat, die für das Vertragsverhältnis wesentlich sind.

„Aber nicht alle Sparkassen

und Banken halten sich an die gesetzlichen Vorgaben oder Empfehlungen und kündigen auch Sozialhilfeempfängern oder Kontoinhabern, die einen Schufaeintrag haben“, so Henning Kaul. Die CSU-Fraktion hatte deshalb in einem Antrag die Staatsregierung aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um „diesem Misstand abzuwehren“.

### Keine Bankkunden zweiter Klasse

In Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses hat nun die Staatsregierung zum einen die Sparkassen darauf hinweisen, dass ein Kunde bei ungerechtfertigter Kündigung des Kontos oder der Weigerung, ein neues zu eröffnen, die Schlichtungsstelle anrufen kann. Zum anderen forderte die Staatsregierung die Mitglieder des Bankenverbandes und den Genossenschaftsverband Bayern dazu auf, die Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses zu befolgen. Kaul: „Unsere Initiative fruchtet. Es kann nicht sein, dass die Schwachen in unserer Gesellschaft als Bankkunden zweiter Klasse diskriminiert werden.“ □

## „Lee Friedlander - Fotografien 1956 - 2004“

Förderung der Kulturstiftung der Stadtparkasse München und des Sparkassen-Kulturfonds

Bis zum 12. Februar 2006 ist die Ausstellung „Lee Friedlander - Fotografien 1956 - 2004“ im Haus der Kunst in München zu sehen. Die von Peter Galassi, dem Leiter der Fotografieabteilung des Museum of Modern Art in New York, kuratierte Retrospektive wird von der Kulturstiftung der Stadtparkasse München und dem Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gefördert.

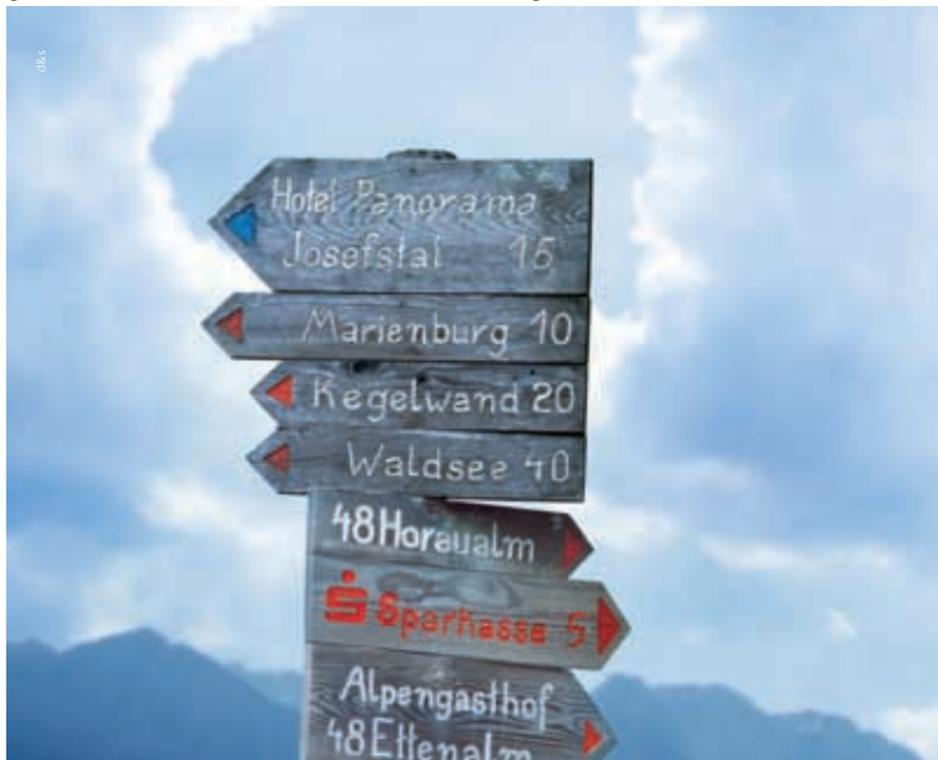
Die umfassende Retrospektive zeigt die herausragende Leistung des 1934 geborenen amerikanischen Fotografen. Friedlander gehört zu den stilbildenden und international anerkannten Fotografen seiner Generation. Annähernd fünf Jahrzehnte hat seine innovative Bildsprache die Fotografie beeinflusst. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Vielfalt seiner künstlerischen Arbeit in den Bereichen Landschaft, Stadtlandschaft, Porträt, Akt und Stillleben.

Mit 5.500 Besuchern pro Tag hatte die Retrospektive im Museum of Modern Art einen sehr erfolgreichen Start. Nach der Station in München wird die Ausstellung zwischen September 2006 und Juni 2007 in Paris (Jeu de Paume), Madrid (Caixaforum) und Barcelona (Fundació la Caixa) zu sehen sein.

Die Förderung der Ausstellung

ist eingebettet in das vielseitige Kulturengagement der Sparkassen-Finanzgruppe. Im Jahr 2004 wurden hierfür rund 122 Mio. Euro ausgegeben. Mit diesem Engagement ist die Sparkassen-Finanzgruppe der größte nicht-staatliche Kulturförderer in Deutschland.

Die Kulturstiftung der Stadtparkasse München hat es sich zum Ziel gesetzt, gleichberechtigt neben viel beachteten Aktionen auch Nischenkultur und den künstlerischen Nachwuchs zu fördern. Mit jährlich 250.000 Euro werden bildende und darstellende Kunst sowie Musik unterstützt. Für den Sparkassen-Kulturfonds ist das Engagement für die künstlerische Fotografie ein Förderschwerpunkt. So hat er mehrfach Fotografeausstellungen begleitet, u.a. zum Werk von Bernd und Hilla Becher, August Sander und Erich Salomon. □



## Wir bleiben bayerisch. Versprochen.

Kundennähe hat auch etwas mit Entfernung zu tun. Viele bayerische Kommunen und kommunale Unternehmen wissen das. Deshalb bleiben wir von der BayernLB auch in Zukunft Herr im eigenen Haus - und die Geschäftsstellen unserer Sparkassenpartner überall in Bayern für Sie erreichbar. Versprochen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern: Ihr Partner im Kommunalgeschäft.

Finanzgruppe Bayern

Bayern LB

## Deutsche Gewerbesteuer:

# Unzumutbare Sonderbelastung für Unternehmer

Wirtschaftsexperten kritisieren mutlose Steuerpolitik der großen Koalition

Die Gewerbesteuer ist nach Meinung von Experten die Ursache für eine mehr als ein halbes Jahrhundert währende Überbesteuerung der gewerblichen Wirtschaft. Trotz breiter Kritik an der Gewerbesteuer und zahlreicher Verbesserungsvorschläge ist es bisher nicht zu tief greifenden Reformen - anders als in Luxemburg, Österreich und den Niederlanden - gekommen. „Der Verzicht auf eine Reform an Haupt und Gliedern liegt nicht daran, dass diese Steuer besser wäre als ihr Ruf. Die Gewerbesteuer steht bei den Parteien, die in den kommunalen Parlamenten vertreten sind, unter Artenschutz“, kritisiert der Bonner Wirtschaftsjurist Markus Mingers im Gespräch mit presstext.

Mingers zufolge führt diese Steuerform zu einer „demokratischen Denaturierung“, indem sie

eine von ihr nicht betroffene Mehrheit verleite, Steuererhöhungen zu Lasten einer zahlenden Minderheit zu beschließen. Auch aus Sicht der Wirtschaft spreche einiges gegen dieses „Sonderopfer“ für Unternehmer. Es käme zu einer hohen Sonderbelastung gerade jener wirtschaftlichen Betätigung, die mit höchstem Risiko verbunden sei. Außerdem sei die Gewerbesteuer unvereinbar mit dem deutschen System der Einkommensbesteuerung und der Bestrebungen zu deren Reform.

## Reform ist unerlässlich

„Eine Reform der Gewerbesteuer, die eine Sonderbelastung der Unternehmen ausschließt, ist daher nach Auffassung der Wirtschaft unerlässlich. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die Gewerbesteuer nicht mehr den finanziellen Bedürfnissen der Gemeinden genügt“, meint Mingers.

Dies liege an der zu geringen Zahl noch steuerpflichtiger Unternehmen, insbesondere an der Nichteinbeziehung der freien

Berufe. Infolge der starken öffentlichen Streuung ihres Aufkommens werde die Kluft zwischen reichen und armen Kommunen zusätzlich vertieft. Außerdem könne eine zunehmende Aushöhlung der Gewerbesteuer durch Erhöhungen ihrer Umlagen an Bund und Länder festgestellt werden. „Die Gewerbesteuer ist ein elementarer Fehler im System der Unternehmensbesteuerung und seit langem schon das entscheidende Hemmnis für eine richtungweisende und fortschrittliche nationale Steuerpolitik“, lautet Mingers Resümee.

Daher müssten alle so genannten Reformvorschläge verworfen werden, die auf eine Revitalisierung der Gewerbesteuer hinauslaufen. Doch mit Bildung der großen Koalition sind wohl alle ehrgeizigen Reformvorschläge vom Tisch, mit denen die Stiftung Marktwirtschaft vor ein paar Monaten an die Öffentlichkeit getreten war.

Der ordnungspolitische Think Tank sprach sich dafür aus, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die Bemessungsgrundlagen für die Einkommenssteuern zu verbreitern und möglichst einheitliche Steuerregeln für Unternehmen zu installieren. Die Folge: Vereinfachung des Steuerrechts und Senkung der Unternehmenssteuern. Damit Städte und Gemeinden zu ihrem Geld kommen, solle es zu einer Art Bürgersteuer kommen.

## Sun microsystems:

### Innovation bei Server-CPUs

Mit „Stromverbrauch im Internet“ befasste sich eine Kurzpräsentation von Rolf Kersten, neuer Marketingleiter der Firma Sun microsystems, Kirchheim-Heimstetten. Kersten zufolge brauchen alle Server auf der Welt soviel Strom wie 18 Atomkraftwerke produzieren können. Ein typischer Server sei nur zu 20 Prozent ausgelastet. Im Solaris-Container von Sun jedoch sei die Konsolidierung mehrerer Dienste auf einen Server möglich. Der UltraSPARC T1 biete mit einer Auslastung von nahezu 100 Prozent vielmehr Effizienz als ein konventioneller Prozessor. □



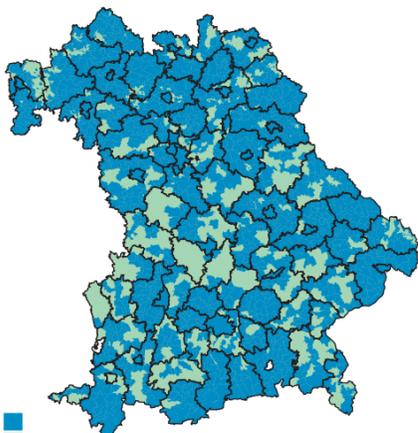
ANSTALT FÜR KOMMUNALE DATENVERARBEITUNG IN BAYERN

## Partner der Kommunen

Mehr als 30 Jahren Erfahrung mit kommunaler Branchensoftware stehen für Kompetenz und Qualität der AKDB. Entwicklung, Pflege und Vertrieb hochqualifizierter und effizienter Softwarelösungen gehören zu den primären Aufgaben. Als markt führendes Softwarehaus bietet die AKDB Lösungen für alle Aufgaben der Städte, Kreise und Gemeinden.

Die AKDB ist ein moderner Dienstleister und zugleich Service-Rechenzentrum und Datendrehscheibe zwischen Verwaltungen, Bürgern und Wirtschaft. Sie ist Know-how-Zentrum für spezialisierte Beratung, Betreuung und Schulung.

Die AKDB stellt sich aktuellen Themen: Neues Kommunales Finanzwesen – NKFV, eGovernment, elektronisches Meldewesen und kommunales Flächenmanagement/GIS. Als Tochter der kommunalen Spitzenverbände stellt sie Ihre Lösungen allen Kommunen Bayerns zur Verfügung.



Anwender von AKDB-Lösungen in Städten, Gemeinden und Märkten und in Landkreisen

Kartenmaterial ATKIS® VG1000, © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2003



## Wir sind da:

Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern  
Herzogspitalstraße 24  
80331 München  
Tel: 089/5903-0  
Fax: 089/5903-1845  
mailbox@akdb.de  
www.akdb.de

## Adobe-Partner LivingData:

### eGov-Lösungen nun auch deutschlandweit

LivingData hat als Partner von Adobe Systems seinen Service für eGovernment-Lösungen auf Basis der Adobe Intelligent Document Plattform auf ganz Deutschland ausgeweitet. Von der Entwicklung elektronischer Formulare über deren Implementierung bis hin zur Einbindung der Daten in Back-End-Systeme können Verwaltungen mit der Lösung von LivingData komplette Formular-Workflows elektronisch abbilden. Dies erleichtert Behörden und Kommunen den Bearbeitungsaufwand und senkt dadurch Kosten.

Fehleranfällige papierbasierte Vorgänge wie das Ausfüllen von Formularen können schnell und einfach auf elektronische umgestellt werden. Für die Bürger lassen sich auf diesem Weg viele Behördengänge reduzieren. Ein Beispiel ist der digitale Bauantrag, der es dem Antragsteller ohne Online-Verbindung zum Behördenrechner ermöglicht, einen Bauantrag digital komplett zu bearbeiten, auf dem eigenen Computer abzuspeichern, Anlagen hinzuzufügen und per E-Mail an das Bauamt zurück zu schicken. Dort werden die Daten automatisiert nach dem X.Bau-Standard an die Baugenehmigungssoftware übergeben und weiterverarbeitet. Auch in den Behörden selbst kommen PDF-Formulare wie Reisekostenabrechnungen oder Urlaubsanträge zum regelmäßigen Einsatz.

## Effiziente Workflows mit Adobe-Technologien und Adobe Designer

Basis der LivingData-Lösung sind die Adobe-Technologien zur Erstellung, Bearbeitung und Verwaltung von intelligenten Dokumenten, die mit dem systemübergreifenden Dateiformat-Standard PDF arbeiten: Die Adobe Reader Ex-

tensions erweitern dokumentenbasierte Prozesse über die Organisation hinaus, so dass wichtige Daten von Kunden oder Bürgern schnell erfasst werden können. Kernstück der Lösung ist der Adobe Reader Extensions Server der LivingData, der jetzt bundesweit zur Verfügung steht. Zudem wird der Adobe Designer bei der Erstellung von hochwertigen Formularen und deren Verwaltung eingesetzt. Ergänzend erhalten die Kunden von LivingData Zugriff auf einen so erstellten Formularpool, der mit seinen individualisierbaren Vorlagen den Kommunalverwaltungen die Arbeit noch weiter erleichtert.

„Das anspruchsvollste Vorhaben ist die Integration in die Backend-Verfahren“, ergänzt Rudolf Obenhuber, Geschäftsführer der LivingData GmbH. „Nachdem umfassende Formulareangebote geschaffen wurden, sind wir jetzt mit unseren Kunden mitten in der Umsetzung der Workflows. Durch die offene Architektur der Adobe-Lösung sind Anpassungen an weitere Verfahren einfach zu realisieren.“ In zahlreichen Landkreisen, Städten und Gemeinden in Bayern hat die 100-prozentige Tochter der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) bereits intelligente Formulare eingeführt.

## Über Living Data

Die LivingData GmbH implementiert und betreut als Systemhaus maßgeschneiderte Hard- und Softwarelösungen. Als 100%-ige Tochter der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) bedient das Unternehmen vor allem Kunden aus dem öffentlichen Bereich, insbesondere Kommunalverwaltungen. Weitere Informationen unter [www.LivingData.de](http://www.LivingData.de) □

# Betrügerischer Handel

„Fun-Parks“ kommen Kommunen teuer zu stehen

Der Handel mit dem Kaufmann aus Lauf schien zunächst verlockend: Der Unternehmer machte insbesondere bayerischen Kommunen - darunter Roth, Röthenbach und Feuchtwangen - das Angebot, Sportplätze mit einem Spezialkunststoffbelag herzustellen. Die Kommunen sollten lediglich ein passendes Grundstück instand setzen und für Strom und Unterhalt aufkommen. Zwischen 150.000 und 200.000 Euro teuer waren die modernen multifunktionalen Spielfelder, den Kommunen freilich sollten diese nichts kosten. Denn die monatlichen Gebühren, die sich zwischen 3000 und 4200 Euro bewegten, versprach der Kaufmann durch Werbegelder und Sponsorenverträge auszugleichen.

Über ein Netz von Leasingfirmen wurden die Späanlagen finanziert - geeignet unter anderem für Inline-Skates, Basketball und Eiskunstlauf. Bei den ersten bayerischen „Fun-Arenen“ floss anfangs tatsächlich Geld. Als weitere Projekte ausblieben, versuchte der Unternehmer, die fälligen Raten durch immer neue Betrügereien in die Kasse zu bekommen.

So entstand ein Schneeballsystem, bei dem vorhandene Finanzlücken durch immer neue Transaktionen beglichen wurden - die wiederum neue Löcher rissen. Den Firmen entstand ein Schaden von insgesamt 2,5 Millionen Euro.

## Manipulierte Verträge

Aufgeflogen waren Geschäfte des Kaufmanns, als im niederbayerischen Johanniskirchen unterzeichnete Verträge im Umlauf waren, obwohl der Bürgermeister der Gemeinde bis dahin nur über eine „Fun-Arena“ verhandelt hatte. Die Unterschrift des Bürgermeisters war gescannt, sein Dienststempel gefälscht - die Ermittler hakteten nach. Das Ergebnis: Der Firmenchef hatte mehrere Finanzierungsfirmen an der Nase herumgeführt.

## Mehr als 100 Betrugsfälle

Mit einfachen Fälschungen, angefertigt am Firmendrucker, hatte er Mietverträge geändert und Gemeinden und Leasingfirmen manipulierte Verträge vorgelegt. Die Gemeinden beraubte er damit ihres Rücktrittsrechts im Falle fehlender Werbeeinnahmen. Die Kriminalpolizei geht von mehr als hundert

gen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilt wurde, ist nicht abzusehen. Geschädigt sind vor allem die Leasingfirmen. Viele Kommunen dagegen zahlten nach Ausbleiben der versprochenen Werbegelder die Leasingraten nicht mehr aus. In Roth blieben die Stadtwerke auf bislang 72.000 Euro sitzen.

## Gutgläubigkeit ausgenutzt

Das Gericht betonte, die Geschäfte seien nur durch die „Gutgläubigkeit“ der Geschäftspartner ermöglicht worden. Der 54-Jährige war einschlägig vorbestraft - eine Bewährungsstrafe wegen Urkundenfälschung war erst kurz vor der Betrugserie abgelaufen. **DK**

## EU-Geld künftig nicht mehr für bestimmte Regionen

Würzburg - Regionen wie Würzburg, Aschaffenburg oder Miltenberg könnten ab dem Jahr 2007 erstmals Regionalfördermittel von der Europäischen Union bekommen. Dies erklärte Eberhard Sinner - zu diesem Zeitpunkt noch Europaminister - bei einer Sitzung der unterfränkischen Arbeitsgruppe Europa in der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt. Möglich wird dies durch ein neues Konzept der EU zur Förderung der europäischen Regionen.

Ab dem Jahr 2007 sind die Regionen Europas nach Sinners Worten aufgerufen, miteinander in einen „Wettbewerb der Ideen“ zu treten. Gute Ideen, die neue Jobs schaffen, sollen unabhängig von einer bestimmten Region gefördert werden. Damit hofft die Union laut Sinner, die so genannte „Lissabon-Strategie“ aus dem Jahr 2000, der zufolge die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden soll, voranzubringen.

Der Freistaat Bayern setze sich in erster Linie dafür ein, dass die Regionalfördergelder ab 2007 in die „Cluster“ genannten Netzwerke zum schnellen Transfer von Erfindungen in Produkte und Dienstleistungen investiert werden. Sinner zufolge gibt es im Freistaat momentan 19 Cluster. Mit den Clustern Informationstechnologie, Biotechnologie, Automotive, Logistik, Finanzdienstleistungen, Ernährung und Neue Materialien seine sieben Cluster auch in Unterfranken, einige davon am Untermain etabliert. Im Februar 2006 werde die bayerische Wettbewerbsidee „Cluster“ in einem Kongress vertieft erörtert.

Neben den Clustern will Sinner versuchen, Regionalfördergelder der EU für unterfränkische Städte zu aktivieren. So könnten künftig gute Ideen zur Aufwertung heruntergekommener Stadtteile gefördert werden. Auch pfiffige Konzepte zur Standortkonversion hätten ab 2007 die Möglichkeit, einen Zuschuss von der EU zu erhalten. □

## Persönliches Budget statt Heim

Wachsende Zahl von Pflegebedürftigen in Unterfranken macht dem Bezirk Sorgen

Würzburg - Mehr als 280 Millionen Euro wird der Bezirk Unterfranken 2006 für soziale Hilfen ausgeben. Über 60 Prozent dieser Summe, hieß es im Sozialausschuss des Bezirkstags, muss von den kreisfreien Städten und Landkreisen aufgebracht werden. Damit müssen die Umlagezahler im kommenden Jahr fast vier Prozent mehr Geld für den Sozialhaushalt des Bezirks aufwenden als heuer.

Allein die Hilfen zur Pflege, die der Bezirk gewähren muss, werden 2006 im Vergleich zu diesem Jahr um sechs Millionen Euro steigen. Dies liegt dem Entwurf des Sozialhaushalts zufolge daran, dass immer mehr Menschen ohne eigenes Finanzpolster pflegebedürftig werden. Im Juli 2004 lag die Zahl der zumeist im Heim betreuten pflegebedürftigen Hilfeempfänger bei rund 2.300 Menschen, heuer im Juli waren mehr als 2.580 Leistungsempfänger registriert.

### Lebhafte Diskussion

Nach Aussage von Bezirksratsvizepräsident Peter Heusinger liegen der Bezirksverwaltung derzeit weitere 700 Anträge auf Hilfe zur Pflege vor. Rund 200 Anträge werden 2006 voraussichtlich positiv entschieden. Damit wird die Zahl der pflegebedürftigen Hilfeempfänger auf fast 2.800 wachsen. Wie kann den steigenden Sozialausgaben durch die immer höhere Zahl Pflegebedürftiger begegnet werden? Über diese Frage wurde im Sozialausschuss lebhaft diskutiert. Einstimmig be-

fürwortet wurde ein Antrag der CSU-Fraktion, Modellprojekte zum so genannten „Persönlichen Budget“ zu entwickeln. 300.000 Euro wurden hierfür in den Haushalt eingestellt.

Mit Hilfe eines persönlichen Budgets können pflegebedürftige oder behinderte Menschen die Hilfen, die sie zum Leben benötigen, bei ambulanten Anbietern einkaufen. Die Betroffenen können verschiedene Träger wählen - zum Beispiel, was die tägliche Versorgung mit Lebensmitteln, die persönliche Assistenz oder Fahrdienste angeht.

### „Dramatischer Anstieg“

Mit dem persönlichen Budget soll der - nach Einschätzung der Bezirksräte - „dramatische Anstieg“ bei den Heimaufenthalten mittelfristig gestoppt werden. Seit 2003 tüfelt eine unterfränkische Arbeitsgruppe bestehend aus Bezirksvertretern, Vertretern der freien Wohlfahrtsverbände und Behinderten ein Konzept zur Umsetzung des persönlichen Budgets aus. In diesen mehr als zwei Jahren ist es allerdings lediglich gelungen,

vier behinderte Menschen aus Unterfranken mit dem Budget auszustatten. Bisher wurde stets darauf verwiesen, dass das Projekt wegen des komplizierten Versorgungssystems für Behinderte in Bayern nicht vorankommt.

Derzeit sind die Bezirke im Falle eines körperlichen oder geistigen Handicaps für alle Menschen zuständig, die im Heim wohnen oder teilstationäre Hilfe erhalten. Sobald ein Körperbehinderter jedoch ambulante Hilfen erhält, fällt er in die Zuständigkeit der Kommune, in der er wohnt. Lediglich psychisch Kranke haben den Bezirk in jedem Fall als Ansprechpartner, egal, ob sie alleine oder in einer Einrichtung wohnen.

### Suche nach Alternativen

Weil Behinderte, die mit Hilfe des persönlichen Budgets aus dem Heim kommen, in die Zuständigkeit der Kommune fallen, haben diese kein großes Interesse an dem Projekt. Dass sich die Stadt Würzburg bisher dennoch stark für das persönliche Budget engagierte, lag vor allem an mehreren jungen Menschen mit schweren Behinderungen, die sich strikt weigern, in ein Heim zu ziehen. Bis vor drei Jahren wurden sie von Zivildienstleistenden versorgt, was für die Stadt noch bezahlbar war.

Seitdem es jedoch kaum mehr „Zivis“ für die „Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung“ gibt, wird nach alternativen Konzepten zur Versorgung der Betroffenen gesucht.

### Selbstständigeres Leben

Nach Aussage von CSU-Bezirksrat Dr. Peter Motsch wäre die Flächen deckende Einführung eines persönlichen Budgets für viele Männer und Frauen mit einem Handicap ein

Plus, da es ihnen erlauben würde, selbstständiger als bisher zu leben. Motsch hofft, dass sich mehr Träger stationärer Hilfen künftig umstellen und Leistungen anbieten, die selbständig lebende Behinderte an ihrem Arbeitsplatz, bei der Pflege und der Freizeitgestaltung benötigen. In Unterfranken, wo Behinderte jahrzehntlang in Heimen versorgt wurden, sind ambulante Dienste vor allem auf dem flachen Land nach wie vor rar.

Pat Christ

### Kürzung im Öffentlichen Personennahverkehr:

## Sparen an der falschen Stelle

Energisch protestiert der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, gegen die bekannt gewordenen Pläne zur Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr.

„Niemand bestreitet, dass in allen öffentlichen Haushalten gespart werden muss, aber der Öffentliche Personennahverkehr hat in der Vergangenheit bereits wiederholt erhebliche Sparleistungen erbracht.“ Zellner wies auf mehrere Einsparungen im Öffentlichen Personennahverkehr hin: Im Jahr 2004 wurden die Regionalisierungsmittel des Bundes bereits außerplanmäßig um zwei Prozent gekürzt, obwohl dies in den Bund-Länder-Vereinbarungen und in dem Regionalisierungsgesetz nicht vorgesehen war, durch die „Koch-Steinbrück-Aktion“ wurde der Öffentliche Personennahverkehr bundesweit mit 200 Mio. Euro zur Kasse gebeten und die Zuschussmittel des Freistaates Bayern wurden in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent gekürzt. Weitere Kürzungen der Regionalisierungsmittel um mehr als drei Mrd. Euro bis zum Jahr

2009 sind für den Landkreistagspräsidenten nicht mehr zumutbar: „Der Öffentliche Personennahverkehr stellt eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Er soll im Interesse des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet als eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen.“

### In der Pflicht

Zellner sieht daher Bund und Freistaat in der Pflicht: „Öffentliche Mittel für den Personennahverkehr sind weder Luxusausgaben noch Subventionen. Weder der Bund noch der Freistaat Bayern dürfen sich mit fatalen Kürzungen argumentieren aus ihrer Verantwortung stehlen.“

### Aktualisierte Broschüre:

## Bürgernahe Sprache in der Verwaltung

Behördliche Schreiben sollen einerseits den Sachverhalt und die rechtliche Situation richtig wiedergeben, andererseits aber verständlich formuliert und übersichtlich sein. Diesem Zweck dient die jetzt neu aufgelegte und aktualisierte Broschüre „Freundlich, korrekt und klar - Bürgernahe Sprache in der Verwaltung“. Sie ist auch im Internet unter <http://www.innenministerium.bayern.de> abzurufen.

Die Broschüre wurde 1981 zum ersten Mal vom bayerischen Innenministerium herausgegeben und ist seitdem auch außerhalb staatlicher Institutionen sehr begehrt.

Ein neuer Schwerpunkt der Broschüre beschäftigt sich mit der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern. In Briefen, Bescheiden, Genehmigungen und Schreiben beispielsweise sollen die Geschlechtsunterschiede deutlich werden und sich der jeweiligen Situation anpassen.

„Es gehört zum modernen Selbstverständnis einer dienstleistungsorientierten Verwaltung, sich klar auszudrücken und staatliches Handeln transparent zu machen. Bürgerinnen und Bürger sollen auch bei komplizierten Sachverhalten das Verwaltungshandeln verstehen und nachvollziehen können. Deshalb ist eine freundliche Kommunikation zwischen den staatlichen Stellen und den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig“, betonte hierzu Innenminister Dr. Günther Beckstein.

## Kosten senken mit IT-Leasing

Ein Bericht von Reiner Raschka

IT-Leasing kann mehr sein als nur ein Finanzierungsmodell. Leasinggesellschaften bieten Modelle an, mit denen IT-Investitionen und Projekte gesteuert werden können: Vom Beschaffungskonzept über die Verwaltung bis hin zur Entsorgung eines IT-Systems.

Selbstverständlich wird heute erwartet, dass die öffentliche Verwaltung mit modernen, technischen Mitteln ausgestattet ist und effizient und zeitgemäß arbeiten kann. Gleichzeitig aber werden die Haushaltsansätze im öffentlichen Bereich immer weiter gekürzt, wodurch die Mittel knapp werden. Bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist der Ausbau und die Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur unumgänglich. Zeitgemäße Informationstechnologie ermöglicht die Realisierung neuer Organisationsmodelle auf dem Weg zum Lean Government.

### Steuerungsinstrument

Bereits seit vielen Jahren bietet die CHG-MERIDIAN lösungsorientierte und flexible Leasing- und Mietmodelle zur Finanzierung von IT-Equipment für den öffentlichen Bereich an. Leasing kann hierbei nicht nur ein Finanzierungsinstrument sein, sondern ganz bewusst als Steuerungsinstrument im Rahmen von IT-Investitionen und Projekten eingesetzt werden.

Schon der Einkauf von IT-Massenprodukten stellt häufig eine große Belastung für die internen Abläufe einer Verwaltung dar. Die Beschaffung, Inventarisierung, Verwaltung während der Nutzungszeit sowie die logistischen Prozesse um die Entsorgung der Endgeräte verursachen Prozesskosten, die im Verhältnis zu den Anschaffungskosten der Geräte je nach Verwaltung bereits schon gleichwertig sind bzw. diese häufig sogar überschreiten. Durch den hohen Grad der Standardisierung bei den Herstellern, sehen sich viele Verwaltungen mit Schnittstellenproblemen zwischen den Standardprozessen der Hersteller und den Anforderungen an die internen Abläufe konfrontiert. Produktspezialisierte Leasing-

gesellschaften, wie CHG-MERIDIAN, die angefangen vom Beschaffungskonzept über die Verwaltung der Systeme bis hin zur Entsorgung den gesamten Lebenszyklus eines IT-Systems beherrschen, sind in der Lage, die Schnittstellenprobleme zwischen den Geschäftsprozessen der Hersteller und den internen Anforderungen an die Abläufe einer öffentlichen Verwaltung durch ein auf den Kunden zugeschnittenes Mietmodell zu lösen.

Von der Leasinggesellschaft werden Einkaufs- und Abwicklungsfunktionen übernommen, die bislang von den Verwaltungen selbst ausgeführt wurden. Hierbei lassen sich Kosteneinsparungen im Bereich der Beschaffung von IT-Systemen erzielen, die nachweislich bis zu 30 Prozent unter den Kosten einer Kaufalternative bzw. des klassischen Finanzierungsleasings liegen.

### So funktioniert das Modell

Und so funktioniert das Modell: Die Investitionen eines definierten Zeitraumes werden von der Kommune abgerufen, wobei die Leasinggesellschaft den Abgleich zwischen den Abrufen der Kommune, den tatsächlichen Lieferungen, dem Installationsfortschritt und den Berechnungen des Lieferanten übernimmt. Hierbei wird sichergestellt, dass die Kommune am Ende nur für vollständig installierte und abgenommene, funktionstüchtige Systeme eine Zahlungsverpflichtung hat. Die Vorfinanzierung der Lieferanten wird durch die Leasinggesellschaft sichergestellt. Ebenso übernimmt sie die vollständige Inventarisierung der Mietobjekte und stellt sie der Kommune elektronisch über Schnittstellen für die eigenen Bestandsverwaltungssysteme zur Verfügung. Im Bestandsverwaltungssystem der Leasinggesellschaft wird der gesamte Le-

benszyklus abgebildet - von der Beschaffung über die Verwaltung bis zur Entsorgung der Systeme.

### Online-Zugriff

Der Geschäftsprozess wird zugleich firmenübergreifend zwischen den Beteiligten koordiniert. Während der Nutzungszeit besteht jederzeit online Zugriff auf die kaufmännischen sowie technischen Daten der gelieferten Systeme. Installationsort, Kostenstelle etc. aber auch technische Spezifikationen werden durch die Leasinggesellschaft verwaltet. Anhand der kaufmännischen Informationen erstellt die Leasinggesellschaft für die Kommune einmal monatlich eine Abrechnung der gemieteten Systeme und verrechnet direkt bis auf Kostenstellenebene.

### Kostenneutraler Roll-out

Am Ende der Nutzungszeit ermöglicht die Leasinggesellschaft einen kostenneutralen Roll-out der Geräte in einem Mietmodell, bei dem in einer Austauschphase das Altgerät noch genutzt werden kann und parallel das Neugerät ohne Zeitdruck installiert wird. Der gesamte logistische Prozess bis hin zur Vermarktung und Entsorgung der Systeme wird von der Leasinggesellschaft übernommen. Eine produktspezialisierte Leasinggesellschaft mit einer eigenen professionellen Vermarktung ist hier in der Lage, weitere Kostenvorteile zu bieten, da sie die eigenen Kosten und den Gewinn nicht beim Kunden erwirtschaften muss, sondern diese aus den Vermarktungserlösen der Altgeräte gedeckt werden.

**Unser Autor:** Reiner Raschka ist Vertriebsleiter Öffentliche Auftraggeber bei der CHG-MERIDIAN Deutsche Computer Leasing AG, Weingarten  
**Weitere Informationen:**  
eMail: [info@chg-meridian.de](mailto:info@chg-meridian.de),  
Internet: [www.chg-meridian.de](http://www.chg-meridian.de)  
Telefon: 0751/503-0.

**TÄGLICH FAHREN WIR 27 MIO. MENSCHEN. UND BEI DEN SPRITPREISEN NOCH EIN PAAR MEHR.**

Früher oder später erkennt es jeder: Eine Monatskarte bringt Sie weiter als eine Tankfüllung. Anders lässt es sich nicht erklären, dass uns täglich 27 Millionen Menschen wählen. Gabe es eine Partei der Bus- und Bahnfahrer, sie wäre Deutschlands treibende Kraft. Denn wer täglich 27 Millionen Menschen bewegt, bringt auch ein ganzes Land voran.

**Damit Deutschland mobil bleibt**  
Busse & Bahnen

[www.deutschland-bleibt-mobil.de](http://www.deutschland-bleibt-mobil.de)

Fachtagung „Städtebauförderung in Bayern“:

## Stadt recyceln - neue Nutzungen für brachliegende Flächen

**Aufgelassene Betriebsgrundstücke, frühere Produktionsstätten, geräumte Kasernen, nicht mehr benötigte Liegenschaften von Bahn oder Post - Flächen, die in ihrer ursprünglichen Nutzung nicht mehr gebraucht werden, gibt es in fast jeder Kommune. Viele dieser Brachen bieten durch ihre Größe, gute Erschließung und oftmals zentrale Lage die Chance, das innerstädtische Nutzungsangebot zu verbessern und umzäunte Grundstücke, die einst Barrieren darstellten, wieder in das Stadtgefüge zu integrieren.**

Wie nutzt man erfolgreich Brachen? Welche Potenziale bieten sie? Diese Fragen waren Gegenstand einer Fachtagung der Obersten Baubehörde mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, Vertretern der Landes- und Kommunalpolitik, Architekten und Stadtplanern im E.T.A.-Hoffmann-Theater in Bamberg. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten die Vorträge und engagiert geführten Diskussionen.

### Potenziale nutzen

Nach der Begrüßung durch Andreas Starke, Stadtrat der Stadt Bamberg, und Joachim Paas, Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung in der Obersten Baubehörde, sprach Innenstaatssekretär Georg Schmid über das große Potenzial dieser brachliegenden Flächen, das es für eine nachhaltige und zukunftsfähige Innenentwicklung zu nutzen gilt. „Durch den wirtschaftlichen

Strukturwandel und durch demografische Veränderungen werden Flächen weiterhin brach fallen und umgebaut werden müssen“, so Schmid. „Ihre Revitalisierung und ihr Beitrag für qualitatives Wachstum und Standortverbesserung sind wesentliche Ziele bayerischer Stadterneuerungspolitik.“ Schmid hob hervor, dass es erklärtes strukturelles Ziel der Staatsregierung ist, Städte und Gemeinden bei der Gestaltung des stadtstrukturellen Wandels im Rahmen der Städtebauförderung zu unterstützen.

### Stärken und Schwächen

Nach der Auffassung des Stadtplaners und Stadtforscher Prof. Peter Zlonicky brauchen Städte Vorstellungen von ihrer zukünftigen Entwicklung. Die Gestaltung von Zukunft setzt voraus, dass eine Gesellschaft sich ihrer Stärken und ihrer Schwächen, ihrer Geschichte und ihrer Verantwortung bewusst

ist. An Beispielen aus dem Ruhrgebiet und der Stadt Leipzig erläuterte der Referent, dass gerade anspruchsvolle Stadterneuerungsaufgaben in schwierigen Zeiten die Chance zu kreativen Lösungen bieten. Am Wichtigsten erachtete er das Prinzip der Arbeit in Planungswerkstätten, in denen lokale und externe Experten, wichtige örtliche Akteure und die Öffentlichkeit die Maßnahmen optimieren.

### Wettbewerbe

Unverzichtbares Instrument für das Erreichen von Stadtqualität ist nach Meinung Zlonickys die Ausschreibung von Wettbewerben. Durch hoch qualifizierte Lösungsansätze und gemeinsame Lernprozesse aller Beteiligten entsteht eine Planungskultur, die gerade für Städte im Umbruch von großer Bedeutung sein muss.

### Visionen entwickeln

Stadtentwicklung ist für die langjährige Präsidentin des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen, nicht nur ein Bau und Investitionsthema, sondern umfasst in hohem Maße zugleich gesellschafts- und sozialpolitische Aufgabenstellungen. Prozessorganisation und die Einbindung der relevanten Akteure wird damit zu einer wichtigen Erfolgsgröße. „Um die gemeinsame Zielsetzung abzusichern“, betont Dr. Wiese von Ofen, „ist die intensive Beteiligung von Politik und Bevölkerung unerlässlich.“ Neben Aufräumen, Eingrün und Bepflanzen ist das Entwickeln von Visionen, die eine veränderte Haltung zum Wandel markieren und viele Kräfte freisetzen, die wichtigste Maßnahme für die Revitalisierung von Brachflächen.

### Lebensqualität für Bürger Anreiz für Investoren

Die erfolgreiche Vermarktung eines Standorts setzt nach Hanns Ludwig Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH in Essen, die Entwicklung eines Standortprofils mit Nutzungs- und Vermarktungskonzept voraus. Dies stellte er an den Beispielen Innenhafen Duisburg und Zeche Zollverein in Essen, die wirtschaftlich durchaus unterschiedlich erfolgreich sind, überzeugend dar. Seine Botschaft dabei: Was Lebensqualität für die Bürger schafft, schafft gleichermaßen Anreiz für Investoren.

### Konversionsprojekte

Am Nachmittag berichteten Architekten und Bürgermeister über vorbildlich realisierte Konversionsprojekte unter verschiedenen Blickwinkeln. Konrad Wohlhage, Leon Wohlhage, Wernik Architekten GmbH, Berlin, zeigte am Beispiel von Stuttgart-Vaihingen, wie mit der Konversion einer ehemaligen Brauerei direkt gegenüber des Rathauses eine architektonisch herausragende neue Mitte mit Geschäften, Büros, kultureller Nutzung, öffentlichen Plätzen und Durchwegungen geschaffen wurde, die wesentlich zur Stärkung der Innenstadt beiträgt.

Prof. Markus Otto, Leiter des Instituts für neue Industriekultur INIK, Forst (Lausitz)/Wrocław stellte Nachnutzungsstrategien für Industriebauten vor, die durch ihre Wandlungsfähigkeit und Robustheit eine wertvolle Ressource darstellen. Prof. Otto

stellte dabei heraus, dass auch „weiche“ Faktoren wie das positive Image einer langen Firmengeschichte Träger einer neuen Entwicklung sein können.

Am Beispiel Marktrechwitz berichtete Oberbürgermeisterin, Dr. Birgit Seelbinder, wie die Erfolgsgeschichte neuer Handels- und Freizeitnutzungen auf einer belasteten Industriebrache die Stadt anspricht, diesen Weg weiterzugehen und weiteres Brachflächenrecycling in Angriff zu nehmen.

### Freiraum schafft Stadtraum

Der Landschaftsarchitekt Clas Scheele, KIPARLANDSchaftsarchitekten, Milano/Duisburg, stellte anschließend unter dem Thema „Freiraum schafft Stadtraum“ dar, dass das Image, die Lebensqualität und die Urbanität einer Stadt entscheidend auch von den Freiflächen und ihrer Einbindung in regionale Grünkonzepte abhängen. Er erläuterte dies an den Beispielen auf ehemaligen Produktionsflächen in Essen und Mailand.

Zum Schluss lernten die Tagungsteilnehmer Innovatives aus Leipzig kennen: Über temporäre Lückenschlüsse durch die künstlerische Inszenierung von Brachflächen berichtete Dr. Engelbert Lüdke Daldrup, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau, die nicht nur vernachlässigte Ecken aufwerten, sondern den Standort auch positiv ins Gespräch bringen.

Abschließend diskutierten die Vortragenden des Nachmittags eingehend und lebhaft über innovative Möglichkeiten, Barrieren

## Sechs Staatspreise für vorbildliches Bürgerengagement

Aus mehreren Tausend privaten Sanierungsprojekten bei der Dorferneuerung hat Landwirtschaftsminister Josef Miller im Herbst sechs herausragende Vorhaben im Bayerischen Wettbewerb „Ländliche Entwicklung“ ausgezeichnet: Je einen Staatspreis gab es für ein Wohnhaus mit Stadel in Riedhof bei Stötten a. Auerberg sowie ein Wohnhaus mit Dorfbäckerei und Pfründhaus in Irsee (beide Lkr. Ostallgäu), für ehemalige Wohnstallhäuser in Kleukheim (Markt Ebensfeld, Lkr. Lichtenfels) und in Heidelberg (Stadt Selb, Lkr. Wunsiedel), für ein Gasthaus in Unternbibert (Gemeinde Rügland, Lkr. Ansbach) sowie für ein bäuerliches Wohnhaus in Wildbad (Stadt Greding, Lkr. Roth). Acht weitere Projekte bekamen Ehrenurkunden. In den Glückwunschschriften lobte der Minister das außerordentliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger, ortsbildprägende Gebäude zu erhalten bzw. zeitgerecht zu nutzen. Miller wörtlich: „Sie haben sich damit um das kulturelle Erbe und die sozialen Belange in den Dörfern verdient gemacht.“

In der Dorferneuerung bilden Privatmaßnahmen laut Miller einen besonderen Schwerpunkt - sie unterstützte der Freistaat im Durchschnitt der letzten Jahre mit rund 8,5 Millionen Euro. Damit löste er Folgeninvestitionen in siebenfacher Höhe von durchschnittlich rund 60 Millionen Euro pro Jahr aus. Die Bauprojekte reduzieren den Worten Millers zufolge den Flächenverbrauch und tragen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Landwirtschaft, Handwerk und Nahversorgung bei. Durch privates Engagement den Dorfcharakter zu erhalten, ist für Miller aber vor allem ein Beispiel aktiver Bürgermitwirkung, denn: „Wer alte Häuser saniert oder leerstehende Scheunen wieder nutzt, sorgt für die Wiederbelebung der Dorfkerne, verschönert das Ortsbild und regt zur Nachahmung an.“ □

bei der Realisierung der vorgestellten Projekte zu überwinden.

Die Fachreferate und die vorgestellten Beispiele machten deutlich: Brachflächen sind ein Wertstoff, den man entsprechend neuer Anforderungen und Bedürfnisse immer wieder neu formen muss, für mehr Lebensqualität, für mehr Attraktivität, für mehr Stadt.

### Chronik der Stadt Lauf:

## Burgen - Schlösser - Herrensitze

### Stadtgeschichtliche Reihe „ZeitenLauf“ legt Band 5 vor

Mit dem neuen Band, „Burgen - Schlösser - Herrensitze“, aus der stadgeschichtlichen Reihe „ZeitenLauf“, wird die Chronik der Stadt Lauf um ein wichtiges Kapitel bereichert. Im Mittelpunkt steht diesmal vor allem die Geschichte des Mittelalters.

### Allgemein Bekanntes und in Vergessenheit Geratenes

Stadtarchivar Ewald Glückert stellt in Text und Bild die bewegten Zeitläufe von den dreizehn Burgen, Schlössern und Herrensitzen vor, die es im Stadtgebiet einmal gab. Das Spektrum reicht von dem allgemein bekannten Laufer Wenzelschloss, einem Baudenkmal von europäischem Rang, über die beiden Schlossanlagen im Ortsteil Neunhof bis zu einst beachtlichen Burganlagen, die längst aus dem Blickfeld verschwunden sind, und einigen „Schlösschen“, wie die in Oedenberg und Nuschelberg, die man nur noch kennt, weil sie heute beliebte Ausflugsgaststätten beherbergen.

Erstmal vorgestellt wurde dieses Buch von Autor Ewald Glückert und Verleger, Dr. Harry Ziethen im Gasthaus „Zum Schloß“ in Lauf.

Der Band 5 ist im dr. ziethen verlag Oschersleben erschienen. Er kann in den Buchhandlungen - mit der ISBN 3-938380-27-6 - für 15,30 Euro bestellt werden.

## Saniertes Schmuckstück erstrahlt in neuem Glanz

### Feierliche Übergabe der Dreifachturnhalle Gerolzhofen

Ein dickes Lob von allen Seiten ernteten Landrat Harald Leitherer, die zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes Schweinfurt und Architekt Holger Philipp aus Schweinfurt: Im Rahmen eines feierlichen Festaktes wurde die grundlegend sanierte Dreifachturnhalle am Schulzentrum in Gerolzhofen seiner Bestimmung übergeben und von den Geistlichen der beiden christlichen Konfessionen, Dekan Josef Kraft und Holger Bischof, gesegnet.

Dass der Landkreis Schweinfurt den 30 Jahre alten Bau trotz finanziell schwieriger Zeiten auf den neuesten Stand der Technik bringen konnte, liegt vor allem an dem sparsamen und vorausschauenden Wirtschaften in den vergangenen Jahren, betonte Landrat Harald Leitherer. Insgesamt 1,9 Millionen Euro hat der Landkreis in die Sanierung der Halle investiert. Dabei werde ein Zuschuss des Freistaats Bayern von maximal 40 Prozent erwartet.

### Optimale Bedingungen

„Wir können heute eine hochmoderne, sehr schöne Dreifachturnhalle mit optimalen Bedingungen für den Schul-, Breiten- und Vereinssport in Betrieb nehmen“, sagte Leitherer vor zahlreichen Ehrengästen. Dabei erfüllt das sanierte, 1975 errichtete Gebäude durch den Einbau von Deckenstrahlheizung, Alufenster mit Wärmeschutzverglasung und der mit einem Wärmeverbundsystem versehenen Fassade jetzt alle Anforderungen der neuen Energieeinsparverordnung. Dadurch werden die laufenden Betriebskosten deutlich gesenkt, so Leitherer. „Durch die Investition in eine zukunftsorientierte Gebäudetechnik ist es jetzt möglich, den Energiebedarf zentral vom Landratsamt aus zu steuern.“

### Lob vom Rektor

Auch der neue Rektor der Ludwig-Derleth-Realschule, Harald Pitter, lobte „das Schmuckstück“ in höchsten Tönen: „Mit dieser Dreifachturnhalle wurden für Schul-, Breiten-

und Vereinssport optimale Bedingungen geschaffen“. Das gelungene Werk erstrahle nun wieder in neuem Glanz.

### Gebäudetechnik überholt

In der Halle wurde in den vergangenen Monaten die komplette Gebäudetechnik überholt, der Boden erneuert sowie der Umkleide-, Wasch- und Duschbereich, einschließlich Toiletten, erneuert. Die Dreifachturnhalle wird hauptsächlich von den Schulen genutzt. Außerdem profitieren auch Polizei, Volkshochschule und die zahlreichen Vereine aus Gerolzhofen und dem Umland von der Sanierung. Damit leistet der Landkreis einen nicht unerheblichen Beitrag zur Infrastruktur in Gerolzhofen. □



Unser Bild (v. l.): Harald Pitter (Rektor der Ludwig-Derleth-Realschule), Landrat Harald Leitherer, Architekt Holger Philipp.

e-plus+



Ein + verbindet.

**Bürger + Verwaltung,  
Enkel + Großeltern,  
Handwerker + Kunden,  
Umwelt + Initiative...**

**Über drei Viertel der Bevölkerung telefonieren mobil**  
Es gibt bereits mehr Handy- als Festnetzanschlüsse. Mobile Kommunikation erweitert die Möglichkeiten, sich schnell, flexibel und umfassend zu informieren - beruflich und privat.

### Mobilfunk ist Standortpolitik

Pflege- und Sozialdienste, Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und Selbstständige sind auf leistungsfähige Mobilfunknetze angewiesen.

### Mobilfunk ist sicher

E-Plus betreibt eines der modernsten und sichersten Mobilfunknetze in Deutschland. Im Dialog setzen wir uns für eine breite Akzeptanz dieser Zukunftstechnologie ein. Wir informieren persönlich, sachlich und umfassend.

### Informieren und planen

Unsere regionalen Mitarbeiter betreuen die Abstimmungsprozesse in allen Kommunen. Sie stehen für Fragen zu Umwelt und Netzaufbau zur Verfügung. Sprechen Sie uns an. Wir sind für Sie da.

E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG  
Geschäftsstelle Süd  
Telefon +49-89 42 777-201, Fax +49-89 42 777-209  
E-Mail: emv@info@eplus.de, www.eplus.de/umwelt

Partnerschaft zwischen Riebel-Projektentwicklung und Axima:

## Wegweisende Verbindung

Ihre Kooperation gaben die Xaver Riebel Bau München GmbH & Co. KG, ein Unternehmen der Riebel Firmengruppe Bau und die zum französischen Suez Konzern gehörige AXIMA GmbH bekannt. Ziel der zukünftig sehr engen Zusammenarbeit der beiden erfolgreichen Mittelständler aus der Baubranche ist die Nutzung von Synergien, wechselseitigem Know-how und damit Einspareffekten zum Wohl der Kunden.

Bei Riebel versteht man sich als Ideenschmiede rund um die Immobilien. Man hat sich damit einen guten Namen gemacht, dass schon während des gesamten Entstehungsprozesses

25 und 40 Prozent der Gesamtbaukosten ausmacht.

Die Axima GmbH übernimmt nun bei ausgewählten Projekten in dieser gleichberechtigten Partnerschaft diesen Anforderungs-

ungsphase von Bauprojekten eng zusammenarbeiten. So können schon in einem frühen Stadium der Realisierung Anforderungen an die zukünftige Technik mit baulichen Gegebenheiten optimiert werden und so die Flexibilität „intelligenter“ Gebäude gewährleisten. Nicht zuletzt ergibt sich durch diese rechtzeitige Vernetzung in vielen Fällen eine zusätzliche Kosteneinsparung.

Das Ideale an der Partnerschaft der beiden erfolgreichen Mittelständler sind deren sich ergänzende Kompetenzen. Eine interne Konkurrenz ist durch das unterschiedliche Spektrum der Partner ausgeschlossen.

### Langjährige Erfahrung

Auch was die wirtschaftlichen Eckdaten angeht, scheinen sich hier zwei absolut gleichberechtigte Unternehmen gefunden zu haben: Die Axima GmbH gehört mit der Axima Refrigeration GmbH und der Elyo GmbH zur Suez Energy Services Company, die einen Gesamtumsatz von rund 300 Mio. Euro jährlich erzielt. Die Riebel Gruppe schreibt mit etwa 800 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 180 Mio. Euro. Beide Partner blicken auf eine langjährige Erfahrung zurück (Riebel über 85 Jahre, Axima gut 100 Jahre) und beide bekennen sich ausdrücklich zu ihrem mittelständischen Charakter.

### Schlanke Hierarchien

Genau das hat sich als ein großes Plus auf dem hart umkämpften Markt herausgestellt: In ihrem Angebotsprofil und ihrer Kompetenz stehen sie bekannten Großunternehmen in nichts nach - im Gegenteil: Ihre mittelständische Ausprägung bewahrt beiden Unternehmen darüber hinaus schlanke Hierarchien, kurze Informations- und schnelle Handlungswege. Im Gegensatz zu herkömmlichen Fusionen oder starren Verbindungen



Hans Materna, Geschäftsführer der Firma Riebel in München und Manfred Schmitz, Geschäftsführer von Axima (v. l.) bei der Vorstellung der neuen Partnerschaft.

es eines Bauprojektes, von der Idee, der Grundstückssuche, der Bedarfsermittlung, über die Planung und den Bau, bis hin zur Vermarktung die Bedürfnisse und Ansprüche von Nutzern und Investoren berücksichtigt werden.

### Intelligente Gebäude

Das Unternehmen kann dabei im Wesentlichen auf eigene Ressourcen zurückgreifen. Auf die Hilfe externer Unternehmen angewiesen war die Riebel Projektentwicklung bei der Umsetzung bis dato bei der Gebäude-, Anlagen und Prozesstechnik. Immerhin ein Kalkulationsposten, der bei modernen Anlagen zwischen

bereich. Sie ist als technischer Dienstleister einer der führenden Anbieter auf dem deutschen Markt und bietet das komplette Spektrum der Raumluft-, Sanitär-, Elektro- und Nachrichtentechnik, sowie der Steuer-, Mess- und Regeltechnik. Ergänzt wird das umfassende Angebot durch langjährige Erfahrung im Brandschutz, der Energie- und Wärmetechnik, sowie der kompletten Gebäudeautomation. Eine wichtige Säule ist auch der Bereich Service/Wartung und technisches Gebäudemangement.

Für Bauherren interessant wird diese Partnerschaft, weil beide Unternehmen bereits in der Entwicklungs- und Pla-

10 Jahre Akademie für Altbau- und Denkmalsfragen in Thierhaupten:

## Handwerkerfortbildung im Kloster

Zum zehnjährigem Jubiläum veranstaltete die Akademie für Handwerkerfortbildung in Altbau- und Denkmalsfragen im ehemaligen Kloster Thierhaupten eine gemeinsame Ausstellung mit dem Rudolf-Diesel-Technikum Augsburg. Initiiert wurde die Akademie seinerzeit vom damaligen schwäbischen Bezirksstagspräsidenten, Dr. Georg Sinnacher, der bis heute ihr Vorsitzender ist und zum Jubiläum eine richtungsweisende Ansprache hielt.

„Eine bildungsbereite und lernende Region wie Bayerisch-Schwaben sucht in ihren Aus- und Fortbildungsangeboten neben den fundierten allgemeinen Grundlagen der Bildung auch die Nischen der Spezialisierung“, so Sinnacher. Thierhauptens restauriertes Kloster stehe dafür als Beispiel. Mit der fortschreitenden Restaurierung begann die Suche nach örtlichen Bedürfnissen und heimischer Akzeptanz in Verbindung mit überörtlichen Angeboten. So entstand die Schule für Dorf- und Landentwicklung, eine exzellente Einrichtung für zukunftsgerichtete Gemeindepolitik und dörfliche Selbsterneuerung.

Von besonderer Bedeutung war die Vereinbarung des Bezirks Schwaben mit dem Freistaat Bayern durch die das Bauarchiv mit Fortbildungswerkstätten entstand. Das war ein langjähriger Wunsch des Bayerischen Landesamtes für Denkmalspflege. Diese Einrichtung steht aufgrund der Entscheidungen zur Verwaltungsreform der Bayerischen Denkmalspflegeverantwortlichen vor ihrer Vergrößerung, eine beachtliche bayerische Entscheidung zugunsten Schwabens. Das Landesamt

für Denkmalspflege hatte anschließend seine schwäbische Außenstelle nach Thierhaupten verlagert.

Unter Nutzung des gesamten Angebots in Thierhaupten wollte der Bezirk im Kloster eine Fortbildungsstätte vorrangig für das Handwerk unter Nutzung der Werkstätten des Bauarchivs und unter dessen Mitwirkung für Aufgaben der Denkmalspflege errichten. Dies geschah durch die Gründung des eingetragenen Vereins „Akademie für Handwerkerfortbildung in der Denkmalspflege“ vor 10 Jahren. Es war ein gesuchter Dienst für das Handwerk, die denkmalpflegerische und altbaubedingte alte Handwerkskunst für heutige Anforderungen der Bausanierung weiterzugeben. Gleichzeitig sollten dem heutigen modernen Bauen auch mit der Bewahrung alter erhaltenswürdiger heimatlicher Bausubstanzen neue ökonomische und gleichzeitig ästhetische Umsätze garantiert werden.

„Die Idee scheint verheißungsvoll aufzugehen“, freut sich der Vorsitzende. In den letzten zehn Jahren haben rund 3.000 Handwerker, Planer, Architekten und Bauexperten die Kurse der Akademie genutzt. In jährlich

acht bis zehn Seminaren wurden in engster Kooperation zwischen Akademie und Bauarchiv des Landesamtes Schulungen vorgenommen, die meist ausgebucht waren. Das bedeutet rund 300 Schulungsbeflissene pro Jahr. 40 Prozent kommen aus Schwaben.

Das Ziel des Vereins ist die auftragsmäßige Stärkung des Handwerks und seiner Auftraggeber mit dem Gewinn für die Denkmalspflege. Die Methodik beruht auf der Vernetzung der Bildungsangebote mehrere Bildungsträger, nicht zuletzt aus Thierhaupten. Dieses Konzept trägt auch künftig.

Der Verein mit heute 67 Mitgliedern musste sich den gewaltigen Veränderungen bei der Finanzierung durch die öffentliche Hand anpassen. Seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit führen in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Bauarchiv zum Erfolg. Vernetzungen sind im Bildungsangebot das Erfolgsgeheimnis, wie es sich symbolhaft auch in der Ausstellung mit dem Rudolf-Diesel-Technikum äußert.

Seine Existenz hätte der Verein allein mit Mitgliedsbeiträgen nicht aufrecht erhalten können. Starke Partner, die die Bildungsmaßnahmen unterstützen, sind der Bezirk Schwaben, der Freistaat Bayern, mit seinen Hilfen für das Handwerk, der Markt Thierhaupten mit vielfältigen Hilfen, sowie außergewöhnliche Institutionen wie die Arge Alp oder sogar die EU.

Waigel bei der Riebel-Gruppe:

## Mittelstand als Garant für stabile Verhältnisse

Mit einem besonderen Ehrengast schmückte die Firma Riebel ihre Veranstaltung anlässlich der Bekanntgabe der Partnerschaft mit Axima: Der ehemalige Bundesfinanzminister und CSU-Parteivorsitzende, Dr. Theo Waigel, referierte über aktuelle Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

Als Chance gerade auch für den Mittelstand bezeichnete der Redner die Osterweiterung der Europäischen Union. Damit sei der Markt auf ein Potenzial von 450 Millionen Menschen gestiegen. Dass sich das Geschäft mit dem Ausland lohnt, bewies Waigel mit einer signifikanten Zahl: Deutschland führe um mehr als 100 Milliarden Euro mehr Güter aus, als eingeführt werden.

Zur geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer sieht Waigel keine Alternative. Die Sanierung des Staatshaushaltes, sowie Konsolidierung und Strukturereformen seien unabdingbar. Es gehe darum, in Deutschland mehr Arbeitsplätze zu schaffen; diese brächten auch zusätzliche Kaufkraft. Die Tatsache, dass oftmals trotz vorhandener Arbeit keine zusätzlichen Arbeitskräfte eingestellt werden, wertet Waigel als Beweis dafür, dass das Arbeitsrecht noch deutlich reformiert werden muss.

Dass in Bayern die wirtschaftlichen Verhältnisse besser seien, als in anderen Bundesländern sei den Wirtschaftsministern der vergangenen Jahrzehnte zu danken, die allesamt gewußt hät-

ten, was Mittelstandspolitik bedeutet. 42 Prozent des Umsatzes werde im Mittelstand erwirtschaftet, 3/4 aller Beschäftigten arbeiten im Mittelstand, der auch 83,7 Prozent aller Auszubildenden betreut. Dieser ökonomische und gesellschaftliche Hintergrund sei Ursache dafür, dass man in Bayern deutlich weniger Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen habe als anderswo.

Mit seiner „High-Tech-Offensive“ habe der Freistaat sich gut in Stellung gebracht. Die Kontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und die Clusterbildung trügen dazu bei, innovatives Wirtschaftswachstum zu forcieren.

Wichtig sei auch das Thema „Mittelstandsfinanzierung“. Vor allem Sparkassen, sowie Volks- und Raiffeisenbanken böten einen Service, der einerseits die Versorgung mit Bankdienstleistungen im ländlichen Raum sicherstelle, aber sich auch an den wirtschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Standortregion orientiere und anpasse.

Auch eine „gewisse Wertediskussion“ um Primärwerte und Sekundärtugenden sei letztlich im materiellen Ergebnis spürbar. Gewissenhaftigkeit, Eigenverantwortung, Mut und die Fähigkeit, Risiken auf sich zu nehmen, seien Güter, die sich als Humankapital positiv niederschlagen. Auch die Tatsache, dass sich viele Mittelständler im politischen und vopolitischen Raum engagieren, dass sie Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sind, bringe Stabilität für die Gesellschaft.



dungen bleibt in dieser lockeren Partnerschaft jedem Unternehmen die eigene, schlagkräftige Flexibilität erhalten.

Dass die enge Zusammenarbeit nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern tatsächlich funktioniert, beweisen verschiedene Großprojekte der Riebel

Projektentwicklung die sich aktuell in der Fertigstellung befinden: In Neu-Ulm errichten Riebel und Axima eine moderne Daimler-Chrysler Niederlassung mit ca. 15000 m<sup>2</sup> Verwaltungs- und Serviceflächen in nur neun Monaten Bauzeit. An der Moosacher Straße in

München entsteht ebenfalls in Rekordbauzeit die neue Kolping-Berufsschule. Hier werden zum neuen Schuljahr 2006 ca. 1.900 Schüler unterrichtet. Und in der Brudermühlstraße in München errichtet die Riebel-Axima-Kooperation eine Wohnanlage mit über 80 Wohneinheiten.

»Mit unserer politischen Bildungsarbeit wollen wir Orientierung im Wandel geben und verdeutlichen, auf welchen Werten und Idealen unser Gemeinwesen beruht!«

Dr. h. c. mult.  
Hans Zehetmair  
Staatsminister a. D.,  
Vorsitzender  
der Hanns-Seidel-  
Stiftung



Seminardatenbank im Internet:  
[www.hss.de/seminare.shtml](http://www.hss.de/seminare.shtml)

**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

**POLITISCHE BILDUNG  
JAHRESPROGRAMM  
2006**

UNSERE ZIELGRUPPEN: FRAUEN UND MÄNNER · FAMILIEN · SCHÜLER UND STUDENTEN · JUGENDLICHE IN AUSBILDUNG UND BERUF · DIE ÄLTERE GENERATION · ARBEITER UND ANGESTELLTE · BAUERN UND HANDWERKER · UNTERNEHMER UND MANAGER · VERANTWORTUNGSTRÄGER IN ORGANISATIONEN, VEREINEN UND VERBÄNDEN · WISSENSCHAFTLER UND POLITIKER · LEHRER UND ELTERNBEIRÄTE · SOLDATEN · POLIZEIBEAMTE ... UND VIELE ANDERE MEHR

POLITISCHE BILDUNG · JAHRESPROGRAMM



Bestellung Druckexemplar:  
[organisation-bw@hss.de](mailto:organisation-bw@hss.de)  
Telefon: (089) 12 58-237

**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

Bildungswerk

[www.hss.de](http://www.hss.de)

# Wachsendes Interesse am Bausparen

Bayerische Landesbausparkasse erzielte zweitbestes Neugeschäft ihrer Geschichte

München. Das Bauspargeschäft der Bayerischen Landesbausparkasse fiel in diesem Jahr trotz eines äußerst schwierigen Umfeldes „außerordentlich gut“ aus. Wie der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirnhier, bei der Jahresabschluss-Pressekonferenz mitteilte, erzielte die LBS mit voraussichtlich 270.000 Verträgen über eine Bausparsumme von gut sieben Milliarden Euro das zweitbeste Neugeschäft ihrer Geschichte. Die Absatzsteigerung zum Vorjahr liegt deutlich über dem Marktwachstum, die Marktführerschaft wurde gefestigt.

Die „exzellente Entwicklung“ des Neugeschäfts bezeichnete Wirnhier als Beleg dafür, wie sehr das Interesse am Bausparen in der jüngeren Vergangenheit noch einmal gewachsen ist. Die Steigerungen gegenüber dem Vorjahr fielen mit knapp 21 Prozent in der Stückzahl und 24,8 Prozent bei der Bausparsumme „sehr beachtlich“ aus. Als Begründung nannte Wirnhier die Vertriebsleistung der bayerischen Sparkassen und des LBS-Außendienstes sowie die bausparfreundliche Grundhaltung der Bevölkerung, die man mit einem bedarfsgerechten Produkt- und Beratungsangebot wirkungsvoll aufgreife und verstärke.

Die ersatzlose Streichung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 bedeutet für die Geschäftsleitung einen tiefen Einschnitt, der den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum schwieriger mache. Die Voraussetzungen für Kapitalanleger würden sich ebenfalls verschlechtern, weil die degressive Abschreibung aufgehoben und Veräußerungsgewinne bei vermieteten Immobilien durch die Beseitigung der Spekulationsfrist voll besteuert werden sollen. Andererseits würden die Koalitionspartner bekräftigen, dass die Wohneigentumsbildung von Fa-

milien mit Kindern ihr politisches Ziel bleibe. Dies sei ebenso zu begrüßen wie die Absicht, das selbst genutzte Wohneigentum zum 1. Januar 2007 besser in die geförderte Altersvorsorge zu integrieren. Jetzt muss, so Wirnhier, möglichst schnell gehandelt werden, damit Wohneigentumserwerber wieder Planungssicherheit haben. Wichtig sei dabei, das Vakuum bis zur Einführung der Neuregelung Anfang 2007 sinnvoll zu überbrücken.

Der Wohnungsbau kann, so Wirnhier, einen Impuls durch verlässliche politische Rahmenbedingungen dringend gebrauchen. Die anhaltende Wachstumsschwäche und Beschäftigungskrise hätten im Zusammenspiel mit einer unberechenbaren Wohnungsbauförderung auf dem Immobilienmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Selbst wenn das Ende der Eigenheimzulage noch manche Kaufentscheidung beschleunige, drohe 2005 in Bayern ein Minusrekord bei den Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser. Von Januar bis September seien die Baufreigaben in diesem Marktsegment um 27,3 Prozent auf 19.164 Wohnungen gefallen. Dabei seien die Nachfragepotenziale beachtlich. Ein beauftragtes For-

schungsinstitut habe ermittelt, dass bis 2015 durch den Zuwachs von Haushalten und den Ersatz für Abrisse jährlich mindestens 55.000 neue Wohnungen gebraucht würden. Dieser Neubaubedarf berücksichtige noch gar nicht, dass es im Wohnungsbestand nicht wenige Objekte gebe, die nicht mehr den qualitativen Anforderungen der Wohnungssuchenden entsprechen und auch nicht mehr sanierbar sind. Das Betriebsergebnis vor Risikoversorge werde nach der letzten Hochrechnung mit 63,7 Millionen Euro „planmäßig“ ausfallen.

Das prognostizierte Minus von 8,6 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr sei vor allem auf das hervorragende Neugeschäft zurückzuführen. Die dadurch ausgelösten hohen Provisionszahlungen belasteten das Provisionsergebnis. Den Rückgang der Zinserträge bei Bauspardarlehen habe man durch Ausweitung der Geldanlagen und die Volumensteigerung bei Zwischen- und Vorfinanzierungskrediten weitgehend kompensieren können.

In seinem Ausblick auf das kommende Jahr kündigte Wirnhier an, die Mitgliederzahl im „Fanclub Eigenheim“ auch in einer veränderten Förderlandschaft weiter steigern zu wollen. Er spielte damit auf die neue LBS-Werbekampagne an, die in den kommenden Monaten im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft typische Fußball-Fan-Artikel als Ausdruck der Begeisterung für die eigenen vier Wände einsetzt. **E. Scholl**



Referenten und Bürgermeister beim Gedankenaustausch. □

Tagung in der „Schule für Dorf- und Landentwicklung“:

## „Gemeindeentwicklung vor neuen Herausforderungen“

Thierhaupten (pm). Über 100 Bürgermeister tagten in der Schule für Dorf- und Landentwicklung im ehemaligen Kloster Thierhaupten. Die Fachtagung zum Thema „Gemeindeentwicklung vor neuen Herausforderungen“ drehte sich um Finanzmittel, aber auch um die Zukunft dörflichen Zusammenlebens und um die Notwendigkeiten gemeinschaftlichen Handelns. Das Ergebnis: Alleingänge haben ausgedient. Wenn Gemeinden lebensfähig bleiben wollen, müssen sie Bürger und Nachbargemeinden aktivieren.

Interessante und motivierende Praxisbeispiele verdeutlichten, dass auch unter schwierigen Bedingungen nachhaltige Entwicklungen möglich sind. So setzt Konrad Springer, Bürgermeister von Kirchdorf a. d. Amper, Landkreis Freising, bei der Problemlösung auf die aktive Bürgergesellschaft und die Bündelung der eigenen Stärken.

Anlässlich der Fachtagung stellte Dr. Peter Jahnke vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium das Aktionsprogramm „Dorf vital“ vor. Ein „Vitalitäts-Check“ soll ermitteln, welche Ausgangsposition in einer Gemeinde vorhanden ist und welche Möglichkeiten der Steuerung es gibt.

Landrat Martin Bayersdorfer, Landkreis Erding, und der Bürgermeister von Fraunberg, Johann Wiesmaier, stellten am Beispiel der Gemeinde Fraunberg dar, wie diese versucht, Arbeiten und Wohnen im Dorf wieder zusammenzubringen. Mit dem Instrument der Flächennutzungsplanung könne man Strukturen erhalten und Entwicklung gezielt steuern. □

Wie man es schaffen kann, die Attraktivität eines Dorfes zu heben, zeigten Bürgermeister Arthur Arnold am Beispiel Euerbach, Lkr. Schweinfurt, und Professor Matthias Reichenbach-Klinke auf. Ihm ist es gelungen, Bürger in Gemeindeentwicklungsprojekte einzubinden. So könnten beispielsweise Dorfplatz, Feuerwehrhaus und Kinderspielplatz auch mit Eigenleistung gestaltet werden. Darüber hinaus entstand durch das Modellvorhaben „Bauhütte“ neuer Wohnraum im Ortszentrum.

Viele Bürgermeister fordern selbst den Verzicht auf die weiterhin übliche „Kirchturmpolitik“. Sie wollen ihre Bürger zu der Einsicht bewegen, dass anstelle des Staat-Bürger-Denkens eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Staat, Gemeinde und Bürger entstehen muss.

Die Schule für Dorf- und Landentwicklung, die als überregionale Bildungseinrichtung für Kommunalentwicklung angelegt ist, wird mit weiteren Fachtagungen, mit Seminaren und Vorträgen diese Entwicklung gezielt unterstützen. □

Neue Sporthalle in der Gemeinde Wildpoldsried:

## Qualität muss nicht teuer sein

Dass Qualität nicht teuer sein muss, hat die Gemeinde Wildpoldsried in Zeiten knapper Kassen bewiesen: Der Bau ihrer neuen Sporthalle betrug bei VOB-gerechter Vergabe nur den halben, in Bayern gültigen Kostenrichtwert.

Bei der Einweihungsfeier wurde denn auch übereinstimmend festgestellt, dass durch den Einsatz minimaler Finanzmittel eine „maximale Halle für den Breitensport“ entstanden sei. Die Anerkennung galt Architekt Dieter Brüggemann für sein kostensparendes Konzept.

Die Baukosten beliefen sich auf 1,5 Millionen Euro inklusive Nebenkosten, Einrichtung und Herstellungsbeiträgen. Verantwortliches Projektteam war der Sportausschuss des Gemeinderates mit vier Vertretern des Ski- und Sportvereins Wildpoldsried sowie die Planer. Die Folgekosten und den Unterhalt der Sporthalle trägt ausschließlich der Verein aus Mitgliedsbeiträgen und Erträgen der Photovoltaikanlage.

Wie erster Bürgermeister Arno Zengerle feststellte, gab es eine Menge Gründe, die zu dem hervorragenden Kosten-Nutzen-Verhältnis geführt haben. Der wichtigste sei sicher gewesen, „dass wir genau gewusst haben, was wir wollen und das Konzept nicht nach Vergabe der Aufträge ständig

verändert haben, wie dies sonst bei öffentlichen Bauten, aber auch bei privaten üblich ist“. Auch die detaillierte Ausschreibung, der optimale Ausschreibungszeitpunkt und die konsequente Anwendung der VOB seien hierfür maßgebend gewesen.

Vereinen oder Gemeinden, die ähnliche Bauvorhaben planen, könne er, Zengerle, nur raten, „sehr viele vergleichbare Gebäude vor Planungsbeginn zu besichtigen“. Schließlich lerne man sehr viel an positiven Beispielen, aber noch viel mehr an begangenen Fehlern. Klare, rechteckige Gebäudezuschnitte, der Verzicht auf Dachaufbauten und die Verwendung gängiger Installationstechnik seien u. a. der Garant für ein solides und beim Bau als auch im Unterhalt wirtschaftliches Bauwerk.

Von der Konzeption begeistert zeigte sich bei der Einweihung auch Staatsminister Erwin Huber. Nach achtmonatiger Bauzeit sei eine Sporthalle entstanden, die in vielfacher Weise künftiges Vorzeigeobjekt für Kommunen und Sportvereine werden könnte. **DK**

Denkmalpflege:

## Notwendiges Ehrenamt

Dass ohne ehrenamtliches Engagement Denkmalschutz in Zeiten leerer staatlicher Kassen unmöglich ist, darauf verwiesen die Teilnehmer des jährlichen Treffens oberbayerischer Heimatpfleger, das heuer das Stadtarchiv Burghausen und der Bayerische Landesverein für Heimatpflege organisierten.

Von staatlicher Seite sei genau vorgeschrieben, was die Kommunen in Sachen Städtebau und Denkmalschutz zu leisten hätten, erklärte Burghausens Bürgermeister Hans Steindl vor den Kreis- und Ortsheimatpflegern sowie den Museumsleitern und Heimatvereinsvorsitzenden aus den Landkreisen Traunstein, Mühldorf, Altötting, Rosenheim und Berchtesgadener Land. Jedoch sei die Frage angebracht, welchen Beitrag hier der Staat leiste. Zwar investiere der Freistaat stattliche Summen in Museumsneubauten und Restaurierungen wie die des Prinzregententheaters in München. Jedoch konzentrierten sich diese Zuwendungen auf die Landeshauptstadt und Nürnberg, „weil dort die Lobbyisten, Sponsoren und Politiker sitzen“, betonte Steindl.

Da jedoch laut Steindl der staatliche Denkmalschutz-Etat nur noch rund ein Drittel des Volumens von vor 15 Jahren umfasse, würden kleinere Städte zunehmend weniger unterstützt. Dies wirke sich in der Praxis wie folgt aus: „Soll ein Ensemble wie beispielsweise ein Stadtplatz aufgewertet werden, gibt es derzeit von staatlicher Seite keine verbindliche Zusage zu Dauer und Höhe eines Zuschusses.“

Heftiger Gegenwind

Dass auch der Bodendenkmalpflege heftiger Wind ins Gesicht bläst, davon konnte Dr. Walter Irlinger vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege berichten. Für eine Vernetzung aller, die zum Erhalt der Heimatkultur beitragen, plädierte er aber nicht nur wegen rückläufiger Zuschüsse, sondern auch, „um gemeinsam bewusster und unbeswusster Zerstörung von Bodendenkmalen entgegenzuwirken“. Dazu zählte der Referent eine intensive Landwirtschaft, Bebauung und Raubgrabungen. Irlinger: „Teilweise werden archäologische Funde sogar im Internet versteigert.“

In diesem Zusammenhang entwickelte sich eine leidenschaftliche Diskussion um die so genannten Metall-Sondengänger. Diese wären häufig ohne Erlaubnis auf fremden Grundstücken unterwegs und würden ihre Entdeckungen nicht immer der Unteren Denkmalschutzbehörde melden, lauteten die Argumente eines Teils der Tagungsgäste. Zudem käme es vor, dass selbst kleinste Funde bedeutsam seien, durch Grabungen aber aus dem archäologischen Gesamtzusammenhang gerissen würden. Gegen eine „Kriminalisierung aller Sondengänger“ wandten sich wiederum andere Teilnehmer, die auch einen „Führerschein“ für die Nutzer von Detektoren forderten. Diese würden oft auch historisch Relevantes ans Licht befördern.

Keinen Einwand gab es gegen den Vorschlag, die bayerischen Flurnamen zu dokumentieren. Da jedoch, wie Tagungsleiter Dr. Wolfgang Pledl vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege berichtete, ein einschlägiges staatliches Projekt aus finanziellen Gründen eingestellt worden ist, solle man sich dieser Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Schulen widmen. **DK**

### Riebel Projektentwicklung:

# Optimales Zusammen-Spiel

- Schlüssige Immobilienkonzepte
- Nutzerorientierte Standorte
- Bedarfsgerechte Planung
- Solide Bauleistung
- Zuverlässige Projektsteuerung
- Wirtschaftliche PPP-Modelle für Städte und Gemeinden

Riebel – mit Sicherheit die beste Lösung!



**BAUEN FÜR BESSERES LEBEN**

Xaver Riebel Bau München GmbH & Co. KG  
Landsberger Straße 368  
80687 München  
Ein Unternehmen der Riebel-Firmengruppe  
www.riebel.de

Baurunde Ostbayern 2005:

## PPP - Alternative für kommunale Finanzierung

**Barbing. Angesichts leerer Kassen in allen politischen Ebenen gewonnen in den vergangenen Jahren drei Buchstaben an Bedeutung: PPP - Private Public Partnership: Die Finanzierung und zum Teil auch der Betrieb öffentlicher Bauten oder Anlagen durch Privatunternehmen. Bei der „Baurunde Ostbayern“ im Rathausaal zu Barbing stand diese Thematik im Mittelpunkt der Statements und der anschließenden Diskussion.**

Bürgermeister und Kommunalpolitiker, Vertreter der Bauwirtschaft und Bauindustrie, Inhaber von Architekten- und Ingenieurbüros sowie Mitarbeiter der Bauverwaltung verschiedenster Ebenen nahmen an der Tagung zum Thema „PPP - Chancen für die Kommunen in Ostbayern“ teil.

### Aspekt der Nachhaltigkeit

„Die Gemeinden sind die wichtigsten öffentlichen Auftraggeber für die Bauindustrie“, stellte Walter Arnold, Vorsitzender des Bezirksverbandes Ostbayern des Bayerischen Bauindustrieverbandes, in seiner Einführung fest. Besonders hob er den Aspekt der Nachhaltigkeit und einen möglichst hohen Grad an Wirtschaftlichkeit hervor, der durch PPP-Projekte erzielt würde. Wichtig sei in diesem Kontext aber auch, über die Pilotphase hinaus eine attraktive Infrastruktur zu schaffen und zu pflegen. Durch privates Kapital bestehe die Chance, diese Struktur zu unterstützen, die alle Faktoren (Bau, Unterhalt, Betrieb, Renovierung, Modernisierung, Personalkosten) beinhaltet, aber auch neue Partnerschaften mit sich bringe. Als neutrale Be-

ratungseinrichtung für die Kommunen nannte er die Oberste Baubehörde.

### Bauwirtschaft stärken

Aus Landtagssicht gab MdL Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bezirksgruppe Niederbayern/Oberpfalz der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, sein Statement ab. „Bayern ist Schlusslicht bei PPP-Modellen, was an der lange Zeit günstigen Situation liegt“, konstatierte der Landtagsabgeordnete. Mit PPP-Modellen kann nach Graf Lerchenfelds Ansicht günstiger und schneller gebaut werden, die Kosten würden genauer eingehalten. „Wir müssen die eigene Bauwirtschaft stärken, PPP bietet hierzu gute Chancen, wir müssen beispielgebend wirken“, fasste er zusammen und sah es als Aufgabe des Landtags, die Voraussetzungen für PPP zu verbessern sowie Bedenken im Finanzministerium zu zerstreuen.

Der Waldsassener Bürgermeister Herbert Hahn schilderte seine Erfahrungen mit dem Betrieb der Kläranlage in seiner Kom-

mune durch ein Privatunternehmen. Angesichts sehr hoher Kosten für eine neue Kläranlage wurde Ende der 90er Jahre sowohl die Sanierung als auch der private Betrieb ausgeschrieben, wobei die wechselseitigen Verpflichtungen und Aufgaben in mehreren Verträgen zwischen Kommune und Betreiber geregelt wurden. Inzwischen ist die Anlage im siebten Jahr im privaten Betrieb, „wir sind bisher gut mit dieser Entscheidung gefahren“, lautete Hahns Bilanz.

### PPP im Schulbereich

Von einem nicht umgesetzten PPP-Projekt im Schulbereich berichtete Michael Hermann, der Leiter des Hochbauamtes der Stadt Regensburg. Besonders ging er auf die Problematik des Förderrechts im Kontext von PPP-Projekten ein und auf das Thema „Generalunter- bzw. -übernehmer“. Als weitere Faktoren nannte er die Unbedenklichkeitsbescheinigung seitens der Regierung, den Projekteignungstest und den Wirtschaftlichkeitsvergleich bei der Beschaffung und Bewirtschaftung von Gebäuden. Zwei weitere Projekte sind beim Hochbauamtsleiter in der Testphase. Er hofft, im nächsten Jahr konkrete Ergebnisse vorlegen zu können.

Aus der Perspektive eines Bauunternehmens, nämlich der DYWIDAG GmbH in Mün-

chen, erläuterte der PPP-Beauftragte Matthias Reichle das Tagungsthema. Er hielt es grundsätzlich für wichtig, den Kommunen den nötigen Spielraum einzuräumen und nannte einige historische Beispiele für PPP (z.B. Suez- oder Panamakanal). Gemeinsam ist laut Reichle all diesen Maßnahmen das Planen, Bauen, Betreiben und die Finanzierung durch Privatunternehmer. Detailliert zeigte der DYWIDAG-Vertreter die Aufgaben und Risiken seitens der Kommunen bzw. Privatinvestoren auf, wobei es Risiken gibt, die übertragen werden und welche, die nicht zu übertragen sind. Zu entscheiden haben Investoren zudem über das Finanzierungsmodell und die Risikohöhe.

### Verdreifachte Kassenkredite

Auf die durchweg klamme Situation in den Haushalten der Kommunen ging der Hausherr, Barbings Bürgermeister Albert Höchstetter, ein - auch als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberpfalz des Bayerischen Gemeindetages. Für ihn können PPP-Modelle eine Lösung darstellen, doch die Grundproblematik ist für ihn eine andere: „Wie bedienen wir den PPP-Betreiber aus unseren Haushalten, die wir selbst mit Krediten finanzieren?“ Laut Höchstetter haben sich die Kassenkredite der Gemeinden verdreifacht, Gelder für kommunale Aufgaben bzw. Baumaßnahmen fehlen. „Es geht um die Finanzausstattung der Gemeinden. Wenn wir die Aufgaben auch künftig erfüllen sollen, brauchen wir Gelder für solche Modelle. Die staatliche Seite ist gefordert, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen“, verdeutlichte der Barbingener Rathauschef.

### „Praktikable Ansätze“

In der Diskussion meldete sich auch der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, zu Wort. Er bescheinigte den PPP-Projekten „praktikable Ansätze“, aber auch „riesige Probleme im Detail“, zumal bei Generalübernehmerverträgen vielfach nicht mittelständische bzw. kleine Betriebe zum Zuge kämen. „Wir sind nicht mehr kreditfähig“, beschrieb er die grundsätzliche Problematik und nannte auch die „Querschüsse von bestimmten Ministerien“. Für ihn sind einfache Modelle nötig wie auch eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. **Markus Bauer**



Blick in die Runde der Teilnehmer.

### Kommunale Baumaßnahmen des Marktes Ergolding:

## Kräftige Investitionen trotz knapper Mittel

**Mit gleich zwei kommunalen Baumaßnahmen konnte der Markt Ergolding im Landkreis Landshut binnen kürzester Zeit aufwarten. So galt es nicht nur das Richtfest des neuen Bauhofes zu feiern, sondern auch den Erweiterungstrakt des gemeindlichen Kindergartens einzuweihen.**

Gut Ding will Weile haben. Nach langer Vorbereitungszeit - bereits 1991 hatte sich der Gemeinderat grundsätzlich mit dem Thema Bauhof beschäftigt - wurde nunmehr das Fünf-Millionen-Euro-Projekt in Angriff genommen. Insgesamt wurden während dieser 14 Jahre vier Raumprogramme erstellt, wobei in den Anfängen ein Umbau und eine Erweiterung des Bauhofes am bestehenden Gelände an der Sportplatzstraße vorgesehen war. Vergangenes Jahr nun sprach sich der Gemeinderat für einen Neubau mit Hackschnitzelanlage und thermischer Solaranlage aus.

lage (knapp 1000 Euro). Dass der Ort in Zeiten knapper Mittel kräftig investiert und sich damit antizyklisch verhält, hob der Rathauschef besonders hervor: „Wir jammern nicht, sondern tun etwas für die heimische Wirtschaft“, betonte Bauer.

Weiteres Beispiel dafür ist die Erweiterung des gemeindlichen Kindergartens „Am Bründl“, der nach einer Rekordbauzeit von nur sieben Monaten fertiggestellt wurde und mit einer weiteren Gruppe mit 25 Kindern bezogen werden konnte. Der Anbau besteht aus einem Gruppenraum, einem Besprechungszimmer mit Bibliothek und einem Musikraum. Die Maßnahme in Höhe von rund 335.000 Euro dient der Umsetzung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes, das jedem Kind - auch den unter Dreijährigen - langfristig einen Kindergartenplatz garantiert.

Architekt Peter Leinhäupl lobte die Marktgemeinde, in Zeiten leerer Kassen in die Zukunft der Kinder zu investieren: „Wie die Pisa-Studie gezeigt hat, ist das Wissen in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden. Wissenschaftler haben aber bestätigt, dass vor allem Kinder im Alter von drei bis 14 Jahren besonders aufnahmefähig sind, und deshalb sollte auch jedes Kind einen Kindergartenplatz bekommen“, so Leinhäupl. **DK**

### Grundkonzept

Das Grundkonzept des Entwurfs beruht auf einer strengen Bebauung in Form eines Vier-seithofes mit vorgelagertem Energiegebäude. Die Gebäude fügen sich harmonisch in die Umgebung, ohne eine eigenständige Dominanz zu entwickeln. Insgesamt ist der Baukörper in fünf Gebäude gegliedert und von Grünflächen umgeben.

Bürgermeister Hans Bauer stellte beim Richtfest heraus, dass der Markt Ergolding für die Errichtung des gemeindlichen Bauhofes keinerlei staatliche Förderung erhält, ausgenommen für die Hackschnitzelanlage in Höhe von 6000 Euro und die Solaran-

### Rathaus Vilshofen eingeweiht:

## „Exquisite Visitenkarte der Stadt“

**Dass man gerade auch in der Kommunalpolitik bisweilen einen langen Atem und viel Geduld benötigt, um etwas zu bewirken, wird am Beispiel des Rathauses Vilshofen deutlich. Wie Bürgermeister Hans Gschwendner bei den Einweihungsfeierlichkeiten betonte, „stand der notwendige Umbau in den mehr als 30 Jahren meiner kommunalpolitischen Tätigkeit immer wieder einmal auf der Tagesordnung“.**

Nunmehr ist in drei Jahren Um- und Ausbauezeit ein neues Rathaus entstanden, das lobend als „exquisite Visitenkarte der Stadt“ bezeichnet wurde. Rund vier Millionen Euro hat die Maßnahme, die zu einem Drittel mit staatlichen Mitteln bezuschusst wurde, gekostet.

### „Ein Glücksfall“

Laut Bürgermeister Gschwendner „war es im Rückblick wohl geradezu ein Glücksfall, dass sich die Planungen für eine Um- und Neugestaltung des Rathauses so sehr in die Länge gezogen haben“. Mit der Einbeziehung des Grumbachhauses und des Hirschenwirtes sei letztlich ein Gesamtprojekt verwirklicht worden, das nicht nur die akute Raumnot behoben habe, „sondern langfristig und zukunftsweisend alle Anforderungen an eine bürgernahe, moderne Stadtverwaltung erfüllt“.

### Gelebte Bürgernähe

Inhaltlich untermauert wurde dies Gschwendner zufolge auch durch ein Organisationsgutachten, „nach dem wir unsere Verwaltungsabläufe noch bürgernäher und effizienter gestalten haben“. Schließlich heiße das erklärte Motto im Vilshofener Rathaus auch an die Adresse der Bürgerinnen und Bürger: „Wir sind für Sie da.“

Diese Zusage werde auch optisch umgesetzt: In den drei nunmehr vereinten Häusern sei neben 30 Büroräumen das Bürgerbüro untergebracht, sowie der neue, große Sitzungssaal, in dem die Stadtratssitzungen stattfinden, während der histori-

sche Sitzungssaal nun vor allem als Trauungszimmer verwendet wird. Außerdem biete das Rathaus auch Platz für das Archiv und die Registratur. Im einstigen Kohlenkeller wurde die Rathaus-Galerie untergebracht. Vor allem aber sei das Vilshofener Rathaus jetzt endlich behindertengerecht. Ein Aufzug führe barrierefrei in jedes Stockwerk und ermögliche auch Rollstuhlfahrern den ungehinderten Zugang zu nahezu allen Räumen des Rathauses.

### Wirtschaftlicher Impuls

Mit viel Lob für den Vilshofener Stadtrat wartete Innenstaatssekretär Georg Schmid auf: „Sie haben zur rechten Zeit die richtige Entscheidung getroffen.“ Um das Gemeinwesen weiter zu entwickeln, sei eine moderne Verwaltung, die sich als Dienstleistungseinrichtung versteht, unverzichtbar. Dafür müssten aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Und zu diesen gehörten auch die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen. „Diese sind in Vilshofen hervorragend realisiert worden“, betonte Schmid, der zudem erwähnte, dass mit dieser Baumaßnahme auch ein gewaltiger Impuls für die regionale Wirtschaft gegeben worden sei.

### Mehr Leistungsbereitschaft

„Schön ist es geworden - auch schön teuer“, merkte stellvertretender Landrat Walter Taubeneder an. Zum Glück Sorge aber der Staat dafür, dass solche großen Investitionen auch finanzierbar blieben. Taubeneder

zeigte sich überzeugt, dass sich die Leistungsbereitschaft der Verwaltung jetzt noch steigern werde.

Bei der symbolischen Schlüsselübergabe durch Architekt Helmut Witzlinger betonte dieser, dass er sich gerne der Herausforderung gestellt habe, möglichst viel historische Bausubstanz zu erhalten. Dabei sei es aber auch durchaus legitim, moderne Elemente wie Stahl und Glas zu integrieren. Nicht zuletzt wurde darauf verwiesen, dass nicht weniger als 90 Prozent der Bausumme an regionale Firmen gezahlt worden seien. **DK**

**LEW**  
Lechwerke

# Hier zu Hause.

**Energie aus Ihrer Heimat.**

Fest in der Region verwurzelt. Seit über 100 Jahren versorgen die Lechwerke Bayerisch-Schwaben mit Strom. Zuverlässig und sicher. Darauf können Sie auch in Zukunft bauen.

[www.lew.de](http://www.lew.de)

RWE Group

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberfranken:

## Lieber ein Ende mit Schrecken...

Bei der Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags in Bayreuth haben die oberfränkischen Bürgermeister die Staatsregierung zu Kurskorrekturen in der Schulpolitik aufgefordert. Die Rathauschefs plädierten dafür, dass der Freistaat das Büchergeld wieder abschafft und die Lasten des achtstufigen Gymnasiums trägt.

Die Rathauschefs forderten den Freistaat Bayern auf, als Beitrag zum Abbau der Bürokratie in punkto Büchergeldgesetz den alten Rechtszustand wieder herzustellen. Die Einführung dieser „Bürokratiegebühr“ für Familien sei ein Schritt in die falsche Richtung. Zum einen würden gerade die Familien mit Kindern, für deren Unterstützung alle politischen Parteien nachdrücklich eintreten, zusätzlich belastet. Zum anderen sei ein zusätzlicher Bürokratismus neu eingeführt worden, obwohl Verwaltungsvereinfachung das Gebot der Stunde ist.

### Verfrüht und einseitig

Für verfrüht und einseitig hält der Städtetag die Aussagen von Kultusminister Siegfried Schneider, das Einsammeln des Büchergeldes sei kein übermäßiger Aufwand. Die zusätzliche Arbeit komme jetzt auf die Städte und Gemeinden zu, wie die Rückmeldungen zeigten. Die Überprüfung der Befreiungsgründe sei mit einem erheblichen Zeit- und Verwaltungsaufwand verbunden. Die eingehenden Nachweise seien teilweise unvollständig, nicht lesbar oder nicht ausreichend. Bei Schulen mit ho-

hem Ausländeranteil komme ein großer Beratungsbedarf hinzu.

Laufende telefonische Anfragen zeigten zudem, dass es noch viele Unklarheiten über Befreiungstatbestände gibt, etwa für Geringverdiener, Betriebspraktika, Pflegeeltern bis hin zur Anfrage, ob Teilzahlungen möglich sind. Die Quote der Nichtzahler, sei es mit oder ohne Angabe von Befreiungsgründen, schwanke nach ersten Meldungen zwischen zehn Prozent und über vierzig Prozent. Im Bereich der Berufsschulen sei sie am höchsten.

Die oberfränkischen Kommunalpolitiker erhoffen sich vom Landtag ein schnelles und entschiedenes Handeln. Die Landespolitik sollte der Erkenntnis folgen, dass ein Ende mit Schrecken allemal besser ist als ein Schrecken ohne Ende.

Stichwort G 8: Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat den Freistaat Bayern aufgefordert, den Städten alle Kosten zu erstatten, die ihnen beim Ausbau des achtjährigen Gymnasiums entstehen. Der Verband beruft sich dabei auf das in der Bayerischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip. Gegen dieses Prinzip verstoße der Freistaat eklatant. Im Landesschnitt bekä-

men die Städte nur rund 60 Prozent ihrer Schul-Ausbaukosten ersetzt. Die Kommunalpolitiker kritisierten in Bayreuth dieses Verfahren als ein „Konnexitätsprinzip nach Kassenlage“.

Behauptungen aus dem Kultusministerium, die geplanten Schulbauvorhaben der Kommunen seien unwirtschaftlich und nicht angemessen, sind in den Augen der Städte ein Ablenkungsmanöver. Die meisten Planungen seien mit den staatlichen Koordinatoren abgestimmt gewesen. Erst als klar wurde, dass das Geld nicht reicht, seien die Ausbaumaßnahmen von den Bewilligungsstellen wieder rigoros zusammengestrichen worden.

### Klagen in Vorbereitung

Städte wie Coburg sind mittlerweile dabei, gegen den Freistaat Bayern wegen Verletzung des Konnexitätsprinzips Klagen vorzubereiten. Eine eigens gebildete Arbeitsgruppe im Städtetag koordiniert bereits die entsprechenden Vorbereitungen. Ein Rechtsgutachten ist in Arbeit und wird in Kürze präsentiert.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäusel, äußerte die Hoffnung, dass eine Klage nicht nötig werden wird, zumal Ministerpräsident Edmund Stoiber nach dem Kommunalgipfel

erklärt hatte, das Thema zur Chefsache machen zu wollen.

Eine klare Positionierung der Staatsregierung erwarten die oberfränkischen Bürgermeister auch im Hinblick auf die erheblichen Nachteile, die Wirtschaftsstandorte entlang der Grenze zu den neuen Bundesländern immer deutlicher zu spüren bekommen. „In ganz Ostoberfranken grassiert die Gefahr, dass Betriebe in die neuen Länder abgeworben werden“, erklärte Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz im Anschluss an die Sitzung. Investitionszuschüsse von mehr als 50 Prozent für Neubauten in Sachsen und Thüringen würden Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur in Oberfranken in hohem Maß gefährden.

„Kurios und prekär“ nannte es Mronz, dass diese Zuschüsse des Aufbaus Ost auch aus den jährlichen Ablieferungen oberfränkischer Städte bezahlt würden. Die Bayreuther Transferleistung liegt in diesem Jahr bei 4,5 Millionen Euro.

„Wir stehen zu den Lasten der Wiedervereinigung, aber unsere Betriebe werden mit unserem Geld abgeworben“, so Mronz. Bislang seien derartige Versuche in Bayreuth noch abzuwehren gewesen. Jetzt aber sei eine Lösung des Problems statt dauernder Abwehrrschlachten dringend geboten. Denn der gerade geschlossene Koalitionsvertrag sieht eine Förderung der neuen Bundesländer nach bisherigem Modell noch bis zum Jahr 2019 vor. **DK**

Engere Kooperation zwischen Bayern und Salzburg:

## Bekenntnis zum Industriestandort

Der neue EuRegio-Präsident Bürgermeister Dr. Emmerich Riesner aus Neumarkt und sein Vorgänger und jetzige Vizepräsident der EuRegio, Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß, kamen mit einer hochkarätig besetzten Delegation aus dem Informationskreis der Wirtschaft Traun/Alz (IdW) auf Einladung der Industriellenvereinigung (IV) Salzburg zu einem Kooperationsgespräch in der Mozartstadt zusammen.

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses, Bernhard Köth, präsentierte eine Projektstudie zum Thema „Nord-Spange“, wodurch eine verkehrsmäßige Entlastung des Raums Bergheim und Freilassing langfristig verbessert und abgesichert werden soll. Die verkehrlichen Auswirkungen im Jahr 2015, so die Studie, würden die Ortsdurchfahrt Bergheim um ca. 74 Prozent, die Ortsdurchfahrt Lengfelden um den selben Wert und darüber hinaus auch die Autobahn zwischen Salzburg Mitte und Salzburg Nord um fast 20 Prozent entlasten. Mit diesem Projekt werden auch die Wirtschaftsräume in dieser Region besser erschlossen und darüber hinaus langfristig Anrainer und Umwelt entlastet.

fried Haslauer bei der anschließenden IV-Mitgliederversammlung. Die Politik müsse „das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig machen“. Dieser Aufgabe widme er sich seit seinem Amtsantritt mit Begeisterung.

Haslauer betonte, dass in nächster Zeit die Infrastrukturprojekte forciert und nach Möglichkeit terminlich vorgeeignet werden müssen. Großereignisse wie die Rad-WM oder die Fußball-Europameisterschaft stünden an. Zudem gelte es, alle Anstrengungen zu unternehmen, um bei der neuerlichen Bewerbung um die Olympischen Spiele den Zuschlag zu bekommen. **DK**

### Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik - Wirtschaft - Recht - Technik - Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bundesweiter Wettbewerb „Netzwerk Nachbarschaft“:

## „Dorf Zellhub“ ist bayerischer Sieger

Beim bundesweiten Wettbewerb „Netzwerk Nachbarschaft“ der BHW Bausparkasse und der Zeitschrift „Schöner wohnen“ zeichnete Sozialministerin Christa Stewens die Initiative „Dorf Zellhub“ in Eggenfelden als beste bayerische Nachbarschaftshilfe aus. Rund 300 Nachbarschafts-Initiativen hatten sich heuer um die „beste“ Nachbarschaft beworben - 80 mehr als 2004.

„Bürgerschaftliches Engagement - und hierzu zählt auch und gerade ein nachbarschaftliches Netzwerk - ist der Kitt unserer Gesellschaft. Sie, liebe Zellhuber, sind als Mehr-Generationen-Projekt zukunftsweisend und das beste Beispiel für gelebte Nachbarschaft. Was Sie hier in Zellhub geschaffen und geleistet haben, ist beeindruckend, vorbildlich und - nun auch im wahren Wortsinn - ausgezeichnet“, erklärte Stewens.

Schirmherr des Wettbewerbs war das Bundesfamilienministerium; 15 Landessozialminister hatten die Patenschaft für „ihren“ Landessieger übernommen. Die Fach-Jury, der auch der Künstler und Autor Janosch angehörte, zeigte sich begeistert vom Engagement der nachbarschaftlichen Netzwerke. So auch BHW-Vorstandsmitglied Dr. Bernd Dedert, Mitinitiator der Kampagne: „Die bayerische Initiative zeigt uns auf beeindruckende Weise, wie eine besondere Architektur das lebendige Miteinander der Bewohner fördern kann.“

Der Architekt Peter Michalski habe die Siedlung Zellhub in Eggenfelden in den 80er Jahren als aktive Dorfgemeinschaft gezielt geplant. Anstelle der geplanten Einfamilienhäuser schuf er mit einer „nachbarschaftlichen Architektur“ eine bauliche Mischung mit Reihen- und Doppelhäusern sowie Geschosswohnungen. Vom Arbeiter bis zum promovierten Akademiker fühlten sich in Zellhub alle wohl.

„Wir bilden nicht nur eine Wohngemeinschaft, sondern auch eine Lebensgemeinschaft“, betonte Michalski, der ebenfalls ein Reihenhäuser in der Anlage be-

wohnt. In Anlehnung an das traditionelle „Dorf“ plante der Architekt gemeinsam mit den zukünftigen Bewohnern die Wohnsiedlung mit einem zentralen Platz als Kommunikationszentrum für Jung und Alt. Um ein Höchstmaß an Wohn- und Lebensqualität zu erreichen, schufen die Bewohner eine autofreie Zone mit intensiver Bepflanzung. Beim Bau von drei Reihenhäusern sparten die Bauherren durch gemeinsamen Materialeinkauf und Eigenleistungen Kosten ein.

### Beispiele gegenseitiger Hilfe

Mitbestimmung praktizierten die Bewohner auch bei der Gestaltung des zentralen Dorfplatzes. Sie stellten begrünte Pergolen und eine Tischtennisplatte auf und errichteten einen Brunnen und einen Lehmbackofen. Grundlage für jegliche Bebauung ist eine Gestaltungssatzung, die das äußere Erscheinungsbild der Häuser und der Freizeitanlagen regelt. Im Alltag unterstützen sich die Bewohner des „Dorfes“ gegenseitig: Es gibt Fahrdienste zur Schule und wechselnde Kinderbetreuung am Nachmittag.

„Demnächst wollen wir eine gemeinsame Hausaufgabenbetreuung für unsere Kinder realisieren“, verriet Michalski die Pläne der Bewohner. Den kleinen zentralen „Dorfplatz“ im Innenhof der Anlage nutzen die Bürger für Aktivitäten wie Spielnachmittage für Kinder, Grillabende, Weinfeste und andere gesellige Veranstaltungen. Mit ihrer Dorfzeitung informieren sie sich gegenseitig über besondere Anlässe und das Leben im Dorf. **DK**



Geschenkübergabe beim Festakt zum 25. Dienstjubiläum. V. l.: Regierungspräsident Ludwig Schmid, Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger und Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. □

## Memmingsens OB feierte Dienstjubiläum

Memmingen (ps). „Großer Bahnhof“ war in der Memminger Stadthalle angesagt, als Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger im festlich geschmückten Saal sein 25-jähriges Dienstjubiläum feierte. Vor rund 200 geladenen Gästen überreichten ihm die Bürgermeister Hans Ferk und Josef M. Lang den Goldenen Ehrenring der Stadt. Zahlreiche Festredner bescheinigten dem Jubilar Bürgernähe, fachliche Kompetenz und das richtige Gespür für seine Arbeit zum Wohle der Stadt Memmingen.

Am 21. November 1980 trat Dr. Holzinger sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Memmingen an. Mittlerweile befindet er sich in seiner fünften Amtsperiode. Zielstrebig setzte er in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eine Vielzahl von Projekten und Vorhaben um.

### Herausragende Amtsführung

Neben Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert würdigten Landtagsabgeordneter Herbert Müller, Landrat Dr. Hermann Haisch und der städtische Gesamtpersonalratsvorsitzende Robert Jäger die herausragende Amtsführung des Oberbürgermeisters. Regierungspräsident Ludwig Schmid verlas ein Schreiben des verhinderten Staatsministers Josef Müller, dem er seinen persönlichen Dank an Holzinger anschloss.

Laudator Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Oberbürgermei-

ster der Stadt Regensburg, bescheinigte dem Jubilar „außerordentlich populäre Kommunalpolitik“ die verbunden sei mit einer Bürgernähe, die ihres Gleichen suche. Bei ihrer gemeinsamen Arbeit im bayerischen Städtetag sei Holzinger niemals auf Konfrontationskurs gegangen.

Stehend applaudierten die Gäste bei der Verleihung des Goldenen Ehrenringes der Stadt Memmingen an Dr. Holzinger. Die Bürgermeister Hans Ferk und Josef M. Lang betonten, dass der Jubilar mit berechtigtem Stolz auf das von ihm Geschaffene zurückblicken dürfe.

Der Vielgelobte dankte seinerseits für die „unterstützende und kritische Wegbegleitung“. Er sehe seine Aufgaben in der Stadt nicht als „die bloße Führung eines Unternehmens“ an. Die Bürger hätten ein Recht darauf, dass er als Oberbürgermeister versuche, für alle einen guten Weg zu finden. □

### Technik-Modul-Studium

Der Euregio-Delegation und den anwesenden IV-Mitgliedern wurde auch das Technik-Modul-Studium in Zusammenarbeit der Universität Salzburg mit der TU München präsentiert. Es geht darum, die derzeitigen Schwächen im technisch-wissenschaftlichen Bereich der Uni-Abgänger zu verbessern. Die Erarbeitung eines Konzepts soll für die Region Salzburg/Südostbayern ein den modernen Anforderungen gerechtes Bildungsangebot für Ingenieurwissenschaften bieten. Laut einer Umfrage im Raum Salzburg, Oberösterreich, Tirol und Südostbayern haben alle 126 Unternehmen, die sich daran beteiligt haben, ein derartiges Technik-Modul-Studium begrüßt und den jeweiligen Bedarf an Technikern angemeldet.

In der Politik gebe es nur wenige, die langfristig über den nächsten Wahltag hinausdenken und mit gezielter Sachpolitik den Spagat zwischen inhaltlich guter Arbeit und medialer Vermittlung bewältigen würden, meinte Salzburgs Landeshauptmann-Stellvertreter Wil-

Basis-Untersuchung zur Wirtschaftsförderung:

## Drei Landkreise planen gemeinsam ihre Zukunft

Donautal-Studie für Günzburg, Dillingen und Donau-Ries vorgestellt

Dillingen/Donau-Ries/Günzburg (jdt). Gemeinsam stellten die Landräte Hubert Hafner (Günzburg), Leo Schrell (Dillingen) und Stefan Rössle (Donau-Ries) die von den drei Landkreisen in Auftrag gegebene „Donautal-Studie“ für die Zukunftsgestaltung der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung dieser Region vor. Die 170 Seiten starke Dokumentation für das „Schwäbische Donautal“ wurde vom Inifes-Institut in Stadtbergen bei Augsburg erarbeitet und im Landratsamt Dillingen der Öffentlichkeit von Dr. Markus Hilpert präsentiert und zur Diskussion auch mit Vertretern der Wirtschaft freigegeben. Die drei Landräte zeigten sich überzeugt davon, dass mit dem landkreisübergreifenden Gutachten eine Basis geschaffen worden sei für Umsetzungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen.

Die „Donautal-Studie“ wurde mit einem Aufwand von 130000 Euro erarbeitet und zu 80 Prozent vom Verein Donautal-Aktiv gefördert.

### Chancen und Defizite

Projektleiter Dr. Hilpert vom Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie (Inifes) ging bei der Erläuterung der Studie auf Einzelheiten der Be-

und die Gründungsdynamik wurden in der Donautal-Studie insgesamt als „eher durchschnittlich in Teilräumen sogar deutlich unterdurchschnittlich“ registriert.

### Wirtschaftliche Stärken

Bemerkenswerte wirtschaftliche Stärken im Schwäbischen Donautal wurden über die drei Landkreise hinweg in acht Feldern festgestellt: Careness, Ener-

wohl der drei Landkreise als auch der verschiedenen Wirtschaftsakteure voranzukommen und weiter eine intensivere Bestandspflege und Standortdynamik ins Auge zu fassen.

### Für 350.000 Einwohner

In der Diskussion plädierte Landrat Schrell dafür, die schon im Bereich Tourismus bewährte Zusammenarbeit zwischen den drei Landkreisen jetzt weiter zu entwickeln. Als beispielgebend nannte Landrat Rössle das „Wirtschaftsportal“ im Kreis Donau-Ries mit dem Anschluss von rund 300 Firmen. Familie und Beruf noch besser „unter einen Hut für Berufstätige“ zu bringen, regte Landrat Hubert Hafner an.

Begrüßt wurde die „Donautal-Studie“, verbunden mit Anregungen, vom Regionalgeschäftsführer der IHK, Dieter Birnmann, und dem Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Nordschwaben, Hans-Jürgen Graf. Übereinstimmend waren Kommunalpolitiker und Vertreter der Wirtschaft der Auffassung, die drei Landkreise mit ihrem Potential von rund 350.000 Einwohnern und beachtlicher Wirtschaftskraft sollten ihre Zukunft verstärkt gemeinsam gestalten.

### AG „Life-Natur-Projekt“

Ein weiteres Bündnis schlossen die drei Landkreise Dillingen, Donau-Ries und Günzburg und 16 Gemeinden während einer nachfolgenden weiteren Konferenz im Landratsamt Dillingen am 27. Oktober. Unterzeichnet wurde der Kooperations-Vertrag für das Life-Natur-Projekt „Schwäbisches Donautal“. Dabei rücken Natur- und Hochwasserschutz in den Vordergrund. Die in Aussicht stehenden Fördermittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro kommen zu 50 Prozent aus Brüssel und zu 42 Prozent vom Freistaat Bayern. Lediglich acht Prozent entfallen auf die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft.

Mit den drei Landräten Leo Schrell (Dillingen), Hubert Hafner (Günzburg) und Stefan Rössle (Donau-Ries) nahmen an der Vertragsunterzeichnung auch Regierungspräsident Ludwig Schmid und Vertreter des Bundes Naturschutz teil. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Landrat Schrell gewählt. □

## Bürgermeisterwahl-Ergebnisse

Thomas Thumann von der Unabhängigen Parteifreien Wählergemeinschaft ist neuer Oberbürgermeister von Neumarkt i. d. Oberpfalz. Der 40-jährige Rechtsanwalt erhielt 53,6 Prozent der gültigen Stimmen und löst damit den bisherigen Amtsinhaber Alois Karl (CSU) ab, der ein Bundestagsmandat erhalten hatte. Insgesamt hatten sich fünf Kandidaten um die Nachfolge von Karl beworben. Der Favorit, CSU-Politiker Arnold Graf, erreichte aber nur 32,6 Prozent. Die CSU stellt damit zum ersten Mal seit 1945 nicht mehr das Stadtoberhaupt. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 55 Prozent.

Hingegen hat die Bürgermeisterwahl im oberpfälzischen Furth im Wald noch keinen neuen Rathauschef hervorgebracht. Am 18. Dezember kommt es zu einer Stichwahl zwischen den Kandidaten Volker Heiduk von den Freien Wählern, der 33,1 Prozent der Stimmen erreichte, und Johannes Müller von der Christlich-Freien Wählergemeinschaft mit 31,6 Prozent. Ausgeschieden sind CSU-Kandidat Ludwig Kreidl und SPD-Bewerber Michael Mandl. Die Bürgermeisterwahl wurde durch den Tod von Amtsinhaber Macho/CSU nötig, der im September überraschend an Herzversagen gestorben war.

Neuer Bürgermeister der Gemeinde Dörfles-Esbach im Landkreis Coburg ist Udo Döhler von den Freien Wählern. Der 44-Jährige erhielt in einer Stichwahl um die Nachfolge seines aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Parteifreundes Lotter 52,99 Prozent der Stimmen. Sein SPD-Gegenkandidat Puff kam auf 47,01 Prozent. **DK**



Vorstellung der Donautal-Studie. Von links: Landrat Hubert Hafner, Günzburg, Landrat Leo Schrell, Dillingen, Landrat Stefan Rössle, Donau-Ries, und Dr. Markus Hilpert vom Inifes-Institut. Bild: -jdt-

standsaufnahme der regionalen Ausgangssituation und künftiger Entwicklungen in den Sektoren Demographie und Arbeitsmarkt ein. Chancen für Wirtschaft und Wachstum wurden ebenso unter die Lupe genommen wie regionale und überregionale Schwerpunkte, Verflechtungen, Wertschöpfungsketten, Probleme, Defizite und Risiken. Zusammenfassend wurden über 100 konkrete Maßnahmen für die Gestaltung einer zielgerichteten Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung vorgeschlagen.

### Stabile Bevölkerungszahl

Festgestellt wurde, dass sich im Unterschied zu anderen Regionen Bayerns und Deutschlands die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2020 voraussichtlich nicht stark verändern werde. Schrumpfungerscheinungen seien, so wurde zu verstehen gegeben, kaum zu erwarten. Allerdings bringe der demographische Wandel eine deutliche Zunahme der Älteren mit sich, verbunden mit einem Rückgang der Jüngeren: „Vergleichbares gilt für das Erwerbspersonenpotential im Schwäbischen Donautal. Dieses wird quantitativ im Jahr 2020 voraussichtlich auf etwa dem gleichen Niveau liegen wie heute, allerdings ist eine drastische Alterung der Erwerbspersonen zu erwarten“. Für den Arbeitsmarkt des untersuchten Raumes zeige sich eine überdurchschnittlich positive Performanz. Unterdurchschnittlich sei indessen die Situation bei der Qualifizierung der Erwerbspersonen und der Fachkräfte-Verfügbarkeit sowie in den letzten beiden Jahren auch der Ausbildung.

Das Innovationsgeschehen

## Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Es wird ja langsam Zeit, dass die Zeichen der Zeit erkannt werden. Es ist schlimm, dass sich die Gesellschaft weigert, mehr Kinder zu bekommen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat auf einen Bericht über eine Verleihung von Preisen für Verwaltungsinnovation in seiner schwungvollen Handschrift „Prüfen, was bei uns umsetzbar“ geschrieben. Die meisten ausgezeichneten Verwaltungsmodelle hatten etwas mit verbesserter Kinderbetreuung zu tun.

Ich tue es ja nur ungern, aber an einem Punkt musste ich den Bürgermeister korrigieren. Nicht das anonyme Kollektiv Gesellschaft, auf das man so leicht Fehlentwicklungen schieben kann, weigert sich Kinder zu bekommen, sondern es ist die individuelle Entscheidung von Frauen oder Paaren, die unser demographisches Gefüge durcheinander bringt. Er braucht

## Kinder sind unsere Zukunft

sich doch nur selbst anzuschauen, bringt er es doch nur auf einen - wenn auch sehr wohlgeratenen - Sohn und damit auf einen Reproduktionsfaktor von 0,5.

Die Ursachenforschung für die zurückgehende Geburtenrate muss deshalb individuell einsetzen. Jede Frau und jedes Paar hat einen anderen Grund für ihr „Ja“ oder „Nein“ zum Kind. Eines verbindet aber alle, nämlich die Frage: Wohin mit den Kindern, wenn ich wieder arbeiten gehe? Da fängt doch bei allen das große Rätselraten an. Und genau da haben die preisgekrönten Modelle der Verwaltungsinnovation konsequenterweise angesetzt.

Manches wäre ziemlich schnell zu verwirklichen, wenn nur etwas guter Wille auf allen Seiten herrschen würde. Zum Beispiel die Möglichkeit, Kinder mit ins Büro zu nehmen, wenn keine andere Betreuungsmöglichkeit besteht. Oder die Einrichtung von Betreuungssecken in den Behörden, wenn die Kinder Schulfreien haben. Denn seien wir mal ehrlich: Hat eine Mutter das Glück, nach der Geburt einen ganztägigen Krippen- und dann einen Kindergarten-

platz zu bekommen, ist die Betreuung ja gesichert. Unsere städtischen Kindergärten haben in den Oster-, Pfingst-, Herbst- und Frühjahrsferien sowie in den ersten und letzten Wochen der Sommerferien eine Kernbesetzung, die Berufstätigen die Sorge um die Kinder abnimmt. Aber wehe, sie kommen in die Schule, dann schnappt die Falle zu: Halbtagschule, 14 Wochen Ferien, der freie Buß- und Betttag - dann werden berufstätige Eltern zu einem Filofax auf zwei Beinen, der nur noch rast und rechnet, wie er Schul- und Arbeitszeiten unter einen Hut bringt. Klar, unser Stadtjugendamt bemüht sich, Ferienfreizeiten für Kinder Berufstätiger anzubieten, aber das Angebot kann bei der heutigen traurigen Zuschusslage nicht mal annähernd die Nachfrage abdecken.

Also bleibt es irgendwo an den Arbeitgebern hängen, ihren Mitarbeitern in diesem Bereich Unterstützung zu gewähren. Ich wette, manch eine Mutter und nicht wenige Väter würden mit Freude auf einen Teil des Gehalts verzichten, wenn Sie ihre Kinder gut und flexibel betreut wüssten, ohne bei der Arbeit dauernd auf die Uhr sehen zu müssen, weil die Tagesmutter spätestens um 17:00 Uhr ihre Ruhe haben will oder in Meetings auf heißen Kohlen zu sitzen, weil der Hort die Kinder am Freitag um 15:30 Uhr auf die Straße setzt.

Mein Chef, der Bürgermeister, braucht sich eigentlich nur mit Claudia Elfer, seiner Lieblingsstadträtin, zu unterhalten. Die muss als Alleinerziehende Zwillinge managen - das fordert mehr Organisationstalent als die Führung eines Multi. Oder, um mit Winston Churchill auf dem heutigen Kalenderblatt zu sprechen: „Es ist einfacher, eine Nation zu regieren, als vier Kinder zu erziehen.“

PS: In diesen Tagen feiern wir die Geburt eines Kindes vor reichlich 2000 Jahren. Schon zu allen Zeiten bedeuteten Kinder Zukunft. In diesem Sinne eine besinnliche Adventszeit, gesegnete Festtage und alles Gute im Neuen Jahr.

Ihre  
Sabrina

### CSU-Bezirksverband Niederbayern:

## Aufbruchstimmung in Deggendorf

Von klaren Worten, aber auch von Aufbruchstimmung war eine Versammlung des CSU-Bezirksverbandes Niederbayern in Deggendorf geprägt. Franz Schwarz, Bezirksvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Niederbayern, konnte dazu prominente Gäste begrüßen: Neben Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber und Finanzstaatssekretär Franz Meyer waren mehr als hundert Bürgermeister, Abgeordnete und Landräte aus der ganzen Region ins Kolpinghaus gekommen.

Wirtschaftsminister Erwin Huber beteuerte, sich „mit seiner ganzen Kraft“ für das Grenzland einzusetzen. An die Kommunalpolitiker gewandt, forderte Huber finanzielle Verlässlichkeit für die Kommunen ein. Mit Blick auf anstehende Reformen erwarde er eine Stabilisierung der kommunalen Finanzen, so der Minister.

### Suche nach neuen Wegen

Huber plädierte dafür, nach Wegen zu suchen, um die Wirtschaftspolitik von Land und Kommunen stärker zu verzahnen und „Selbstkräfte“ zu mobilisieren. Für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sei es notwendig, dass Bund und Land ihre Aufgabe erfüllten. Letztlich gehe es um das Wohl der Menschen in der Region.

Von einem „großen Vertrauensverlust“ für die CSU in den vergangenen Wochen sprach Franz Schwarz, Bezirksvorsitzender der KPV Niederbayern. Parteichef Edmund Stoiber habe der CSU mit seiner unentschiedenen Haltung auf Berliner Terrain keinen großen Dienst erwiesen. Dennoch helfe es nicht weiter, aufgrund dessen „unglücklicher Entscheidung“ noch lange zu diskutieren. Vielmehr gelte es, den Blick nach vorne zu richten. „Wir wissen, dass wir ein paar



Prominenter Gast: Minister Erwin Huber. □

spruch auf Solidarität haben alle, auch der Parteivorsitzende.“

Finanzstaatssekretär Franz Meyer hatte zuvor darauf hingewiesen, „dass Staatsregierung und Kommunen auf Kooperation setzen“. Dabei verkenne er keineswegs, dass die Kommunen gegenwärtig vor großen Herausfor-

derungen stehen. Auch wenn sich die Einnahmesituation, insbesondere bei der Gewerbesteuer, nachhaltig verbessert habe, ergäben sich in Einzelfällen nach wie vor sehr schwierige Haushaltslagen. Tatsache sei, dass die kommunalen Steuereinnahmen gerade wieder wachsen, sagte Meyer: Für 2004 habe sich bundesweit ein durchschnittlicher Zuwachs der Steuereinnahmen aller Städte und Gemeinden von 9,4 % ergeben. In Bayern belieben sich die kommunalen Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2005 bereits auf über 4 Mrd. Euro und lagen damit um 11 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

### Gerechte Verteilung

„Das Vorhandene muss gerecht zwischen Staat und Kommunen aufgeteilt werden. Seien Sie versichert, der Freistaat tut, was er kann und überschreitet oft sogar die eigene Schmerzgrenze“, erklärte der Staatssekretär. Ein Beispiel hierfür sei gerade der kommunale Finanzausgleich. Hier liege die Steigerungsrate der gesamten Finanzausgleichleistungen beispielsweise im Jahr 2005 mit plus 3,3 % deutlich über der Steigerungsrate des Gesamthaushalts von plus 1,5 %. Der Freistaat habe seinen Kommunen damit deutlich weniger an Konsolidierung abverlangt als sich selbst und so in schwieriger Zeit die Verteilungssymmetrie nicht zu Lasten der Kommunen, sondern zu ihren Gunsten und damit zu Lasten des Staatshaushalts verschoben. **DK**

# Ostbayern nicht vernachlässigen!

Niederbayerns Landräte zu Gast in Brüssel

Auf Einladung des Europaabgeordneten Manfred Weber besuchten die niederbayerischen Landräte sowie Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger Brüssel. Dabei trafen sie auch mit der neuen bayerischen Europaministerin Emilia Müller und Innenminister Dr. Günther Beckstein zusammen.

Verbunden mit den Glückwünschen zum neuen Amt bat die Delegation die frischgebackene Europaministerin, die ostbayerische Forderung nach weiterer EU-Förderung in Brüssel tatkräftig zu unterstützen. „Ohne Unterstützung durch Europa blutet Ostbayern auf absehbare Zeit aus“, befürchtete Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger. Darum sei es notwendig, wie bisher Fördermittel für die Struktur- und Regionalförderung zu erhalten. Emilia Müller versicherte ihrerseits, dass die Linie der Bayerischen Staatsregierung voll auf die Unterstützung des Grenzlandes ausgerichtet sei.

## Geplante Neuerungen

Michel-Éric Dufeil, in der Kommission zuständig für die Regionalförderung, erläuterte der niederbayerischen Delegation die geplanten Neuerungen im derzeit verhandelten Förderzeitraum 2007 bis 2013. Dabei zeigten sich Regens Landrat Heinz Wölfl sowie sein Freyung-Grafenauer Amtskollege

Alexander Muthmann erfreut, dass wesentliche Forderungen aus der Region umgesetzt wurden, vor allem was das Fördergefälle zwischen dem Grenzland und den neuen EU-Mitgliedsstaaten betrifft. Dufeil versicherte, „dass hier maximal 20 Prozent Unterschied festgeschrieben sind“ und lobte gleichzeitig das ostbayerische Engagement: „Es ist wichtig, dass aus den Regionen heraus deutlich gemacht wird, was von Brüssel erwartet wird. Nur dann können wir das in die Prozesse einspeisen und auch umsetzen.“

## Projekt XperRegio

Passaus Landrat Hanns Dorfner hieb in die selbe Kerbe und regte einen Arbeitsprozess an. An dessen Ende soll definiert sein, in welche Richtung sich Niederbayern in den nächsten zehn bis 15 Jahren bewegen will. Dingolfings Landrat Heinrich Trapp nannte als positives Beispiel das Projekt XperRegio, dem mehrere Kommunen aus den Landkreisen Dingolfing-Lan-

dau und Rottal-Inn angehören.

## Für bessere Infrastruktur

Leidenschaftlich setzte sich Straubing-Bogens Landrat Alfred Reisinger für eine verbesserte Infrastruktur in Ostbayern ein. Gegenüber Edgar Thielmann, der in EU-Kommission für die Transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze verant-

wortlich zeichnet, schilderte der Landkreischef die Alltagssituation auf der B 20 zwischen Landau/Isar und dem Grenzübergang Furth im Wald. Reisinger zufolge wäre es fahrlässig, jetzt nicht für überregionale Entwicklungsachsen wie die B20, A3, A94 oder die Donau einen verstärkten Ausbau zu fordern. Hierzu werde auch eine EU-Mitfinanzierung benötigt. **DK**

## Landkreis Cham:

# Ausgewählter „Ort im Land der Ideen“

Motto „Bürger gestalten Ihre Region“ war ausschlaggebend für Entscheidung

Der Landkreis Cham gehört zu den 365 ausgewählten Orten im „Land der Ideen“. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, die Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ und die Deutsche Bank stellten die Sieger des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ der Öffentlichkeit vor. Darunter auch der „Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham“, der sich stellvertretend für die gesamte Region beworben hatte.

Der Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ an dem sich über 1200 Orte beteiligt hatten, ist eines von fünf Kernprojekten der Kampagne „Deutschland - Land der Ideen“, die im kommenden Jahr im In- und Ausland ein innovationsstarkes, modernes und weltoffenes Deutschlandbild präsentieren will.

## Regionaler Imagegewinn

Landrat Theo Zellner, Vorsitzender des Aktionskreises Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e. V., freut sich über die Auswahl als „Ort im Land der Ideen“ und unterstreicht den enormen Bekanntheits- und Imagegewinn für den Landkreis Cham: „Die Welt wird im WM-Jahr 2006 sehr aufmerksam auf Deutschland schauen. Davon können wir als Beteiligte

der Image- und Standortinitiative Deutschland - Land der Ideen nur profitieren.“ So ist der Landkreis Cham nicht nur im eigens vom Du-Mont-Verlag herausgegebenen „Land der Ideen-Reiseführer“ vertreten, auch in der Wochenzeitung „Die Zeit“ wird er unter der Rubrik „Orte der Woche“ vorgestellt werden.

## „Faszination Wald-Baum-Holz“

Der „Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e. V.“ hatte sich beworben mit dem Projekt „Faszination Wald-Baum-Holz“, einem Festival zu Kultur und Natur im Landkreis Cham von Mai bis Oktober 2006. Diese Veranstaltungsreihe findet statt im Rahmen des Kooperationsprojektes „Regionalspezifische Erwachse-



Europaministerin Emilia Müller im Kreise der niederbayerischen Landräte mit deren Vorsitzendem Hanns Dorfner, Passau (5. v. r.) sowie Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger (4. v. r.), Innenminister Dr. Günther Beckstein (Mitte) und MdEP Manfred Weber (2. v. l.). □

nenbildung - Kulturtourismus“ zwischen dem Kulturreferat des Landkreises und der VHS im Landkreis Cham unter Einbindung weiterer regionaler Akteure wie dem Naturpark Oberer Bayerischer Wald oder dem Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e.V. Gefördert wird dieses Projekt vom Europäischen Sozialfonds (Ziel 2).

## Ideenreich und engagiert

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 wird sich an jedem Tag ein Sieger des Wettbewerbs mit einer Veranstaltung der Öffentlichkeit vorstellen. Der Landkreis Cham darf sich am 5. März 2006 mit einer Veranstaltung präsentieren. Dabei wird er den Bürgern im Landkreis Cham, den Botschaftern und Regionalmarketingakteuren das Festival vorstellen und einen Vorgesmack auf die Vielfalt der Veranstaltungen, von Ausstellungen, Aktionen, Führungen bis hin zu Konzerten geben.

Landrat Zellner ist sich sicher: „Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Cham werden mit Ihren Veranstaltungen

gen und Aktionen beim Festival erneut unter Beweis stellen, wie ideenreich, zukunftsfähig und engagiert sie sind und damit einen wichtigen Beitrag zur Imagekampagne „Deutschland - Land der Ideen“ leisten.“

## Zahlreiche Partner

„Deutschland - Land der Ideen“ ist die gemeinsame Standortinitiative der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft, vertreten durch den Bundesverband der Deutschen Industrie. Ziel der Initiative ist es, im In- und Ausland ein Bild von Deutschland als innovatives, weltoffenes und begeisterungsfähiges Land zu vermitteln. Schirmherr der Initiative ist Bundespräsident Horst Köhler. Die FC Deutschland GmbH mit ihrem Geschäftsführer Mike de Vries koordiniert die Initiative.

„Land der Ideen“ wird von zahlreichen deutschen Unternehmen und Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft unterstützt. Sie setzt neben den 365 Orten vier weitere Kernprojekte um: Walk of Ideas, Medienservice, Fan Club und Begrüßungsinitiative. □

## Vorschau auf GZ 1/2

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 1/2, die am 19. Januar 2006 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz
- Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Fremdenverkehr in Bayern

## LIEFERANTEN-



## NACHWEIS

### Absperrpfosten

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Aussenmöblierung

**BECK**  
Möblierung für Aussen  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN  
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33  
www.beck-aussenmoeblierung.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Fahnenmasten/Fahnen

**Beutelsbacher Fahnenwelt**  
Inh. Bernd Knödler  
Heinkelstraße 44  
71384 WEINSTADT  
Tel. 07151-995160  
Fax 07151-995166  
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de  
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

### Fahrradabstellanlagen



### Fahrradabstellanlagen



### Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

**FUNERALIA GmbH** · 97078 Würzburg  
☎ 0931/29903-0 · Fax 0931/29903-15  
e-Mail: funerialia@t-online.de · www.funerialia.de

### Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

### Kommunale Software

**ad KOMM**  
IT-Lösungen  
Innovative Technologien für Ihr kommunales Informationsmanagement  
Stadtweg 14 · 85134 Stammham  
Tel.: 0 84 05/92 86 210 · Fax: 0 84 05/92 86 310  
Poststelle@adKOMM.de  
www.mehr-als-verwalten.de

### Papierkörbe

**IUT** der Umwelt zuliebe  
INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK GMBH  
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen  
Telefon: +49 (0) 44 31/73 83 23 · Telefax: +49 (0) 44 31/73 83 24  
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo** Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773) 8 22 18 · Telefon: (02773) 8 22 56 + 8 22 63

### Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

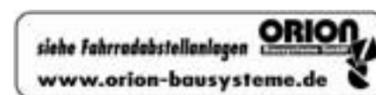
**KOMPAN**  
Unique Playgrounds  
KOMPAN GmbH  
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg  
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35  
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com  
www.KOMPAN.com

### Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner** Kommunal- und Winterdienst-Technik  
W. Gmeiner GmbH & Co.  
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg  
Tel.: +49(0)9621/7685-0 · Fax: +49(0)9621/7685-49  
E-Mail: info@gmeiner-online.de  
Internet: www.gmeiner-online.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen



### Wassermähler

**HYDROMETER**  
DIE ZUKUNFT ZÄHLT  
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/38 06 - 601 · Fax: 09 81/38 06 - 615  
www.hydrometer.de

### Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung  
vertragshandel für **Jelitto Star**  
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen  
postfach 1141  
90519 oberasbach  
ruf nürnberg 09 11 / 69 39 65  
telefax 09 11 / 69 59 63  
email: deko-jochum@t-online.de  
internet: www.deko-jochum.de

### Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230